

# Stenographischer Bericht

## 7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VII. Periode — 10. November 1970

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt sind 3. Landtagspräsident Feldgrill, die Abg. Lackner, Prof. Hartwig und Klancnik sowie Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl und Landesrat Wegart.

Gedenkminute für den verstorbenen Landtagsabgeordneten a. D. Oswald Ebner (56).

Angelobung des Abg. Karl Wimmeler (57).

#### Fragestunde:

Anfrage Nr. 37 des Abg. Eichtinger an Landesrat Bammer, betreffend den Volksschulbau in Kindberg.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Bammer (57).

Zusatzfrage: Abg. Professor Dr. Eichtinger (57).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Bammer (57).

Anfrage Nr. 36 des Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer an Landesrat Gruber, betreffend den Baubeginn eines Landesfürsorgeheimes in Mautern.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Gruber (57).

Zusatzfrage: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer (58).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Gruber (58).

Anfrage Nr. 34 der Abg. Johanna Jamnegg an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend Heimplätze in den Schüler- und Studentenheimen in Graz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (58).

Zusatzfrage: Abg. Jamnegg (59).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Professor Jungwirth (59).

Anfrage Nr. 35 des Abg. Dipl.-Ing. Fuchs an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend die Sicherstellung des Spielbetriebes der Vereinigten Bühnen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (59).

Zusatzfrage: Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (60).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Professor Jungwirth (60).

Anfrage Nr. 40 des Abg. Schön an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend die Fassadeninstandsetzung von drei Objekten in Vordernberg.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (60).

Zusatzfrage: Abg. Schön (60).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Professor Jungwirth (60).

Anfrage Nr. 29 des Abg. Aichhofer an Landeshauptmann Krainer, betreffend den Restausbau der Landesstraße Schlieb—St. Stefan.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (60).

Anfrage Nr. 30 des Abg. Ritzinger an Landeshauptmann Krainer, betreffend Dauerbewilligung für Sport- und Fußballveranstaltungen.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (60).

Zusatzfrage: Abg. Ritzinger (61).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Krainer (61).

Anfrage Nr. 31 des Abg. Prenner an Landeshauptmann Krainer, betreffend die Lafnitzregulierung in Wörth.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (61).

Anfrage Nr. 32 des Abg. Dr. Helmut Heidinger an Landeshauptmann Krainer, betreffend Ausbau der Bundesstraße 67 im südlichen Stadtbereich von Graz.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (61).

Anfrage Nr. 33 des Abg. Ing. Stoisser an Landeshauptmann Krainer, betreffend die Autobahnabfahrt bei Mooskirchen.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (62).

Anfrage Nr. 39 des Abg. Loidl an Landeshauptmann Krainer, betreffend die Umfahrungsstraße St. Ruprecht an der Raab.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (62).

Zusatzfrage: Abg. Loidl (62).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Krainer (62).

Anfrage Nr. 41 des Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz an Landeshauptmann Krainer, betreffend den Straßenausbau Teichalm—Sommeralm.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (62).

Zusatzfrage: Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (63).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Krainer (63).

Anfrage Nr. 38 des Abg. Dr. Piaty an Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, betreffend die Bettenanzahl der neuen Chirurgie.

Beantwortung der Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (63).

Zusatzfrage: Abg. Piaty (63).

Beantwortung der Zusatzfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (63).

#### Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 62, der Abgeordneten Haas, Lafer, Buchberger, Schrammel und Aichhofer, betreffend die Vollelektrifizierung der ländlichen Gebiete (64);

Antrag, Einl.-Zahl 63, der Abgeordneten Lafer, Prenner, Schrammel und Buchberger, betreffend die Erhöhung des Bundesbeitrages für Meliorationen und Regulierungen;

Antrag, Einl.-Zahl 64, der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dr. Piaty und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Änderung des derzeitigen Gehaltsschemas und der Beförderungsbestimmungen für die beim Land beschäftigten medizinisch-technischen und radiologisch-technischen Assistentinnen;

Antrag, Einl.-Zahl 65, der Abgeordneten Lackner, Ritzinger, Pränckh und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Kleinsölk—Ofensteg als Landesstraße;

Antrag, Einl.-Zahl 66, der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Buchberger und Feldgrill, betreffend Vorstandsdirektoren der Verstaatlichten Industrie;

Antrag, Einl.-Zahl 67, der Abgeordneten Doktor Heidinger, Aichhofer, Lafer und Prenner, betreffend Geschädigte durch Sturm- und Hagelunwetter;

Antrag, Einl.-Zahl 68, der Abgeordneten Lafer, Prenner, Schrammel und Buchberger, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Gutendorf—Petersdorf als Landesstraße;

Antrag, Einl.-Zahl 69, der Abgeordneten Ritzinger, Prantkh, Marczik und Lackner, betreffend den Ankauf des Furtnerseiches durch das Land Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 70, der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Preitler, Klobasa und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Hilfeleistung an un- wettergeschädigte Landwirte;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 60, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinslösungen für das Bauvorhaben Nr. 1/70 „Umfahrung St. Erhard“ der Landesstraße Nr. 20, Kirchdorf—Birkfeld—Neudau;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61, betreffend Bauflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösungen von Schreiner Alois und Katharina für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 71, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Pelzeder Karl für das Bauvorhaben Nr. 10/70 „Oberfeistritz—Anger“ der Landesstraße Nr. 1;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72, über den Ankauf eines Waldgrundstückes von Hans Ertler für die Landwirtschaftliche Fachschule Hatzendorf;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 19, KG. Weißenbach, und EZ. 26, KG. Altenmarkt, zur Sicherung des Ausbaues der Landesstraße Nr. 277, Buchauerstraße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 76, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Koller Alois und Theresia in Rohrbach a. d. Lafnitz Nr. 8 für die Sichtverbesserung der Landesstraße Nr. 25, Alplstraße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 77, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Besitzstand des Landesgutes Wagna gehörigen Grundstückes an Peter und Rosa Reichl;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 78, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Töschner Theresie für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 79, betreffend Objektseinslösung von Rupert Gebhardt in Hitzendorf Nr. 7 für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 80, betreffend Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Eder Franz und Elsa sowie Preiner Franz für das Bauvorhaben Nr. 3/69 „Mitterdorf—Veitsch“ der Landesstraße Nr. 292;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 11, Gesetz, mit dem das Fremdenverkehrsabgabengesetz 1963 neuerlich abgeändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 83, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1970 — 1. Bericht;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 84, zum Beschluß Nr. 564 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1968, betreffend Übernahme von Ausfallsbürgschaften;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 85, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinslösungen für das Bauvorhaben Nr. 12/70 „Schrems“ der Landesstraße Nr. 10;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 87, über die Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Prof. Dr. phil. habil. Manfred Straka;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 88, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an den ehemaligen Vertragsbediensteten Techn. Rat. Ing. Friedrich Schmiedel;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 89, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von den Ehegatten Kurzmann für das Bauvorhaben Nr. 5/70 „Frannach—Heiligenkreuz a. W.“ der Landesstraße Nr. 86;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 91, über eine Änderung des Beschlusses Nr. 30 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Juli 1970, betreffend Landwirtschaftliche Fachschule Gleisdorf — Grundankauf;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 93, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 286, KG. Rammersdorf, von den Ehegatten Stefan und Katharina Schmieder;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 94, betreffend die Übernahme von Bürgschaften nach dem Landeswohnbauförderungsfonds;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 9, Gesetz über die von den Gemeinden errichteten öffentlichen Wasserleitungen (Steiermärkisches Gemeindewasserleitungsgesetz 1970);

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 10, Gesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens des Landes Steiermark;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 14, Gesetz über die Ausschreibung von Kanalabgaben durch die Gemeinden des Landes Steiermark (Kanalabgabengesetz 1970);

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 12, Gesetz über die Vermögenswerte nach den ehemaligen Landkreisen;

Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 35 zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Feldgrill, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Raum Wildon (65).

#### Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahl 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69 und 70 der Landesregierung (64);

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 60, 61, 71, 72, 74, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 83, 84, 85, 87, 88, 89, 91, 93 und 94 sowie die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 11, dem Finanz-Ausschuß (64);

Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 9, 10 und 14, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß (65);

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 12, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und dem Finanz-Ausschuß (65).

Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 35 dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß (65).

#### Mitteilungen:

Mitteilungen über die Zurückziehung der Anzeige Einl.-Zahl 47 (65).

#### Anträge:

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Gruber, Schön, Ileschitz, Karrer, Fellingner und Genossen, betreffend das Investitionsprogramm der OAMG. (65);

Antrag der Abgeordneten Laurich, Pichler, Spöner, Fellingner und Genossen, betreffend die Übernahme der Straße über den Sölkpaß;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Gross, Doktor Strenitz, Reich und Genossen, betreffend Anrechnung von Zulagen und Nebengebühren für den Ruhegenuß bei Landes- und Gemeindebediensteten;

Antrag der Abgeordneten Gruber, Prof. Hartwig, Pichler, Bischof und Genossen, betreffend die Einführung eines „Tages der Begegnung der Generationen“;

Antrag der Abgeordneten Fellinger, Bischof, Schön, Brandl und Genossen, betreffend den Bau einer Unterführung der Bundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben;

Antrag der Abgeordneten Laurich, Fellinger, Pichler, Karrer und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße in der Gemeinde Aigen im Ennstal, welche die Verbindung zwischen der Landesstraße Nr. 272 und der Landesstraße Nr. 276 darstellt, als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Gross, Loidl, Hammerl und Genossen, betreffend die Übernahme der Mitterstraße im Gebiet der Gemeinden Seiersberg, Feldkirchen bei Graz und Pirka;

Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Dr. Klausner, Klancnik und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße KG. Aflenzt—Retznei—Ehrenhausen als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Dr. Klausner, Zinkanell, Klancnik, Aichholzer und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße zwischen Feldbaum und Kloster im Bezirk Deutschlandsberg;

Antrag der Abgeordneten Laurich, Pichler, Spöner, Brandl und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Fernsehempfanges im Oberen und Unteren Ennstal, im Palental und im Ausseerland;

Antrag der Abgeordneten Fellinger, Schön, Brandl, Karrer und Genossen, betreffend die Regulierung des Vordernbergbaches im Gemeindegebiet St. Peter/Freienstein;

Antrag der Abgeordneten Lind, Prenner, Schrammel, Buchberger und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die beschleunigte Durchführung der Regulierungsarbeiten am Safenbach;

Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Lafer, Lind, Dipl.-Ing. Fuchs und Pränckh, betreffend die Novellierung des Wohnungsverbesserungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Lackner, Ritzinger und Koiner, betreffend die Übernahme der Kaiserau-Straße Trieben—Admont durch das Land;

Antrag der Abgeordneten Koiner, Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Heidinger und Lafer, betreffend Vereinheitlichung von Bauhöfen;

Antrag der Abgeordneten Marczik, Koiner, Ritzinger und Pränckh, betreffend die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes an die Handelsschule Judenburg;

Antrag der Abgeordneten Koiner, Marczik, Ritzinger und Pränckh, betreffend entsprechende Maßnahmen für die Durchfahrt von Schwerfahrzeugen durch die Ortschaft Obdach;

Antrag der Abgeordneten Koiner, Marczik, Ritzinger und Pränckh, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Kathalgrabenstraße als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Aichhofer, Dr. Heidinger und Lafer, betreffend die Verstärkung der Ausbaggerung von Flußläufen;

Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Dipl.-Ing. Schaller und Dipl.-Ing. Doktor Eberdorfer, betreffend eine EDV-Koordinierungsstelle bei der Landesamtsdirektion;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, Doktor Heidinger, Marczik und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Fortsetzung der Zinsenzuschuß-Aktion für Assanierungen;

Antrag der Abgeordneten Prenner, Lind, Buchberger, Pölzl und Schrammel, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Obersafen—Seibersdorf als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Dr. Piaty, Dr. Heidinger und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend

die Einrichtung von Spezialabteilungen für chronisch Kranke und Rehabilitation innerhalb der steirischen Landeskrankenanstalten;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Pränckh, Marczik und Dr. Dorfer, betreffend die Übernahme der Sölkpaßstraße durch das Land Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Ritzinger, Marczik und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend den Einbau einer Standspur bei der nördlichen Einfahrt von der Bundesstraße 17 nach Wartberg i. M.;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Ritzinger, Marczik und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend den raschen Neubau des Winterhofes Seewiesen (66).

#### Dringliche Anfrage:

Dringliche Anfrage der Abg. Prof. Dr. Eichtinger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Heidinger, Koiner, Marczik, Nigl, Pölzl, Pränckh und Ritzinger, betreffend das Investitionsprogramm der OAMG.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Prof. Dr. Eichtinger (66).

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Krainer (67).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (67), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (70), Abg. Marczik (72), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (74), Landesrat Peltzmann (75), 3. Präsident Ileschitz (76), Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (77).

#### Verhandlungen:

1. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 4, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962 neuerlich abgeändert wird (Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetznovelle 1970).

Berichterstatter: Abg. Karl Prenner (78).

Annahme des Antrages (78)

2. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 6, Gesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens für vieljährige eifrige und ersprießliche Tätigkeit und eines Verdienstkreuzes für besondere Leistungen oder hervorragende Verdienste auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens.

Berichterstatter: Abg. Ing. Hans Stoisser (78).

Annahme des Antrages (78)

3. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses und des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Beilage Nr. 13, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 7, Gesetz über elektrische Leitungsanlagen, die sich auf den Bereich des Bundeslandes Steiermark erstrecken (Steiermärkisches Starkstromwegegesetz 1970).

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (78).

Redner: Abg. Haas (79).

Annahme des Antrages (80)

4. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 54, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1969.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller (80).

Redner: Landeshauptmann Krainer (80), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer (83), Abg. Dr. Piaty (86), 1. Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (90), Abg. Pölzl (94), Landeshauptmann Krainer (96), 1. Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (97).

Annahme des Antrages (97)

5. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 39, des Landesrates Hans Bammer gemäß § 28 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (97).

Annahme des Antrages (97)

6. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 40, des Landtagspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (98).

Annahme des Antrages (98)

7. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 55, des Landesrates Josef Gruber gemäß §§ 22 und 28 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (98).

Annahme des Antrages (98)

8. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 57, des Landtagsabgeordneten Anton Prensberger gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (98).

Annahme des Antrages (98)

9. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 58, des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Adalbert Sebastian gemäß §§ 22 und 28 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (98).

Annahme des Antrages (98)

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 42, betreffend Bauflächeninanspruchnahme und Objektseinlösung von Ganster Ignaz und Friederike für das Bauvorhaben „Untere Gansterbrücke“ der Landesstraße Nr. 1.

Berichterstatter: Abg. Josef Schrammel (98).

Annahme des Antrages (98)

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 44, betreffend den Abverkauf eines zum Gutsbestand der Landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof gehörigen Grundstückes an Dr. mont. Dipl.-Ing. Josef Ritter, Industrieller, zwecks Verlegung des Industriebetriebes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Leopold Johann Dorfer (99).

Annahme des Antrages (99)

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45, über die Auflassung der Landesstraße Nr. 82 (Messendorferstraße).

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Franz Hasiba (99).

Annahme des Antrages (99)

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 46, betreffend Liegenschaftsankauf für das Baulos „Nordeinfahrt Graz“.

Berichterstatter: Abg. Anton Nigl (99).

Annahme des Antrages (99)

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 49, betreffend Grundflächeninanspruchnahme von Werner Hübl für das Bauvorhaben Nr. 24/69 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße Nr. 250, Neumarkt—Seetal.

Berichterstatter: Abg. Hermann Ritzinger (100).

Annahme des Antrages (100)

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 50, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Holweg Ferdinand in Murau für das

Bauvorhaben Nr. 24/69 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße Nr. 250, Neumarkt—Seetal.

Berichterstatter: Abg. Georg Pranchh (100).

Annahme des Antrages (100)

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 51, über die Gewährung bzw. Erhöhung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Landesbedienstete und deren Hinterbliebene.

Berichterstatter: Abg. Johanna Jamnegg (100).

Annahme des Antrages (100)

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 52, betreffend Objektseinlösung von Gudenus Ernst-Gordian für das Bauvorhaben Nr. 8/69 „Koglhof—Birkfeld“ der Landesstraße Nr. 1, Graz—Weiz—Pfaffensattel.

Berichterstatter: Abg. Heribert Pölzl (100).

Annahme des Antrages (100)

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 53, über die Beteiligung des Landes Steiermark an der Errichtung einer Haushaltungsschule, einer Hauswirtschaftsschule und einer Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe des Bundes in der Marktgemeinde Mureck.

Berichterstatter: Abg. Johanna Jamnegg (100).

Redner: Abg. Seidl (101).

Annahme des Antrages (101)

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 56, betreffend Grundstückskauf Hall bei Admont Nr. 37 von Frau Amalia Kirnbauer.

Berichterstatter: Abg. Harald Laurich (101).

Annahme des Antrages (101)

Beginn der Sitzung: 10.15 Uhr.

## 1. Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hoher Landtag!

Ich eröffne die 7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VII. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Krainer.

Entschuldigt sind: 3. Ldtg.-Präs. Feldgrill und die Abgeordneten Lackner, Prof. Hartwig und Klančnik sowie LhStv. Dr. Niederl und LR. Wegart.

Ich bitte die Damen und Herren, sich von ihren Sitzen zu erheben.

Wieder obliegt mir die traurige Pflicht, dem Hohen Haus das Ableben eines ehemaligen Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis bringen zu müssen.

Ok.-Rat Oswald Ebner in Schwöbing wurde am 24. Oktober 1970 aus dieser Welt abberufen. Ok.-Rat Ebner gehörte dem Steiermärkischen Landtag vom 5. November 1949 bis 11. April 1961 als Abgeordneter an und war Mitglied bzw. Ersatzmann in zahlreichen Landtags-Ausschüssen sowie durch 8 Jahre Obmann des Landeskultur-Ausschusses. Er gehörte als Mitglied dem Kuratorium der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark und dem bauerlichen Fortbildungsrat an. In besonderer Weise galt sein Wirken der Bevölkerung des Mürztales, der er in zahlreichen öffentlichen Funktionen eifrig und gewissenhaft diente. Vielen von uns ist er ein lieber Freund und Kamerad gewesen. In seiner Persönlichkeit verbanden sich ein hoher sittlicher Lebensernst mit einer heiteren, ausgeglichenen Menschlichkeit.

Der Steiermärkische Landtag wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mit der heutigen Sitzung wird die Herbsttagung eröffnet. Sie beginnt daher gemäß § 58 a der Geschäftsordnung mit einer Fragestunde. Vor Beginn der Fragestunde habe ich dem Hohen Haus noch mitzuteilen, daß der Abgeordnete Franz Scheer mit Eingabe vom 2. Oktober 1970 sein Mandat zum Steiermärkischen Landtag zurückgelegt hat. An seiner Stelle wurde von der Landeswahlbehörde Herr Karl W i m m l e r in den Landtag berufen.

Herr Wimmmler ist erschienen und kann gemäß § 11 Abs. 3 der Landesverfassung die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Ritzinger, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen.

Das Hohe Haus bitte ich nochmals, sich von den Sitzen zu erheben. Herrn Wimmmler ersuche ich, nach der Verlesung der Angelobungsformel die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten.

(Verlesung der Angelobungsformel.)

**Abg. Wimmmler:** Ich gelobe!

**Präsident:** Ich begrüße Herrn Abg. W i m m l e r als neues Mitglied unseres Hauses.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Ich beginne mit dem Aufruf der eingelangten Anfragen.

Anfrage Nr. 37 des Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Karl Eichtinger an Herrn Landesrat Hans Bammer, betreffend den Volksschulbau in Kindberg.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung dieser Anfrage.

*Anfrage des Abg. Prof. Dr. Eichtinger an Landesrat Bammer,*

*Die Schulraumnot in Kindberg ist besonders drückend. Die beiden aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Volksschulen mit Ofenheizung entsprechen den Anforderungen nicht mehr, und der ständige Nachmittagsunterricht führt zu einer argen Belastung der Kinder.*

*Werden Sie, Herr Landesrat, den Neubau der Kindberger Volksschule in Ihr Schulbauprogramm 1971 aufnehmen?*

**Landesrat Bammer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Beantwortung möchte ich voranstellen, daß die Entscheidung, ob eine Volksschule gebaut wird, unter Beachtung der Gemeindeautonomie beim Gemeinderat liegt. Ich möchte aber aus der Kenntnis der Schulraumverhältnisse in Kindberg folgendes ergänzend dazu feststellen:

In den Jahren 1967 bis 1969 wurde durch die Gemeinde Kindberg ein Hauptschulzubau mit 8 Klassen und Nebenräumen errichtet und unter Mithilfe des Landes auch finanziert. Durch die Eröffnung einer Expositur des MUPADS ist die Gemeinde Kindberg derzeit bestrebt und verpflichtet, 6 Mittelschulklassen unterzubringen. Es ist damit zu rechnen, daß jährlich 3 weitere Klassen dazukommen, das heißt, daß sich die Schulraumnot in den

nächsten Jahren noch wesentlich steigern wird. Ich habe am 29. Oktober 1970 mit dem Bürgermeister eine Aussprache über die Fragen des Schulhausbaues in Kindberg geführt, und es wurde mir zugesichert, daß eine Studie über die Schulraumprobleme in Kindberg in der nächsten Zeit durch die Gemeinde vorgelegt werden wird, weil zu beachten sein wird, daß durch die Errichtung einer neuen Hauptschule in Mitterdorf im Mürztal und Krieglach sich möglicherweise Änderungen in den Schülerzahlen ergeben. Um Fehlplanungen zu vermeiden, muß dies bei der Planung für Kindberg berücksichtigt werden. Nach Vorliegen der Studie wird durch die Gemeindeabteilung in Verhandlungen zur Förderung Stellung genommen werden.

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abg. Prof. Doktor Eichtinger für eine Zusatzfrage das Wort.

*Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Ist Ihnen bekannt, Herr Landesrat, daß trotz des Hauptschulzubaues die Situation an der Volksschule nicht gelöst werden kann?*

**Landesrat Bammer:** Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß trotz der sehr schwierigen Verhältnisse in Kindberg, die mir bekannt sind, in so vielen anderen Gemeinden meines Aufsichtsgebietes auch Schulraumnot besteht, daß die Vorhaben nur Zug um Zug gefördert werden können. Ich werde so wie bisher in Kindberg dabei bestens behilflich sein.

**Präsident:** Anfrage Nr. 36 des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Siegfried Eberdorfer an Herrn Landesrat Josef Gruber, betreffend den Baubeginn eines Landesfürsorgeheimes in Mautern.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer an Landesrat Gruber.*

*Zum Zwecke der Errichtung eines Landesfürsorgeheimes in Mautern sind in den Voranschlägen 1969 und 1970 je 5 Millionen S vorgesehen. Die Grundverhandlungen könnten ebenfalls schon abgeschlossen sein.*

*Wann, Herr Landesrat, wird mit dem Bau des Landesfürsorgeheimes in Mautern begonnen bzw. welche Hindernisse stehen dem noch entgegen?*

**Landesrat Gruber:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus der Erkenntnis, daß das Fürsorgeheim Ehrnau als ein Jagdschloß des 15. Jahrhunderts in einer klimatisch nicht sehr günstigen Lage und auch nicht leicht zeitgemäß zu modernisieren ist, habe ich bereits 1964 einen Ersatzbau für das Landesfürsorgeheim Ehrnau vorgeschlagen. Die Untersuchung der Pfleglingsstruktur hat ergeben, daß die überwiegende Anzahl der Pfleglinge aus der Stadt Leoben und ihren engeren Umgebungsgemeinden stammt. Unter Zuhilfenahme der Bezirkshauptmannschaft Leoben wurden Bemühungen unternommen, ein geeignetes Grundstück für den Neubau ausfindig zu machen. Die Stadtgemeinde Leoben bot in diesem Zusammenhang ein Grundstück mit 12.000 m<sup>2</sup> dem Land Steiermark als Schenkung an. Aber auch andere Gemeinden haben

Grundstücke angeboten und wurden diese auf ihre Eignung für den Bau eines Fürsorgeheimes untersucht. Im Herbst 1968 entschied die Steiermärkische Landesregierung die Standortfrage mit dem Beschluß, das neue Fürsorgeheim in Mautern zu errichten. Die daraufhin von mir eingeleiteten Bemühungen, ein geeignetes Grundstück in der Gemeinde Mautern zu erlangen, führten nach längerer Suche unter Zuhilfenahme des Herrn Bürgermeisters Thewanger von der Marktgemeinde Mautern zu dem Ergebnis, daß das Grundstück des Besitzers Lerchbaum das geeignetste wäre. Die daraufhin eingeleiteten Verhandlungen führten dazu, daß Lerchbaum das Grundstück zu einem Preis anbot, der um rund S 400.000.— über dem Schätzwert lag. Außerdem hat er verlangt, daß er nach Abverkauf des Grundstückes unter bestimmten Bedingungen im Landesdienst angestellt wird. Alle Bemühungen, auch die des Herrn Bürgermeisters Thewanger, den Besitzer dazu zu bewegen, seine Forderungen zu reduzieren, um den Grundstückspreis wenigstens in die Nähe des Schätzungsgutachtens zu bringen, scheiterten. Daraufhin erklärte Bürgermeister Thewanger zu Beginn dieses Jahres, daß er bereit sei, den Differenzbetrag zwischen der Forderung des Lerchbaum und dem Schätzungsgutachten als Beitrag der Marktgemeinde Mautern beizubringen.

Diese Erklärung zog der Herr Bürgermeister jedoch im Laufe des Jahres wiederum zurück (Abg. Brandl: „Das ist allerhand, diese Politik!“). In neuerlichen Gesprächen mit Herrn Bürgermeister Thewanger einigten wir uns darauf, daß wir diese Mehrkosten zwischen Land und Gemeinde teilen sollten, und ich erklärte mich bereit, einen entsprechenden Regierungssitzungsantrag zu stellen, wonach S 200.000.— über den Schätzpreis durch das Land Steiermark übernommen werden sollten. Gleichzeitig mit den Verhandlungen über den Grundstückspreis wurde auch betreffend die Frage der Anstellung des Herrn Lerchbaum im Landesdienst mit der Rechtsabteilung 1 verhandelt. Zu meiner größten Überraschung teilte mir nun Herr Lerchbaum Ende September mit, daß er sich auf Grund der Zuschrift der Rechtsabteilung 1 vom 6. August d. J., in der seine Anstellungsbedingungen grundsätzlich festgelegt wurden, damit nicht einverstanden erklärt und daher sein Angebot auf Verkauf des Grundstückes zurückzieht (Abg. Brandl: „Das ist ein Theater!“). Über meinen Auftrag laufen derzeit Bemühungen von der Rechtsabteilung 9, mit der Rechtsabteilung 1 gemeinsam mit Herrn Lerchbaum diese Frage noch einmal durchzubespochen und Herrn Lerchbaum dazu zu bewegen, daß er seine Zurückziehung wieder rückgängig macht.

(Abg. Zinkanell: „Vielleicht kann er Direktor werden!“ — Heiterkeit bei der SPO — Landeshauptmann Krainer: „Da gibt es gar nichts zu lachen!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist zum Weinen, nicht zum Lachen!“)

**Präsident:** Herr Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer hat das Wort zu einer Zusatzfrage.

*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Nach meinen Informationen wartet Lerchbaum noch immer auf eine*

*Antwort auf sein schriftliches Angebot vom 2. Juni über den Abverkauf des Grundstückes. Wie stellen Sie sich zu dieser Frage?*

**Landesrat Gruber:** Wie ich mich zu dieser Frage stelle, habe ich eigentlich schon in der Beantwortung zum Ausdruck gebracht (Abg. Zinkanell: „Ja, die Antwort hat er schon gegeben!“): Die Bereitschaft, einen Regierungssitzungsantrag zu stellen, daß die Hälfte des Differenzbetrages durch das Land Steiermark übernommen wird. Diese Antwort steht dem Herrn Lerchbaum nicht aus. Er hat auch nicht auf Grund des Grundstückspreises sein Angebot zurückgezogen, sondern auf Grund des Schreibens der Rechtsabteilung 1 vom 6. 8., wonach ihm die Einstellungsbedingungen nicht entsprochen haben (Abg. Gerhard Heidinger: „Er möchte gern Hofrat werden!“) Darüber wird derzeit neuerlich verhandelt.

**Präsident:** Anfrage Nr. 34 der Frau Abgeordneten Johanna Jamnegg an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend Heimplätze in den Schüler- und Studentenheimen in Graz.

Herr Landesrat, ich bitte um die Beantwortung der Frage.

*Anfrage der Frau Abg. Jamnegg an Landesrat Prof. Jungwirth.*

*Die Nachfrage nach Heimplätzen in den Schüler- und Studentenheimen ist sehr groß.*

*Würden Sie, Herr Landesrat, darüber Auskunft geben, in welchem Verhältnis der Platzbedarf zu den vergebenen Plätzen steht?*

**Landesrat Jungwirth:** Hohes Haus! Die Nachfrage nach Heimplätzen in den Schüler- und Studentenheimen in Graz ist in den letzten Jahren sehr stark angestiegen. Es herrscht noch immer ein ziemlich starkes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Ich habe eine Erhebung durchführen lassen, um zu erfahren, wie die Zahlen auf dem Sektor der Hochschüler stehen. Es sind derzeit in Graz in den verschiedensten Studentenheimen 1506 Heimplätze verfügbar, die alle belegt sind. Darüber hinaus gibt es aber im Augenblick rund 740 Vormerkungen, die nicht erledigt werden konnten. Das heißt, daß rund 50 % des Vollbelages auf Wartelisten stehen. Das Land Steiermark hat bekanntlich ein Studentenheim errichtet — ich möchte darauf hinweisen, daß das eine freiwillige Leistung des Landes ist, ebenso wie die Führung der Landes-Schülerheime — in diesem Studentenheim haben wir 138 Plätze, die voll belegt sind. Wir haben über 100 Aufnahmeansuchen, die nicht erledigt werden konnten. Besonders dramatisch war die Lage im Juli, wo im ganzen 170 Anmeldungen für dieses Heim vorlagen. Es konnten aber nur 10 Plätze belegt werden, weil nicht mehr frei gewesen sind. Soweit zu den Studenten.

Auf dem Sektor der Landesschülerheime ist zu sagen, daß wir in Graz 4 Heime mit 528 Plätzen haben. Das ist eindeutig ein Überbelag. Trotzdem stehen noch 234 Schüler auf unseren Wartelisten. Besonders schwierig ist die Situation im Landesschülerheim 1 (Schießstattgasse) für Mädchen und im Landesschülerheim 3 (Grenadiergasse) für die Buben.

Ich möchte auch noch erwähnen, daß die Frage der Unterbringung von Hörern der Pädagogischen Akademien besonders akut wird, für die weder in Landesschülerheimen noch in Studentenheimen normalerweise Plätze verfügbar sind. Diese Frage steht an uns heran. Ich möchte aber noch einmal betonen, daß die Unterbringung in Landesschülerheimen und Studentenheimen eine freiwillige Leistung des Landes ist.

**Präsident:** Ich erteile der Frau Abg. Jamnegg für eine Zusatzfrage das Wort.

*Abg. Jamnegg:* Herr Landesrat, darf ich Sie in diesem Zusammenhang fragen, wieweit im Budgetentwurf Mittel für die Sanierung des Landesschülerheimes 3 in Graz vorgesehen sind?

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Das Landesschülerheim 3 ist eine komplizierte Sache. Es ist eine Sanierung in den derzeitigen Besitzverhältnissen — es ist ja Bundesbesitz — nicht zu vertreten. Es wurde aber der Einbau einer Zentralheizung und der Warmwasserversorgung vorgesehen. Es ist dafür im Voranschlag ein Betrag von 2,1 Millionen im außerordentlichen Budget — derzeit unbedeckt — für 1971 vorgesehen.

**Präsident:** Anfrage Nr. 35 des Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend die Sicherstellung des Spielbetriebes der Vereinigten Bühnen.

Herr Landesrat, ich bitte um Beantwortung dieser Anfrage.

*Anfrage des Abg. Dipl.-Ing. Fuchs an Landesrat Prof. Jungwirth.*

*Das Defizit der Vereinigten Bühnen hat die 50-Millionen-Grenze längst überschritten. Für die Spielzeit 1970/71 ist mit einem Abgang von mehr als 60 Millionen S zu rechnen.*

*Sind Sie, Herr Landesrat, bereit, bekanntzugeben, ob zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz Vereinbarungen bestehen, daß der Spielbetrieb der Vereinigten Bühnen in dem derzeitigen Umfange auch in den kommenden Jahren sichergestellt wird?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Zur Information möchte ich vorausschicken, daß die Vereinigten Bühnen Graz ein sehr lohnintensiver Betrieb sind, das heißt, daß 82 % der Betriebskosten für Löhne und Gehälter gebunden sind, so daß also die Erhöhung des Abganges zum größten Teil auf Erhöhungen von Löhnen und Gehältern zurückgeht. Die Stadtgemeinde Graz hat bekanntlich vertragsgemäß 50 % des Aufwandes zu bedecken, sie hat sich für 1971 nicht imstande erklärt, diesen Aufwand auf sich zu nehmen, und es ist auch noch nicht klar, inwieweit die restlichen Summen im Jahre 1970 von der Stadtgemeinde Graz bedeckt werden können. Ich muß dazu sagen, daß zu den Schwierigkeiten noch die zu erwartenden Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes kommen; diese Auswirkungen würden zusätzliche Kosten für 1971 von rund 7 Millionen Schilling bringen. Es hat bekanntlich schon auf Bundesebene Verhandlungen gegeben zwischen dem Theatererhalter-

verband der Bundesländer und der Städte einerseits und der Gewerkschaft, im speziellen Fall der Gewerkschaft für Kunst und freie Berufe — Sektion Technisches Personal, auf der anderen Seite. Diese Verhandlungen sind zwischendurch abgebrochen worden, weil der Theatererhalterverband die Forderungen in diesem Ausmaß nicht annahm, aber sie werden nach meinen Informationen in Kürze wieder fortgesetzt. In Graz hat nun der Theaterausschuß in einer Sitzung am 23. Oktober 1970 sich mit diesen Fragen beschäftigt und die beiden Vorsitzenden beauftragt, Maßnahmen vorzusehen, die sich nach dem Stand der Dinge als wahrscheinlich notwendig ergeben. Z. B.: Einführung der Fünftagewoche durch Sperrung der beiden Häuser an je zwei aufeinanderfolgenden Tagen oder keine Doppelvorstellungen mehr an ein und demselben Tage im selben Haus, Beschränkungen des Betriebes der Studiobühne auf ein Mindestmaß, Beschränkung der Spielzeit auf den Zeitraum 1. Oktober bis 30. Juni u. a. Dazu wurde auch noch der Intendant der Vereinigten Bühnen aufgefordert, einvernehmlich mit dem Verwaltungsdirektor bis Ende dieses Jahres Vorschläge über Personaleinsparungen zu erstaten. Unter diesen Vorzeichen ist zu hoffen, daß auch die Stadtgemeinde Graz in der Lage sein wird, ihren Anteil am Aufwand der Grazer Theater weiterhin zu leisten. Ich möchte noch einen Hinweis geben: Von dem Abgang, der von Gebietskörperschaften gedeckt wird, der im Jahr 54,6 Millionen Schilling beträgt, trägt der Bund in Graz nur 2,4 Millionen, also rund 4 %. Wenn wir dazu die Vergleichsziffer in Wien hernehmen, so sehen wir, daß die Bundestheater inklusive Pensionen bereits im Bundesbudget 1971 mit einem Abgang von 429 Millionen Schilling aufscheinen. Wir leiden in Graz also auch unter der Tatsache, daß der Bund zu den Abgängen der Vereinigten Bühnen ganz unwesentliche Beiträge geleistet hat. Ich glaube, wir müssen uns dazu durchringen, in keiner Weise zu einer theaterfeindlichen Haltung zu gelangen; ich glaube, wir dürfen den Erzberg nicht einmotten und die Grazer Theater auch nicht.

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs für eine Zusatzfrage das Wort.

*Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:* Es ist bekannt, daß Verträge mit dem künstlerischen Personal der Vereinigten Bühnen nur langfristig abgeschlossen werden können. Ich möchte daher im Sinne meiner Anfrage die Frage selbst wiederholen: Sind Sie, Herr Landesrat, bereit, bekanntzugeben, ob zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz Vereinbarungen bestehen oder für die Zukunft geplant sind, daß der Spielbetrieb der Vereinigten Bühnen in dem derzeitigen Umfange auch in den kommenden Jahren sichergestellt wird? Bis jetzt haben wir in erster Linie nur von Schwierigkeiten gehört.

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Vereinbarungen können noch nicht bestehen, weil die Besprechungen noch nicht soweit sind; es hat eine erste Sitzung im Theaterausschuß bereits stattgefunden seit der Sommerpause im Oktober, und der derzeitige Vorsitzende — der Vorsitz alterniert ja —, Herr Bürger-

meister Scherbaum, hat für die nächste Woche eine weitere Besprechung angesetzt. Vereinbarungen können erst aus diesen Besprechungen entstehen.

**Präsident:** Ich danke Herrn Landesrat auch für die Beantwortung der Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 40 des Herrn Abg. Willibald Schön an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend die Fassadeninstandsetzung von drei Objekten in Vordernberg.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Herrn Abg. Schön an Landesrat Prof. Jungwirth.*

*Es war in Aussicht genommen, in Vordernberg zur Fassadeninstandsetzung der Häuser Peter-Turner-Straße 1, Hauptstraße 85 und Hauptstraße 86 entsprechende Beiträge zu leisten. Bisher sind solche Beiträge nicht gewährt worden.*

*Können Sie, Herr Landesrat, mitteilen, aus welchen Gründen die Förderung der Fassadeninstandsetzung der drei genannten Objekte in Vordernberg bisher unterblieben ist?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Es handelt sich um den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln der Denkmalpflege, und dieser Antrag wird insoweit positiv erledigt werden, als für jedes dieser drei Häuser ein Beitrag von S 10.000.—, insgesamt also eine Subvention von S 30.000.—, vorgesehen ist. Diese Subvention wird geteilt zuerkannt werden vom Bundesdenkmalamt und von der Steiermärkischen Landesregierung.

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Schön für eine Zusatzfrage das Wort.

*Abg. Schön: Herr Landesrat, Vordernberg hat doch eine Anzahl von Gebäuden, wo die Fassaden zu erneuern sind. Sind auch hierfür Mittel vorgesehen?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Es besteht die Möglichkeit, im Rahmen einer Fassadenaktion öffentliche Mittel dazu zu bekommen. In diesem Falle muß die Stadtgemeinde Vordernberg den entsprechenden Vorgang einleiten, es ist ein Färbelungsplan dafür notwendig. Wenn die Stadtgemeinde Vordernberg — was meiner Meinung nach bisher nicht möglich war — sich dazu bereit erklärt, daß eine generelle Fassadenaktion eingeleitet wird, ist selbstverständlich im Rahmen der üblichen Vorgangsweise eine Subventionierung dieser Aktion möglich.

**Präsident:** Ich danke Herrn Landesrat für die Beantwortung der Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 29 des Herrn Abg. Johann Aichhofer an Herrn Landeshauptmann Josef Krainer, betreffend den Restausbau der Landesstraße Schlieb—St. Stefan.

*Anfrage des Abg. Aichhofer an Landeshauptmann Josef Krainer.*

*Herr Landeshauptmann! Wann kann mit dem Ausbau des schon projektierten und für den Frem-*

*denverkehr sehr wichtigen, aber noch auszubauenden Teilstückes der Landesstraße Schlieb—St. Stefan gerechnet werden?*

**Landeshauptmann Krainer:** Die Anfrage des Abgeordneten Johann Aichhofer beantworte ich wie folgt:

Das Detailprojekt „Unterzirknitz—Schlieb“ ist bereits fertiggestellt. Die Achse wurde in der Natur abgesteckt und die Querprofilaufnahme abgeschlossen. Die Voraussetzungen für die Einleitung der Grundablösen bzw. die Ausschreibung sind daher gegeben.

Als Baureferent werde ich mich bemühen, das erste Baujahr im Jahre 1971 über den Landesvoranschlag zu finanzieren.

**Präsident:** Ich danke Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung.

Ist eine Zusatzanfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall.

**Präsident:** Anfrage Nr. 30 des Herrn Abg. Hermann Ritzinger an Herrn Landeshauptmann Josef Krainer, betreffend Dauerbewilligung für Sport- und Fußballveranstaltungen.

Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Ritzinger an Landeshauptmann Josef Krainer.*

*Vor dem Inkrafttreten des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes 1969 konnte ein Sportverein, wenn er vereinsbehördlich genehmigt war, seine Tätigkeit aufnehmen, ohne daß es eine Behörde interessierte, wann und wie oft er Sportveranstaltungen durchführte. Im Gesetz über öffentliche Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen vom 8. Juli 1969 heißt es jetzt im § 2: „Beim Bürgermeister sind nachstehende Veranstaltungen anzuzeigen...“, darunter unter Ziffer 11 lit. a Fußballwettspiele. Der § 9 regelt die Dauer der Bewilligung. Abs. 1 sagt: Bewilligungen für Varieté- und pratermäßige Veranstaltungen sind über Ansuchen auf unbegrenzte Dauer zu erteilen (Dauerbewilligung). Abs. 2: Alle sonstigen Bewilligungen haben eine Geltungsdauer von 4 Monaten. Darunter fallen auch alle Sportveranstaltungen. Es wäre gut und billig, wenn die Sportveranstaltungen, insbesondere Fußballveranstaltungen, nicht schlechter gestellt werden als jene der Varietés.*

*Sind Sie, Herr Landeshauptmann, bereit, dafür zu sorgen, daß für Sport- und Fußballveranstaltungen Dauerbewilligungen unter gleichzeitiger Senkung der Bewilligungsgebühren erteilt werden?*

**Landeshauptmann Krainer:** Die Anfrage des Abg. Ritzinger beantworte ich wie folgt:

Das Steierm. Veranstaltungsgesetz unterscheidet zwischen anmeldepflichtigen und bewilligungspflichtigen Veranstaltungen. Bewilligungspflichtig sind nur die im § 5 aufgezählten varieté-, zirkus- und pratermäßigen Veranstaltungen, soweit sie im Umherziehen betrieben werden. Alle übrigen im § 2 des Veranstaltungsgesetzes angeführten Veranstaltungen sind anzeigepflichtig. Dazu gehören auch

die sportlichen Veranstaltungen. Bloße Fußballspiele sind überhaupt nicht anzeigepflichtig, sondern nur Fußballwettspiele. Die Entrichtung der Verwaltungsabgabe ergibt sich aus der Gemeindeverwaltungsabgaben-Verordnung. Gegenwärtig wird eine Novelle vorbereitet, um bei anzeigepflichtigen sportlichen und kulturellen Veranstaltungen lokaler Bedeutung die Gebühren herabzusetzen.

**Präsident:** Danke, Herr Landeshauptmann, für die Beantwortung.

Ich erteile Herrn Abg. Ritzinger für eine Zusatzfrage das Wort.

*Abg. Ritzinger: Herr Landeshauptmann, es ist sehr erfreulich zu hören, daß die Benützungsg Gebühr herabgesetzt werden soll. Den Sportvereinen geht es aber in erster Linie nach dem Veranstaltungsgesetz darum, eine Dauerbewilligung für die Veranstaltungen zu erhalten. Das scheint mir nicht beantwortet zu sein. Ich darf nun fragen, ob es in der Novellierung vorgesehen ist, daß Dauerbewilligungen erteilt werden.*

**Präsident:** Herr Landeshauptmann, bitte die Zusatzfrage zu beantworten.

**Landeshauptmann Krainer:** Das ist sehr einfach, hier bedarf es einer Gesetzesänderung. Es ist jedem Abgeordneten möglich, einen solchen Gesetzesantrag einzubringen, oder die Regierung wird eine solche Novellierung vornehmen.

**Präsident:** Danke, Herr Landeshauptmann, für die Beantwortung der Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 31 des Abgeordneten Karl Prenner an Herrn Landeshauptmann Josef Krainer, betreffend die Lafnitzregulierung in Wörth.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Prenner an Landeshauptmann Krainer.*

*Beim letzten Hochwasser am 9. September 1970 ist der Ort Wörth a. d. Lafnitz durch die Errichtung der neuen Landesstraße Wörth—Wörtherberg unter Wasser gestanden.*

*Bis wann, Herr Landeshauptmann, gedenkt man die Lafnitz von der neuerrichteten Lafnitzbrücke in Wörth flußaufwärts und flußabwärts zu regulieren?*

**Landeshauptmann Krainer:** Die Anfrage des Abg. Prenner beantworte ich wie folgt:

Eine Regulierung der Lafnitz nur flußaufwärts und flußabwärts der neuerrichteten Landesstraßenbrücke in Wörth a. d. L. würde keinen befriedigenden Erfolg bringen, weil in der Flußstrecke Neudau—Wörth Wehranlagen bestehen, die den Wasserspiegel bis über Geländehöhe aufstauen. Anzustreben wäre eine Regulierung über einen größeren Flußabschnitt unter Ausschaltung der Wehranlagen. Dies ist aber erst nach Vorliegen einer entsprechenden Projektierung und nach Verhandlungen mit dem Burgenland zu erreichen, weil die Lafnitz die Landesgrenze bildet. Ohne Mitwirkung des Burgenlandes und der burgenländischen Gemeinden wäre diese Maßnahme undurchführbar.

Eine Verbesserung des Hochwasserabflusses im Ortsbereich von Wörth könnte durch eine Räumung der Lafnitzstrecke zwischen dem oberen Ortsende von Neudau und der Einmündung des Lungitzbaches oberhalb von Wörth geschaffen werden. Es müßten das Ufergehölz und angelandetes Treibholz entfernt sowie kleinere Verbauungsmaßnahmen durchgeführt werden. Auch hier ist die Mitwirkung des Burgenlandes unerlässlich. Die Frage ist daher noch offen, ob diese Maßnahme 1971 verwirklicht werden kann, das heißt, ob die Verhandlungen mit der burgenländischen Landesregierung und mit den Gemeinden zum Abschluß gelangen.

**Präsident:** Anfrage Nr. 32 des Herrn Abg. Doktor Helmut Heidinger an Herrn Landeshauptmann Krainer, betreffend Ausbau der Bundesstraße 67 im südlichen Stadtbereich von Graz. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Dr. Helmut Heidinger an Landeshauptmann Krainer.*

*Die Bundesstraße 67 ist im südlichen Stadtbereich von Graz zwischen Zentralfriedhof und Brauhaus Puntigam in sehr schlechtem Zustand und stellt einen ausgesprochenen Verkehrsengpaß dar.*

*Sind Sie, Herr Landeshauptmann, in der Lage, mitzuteilen, welche Pläne für den Ausbau dieses Straßenstückes bestehen und wann mit einem solchen gerechnet werden kann?*

**Landeshauptmann Krainer:** Diese Anfrage ist an sich etwas kompliziert zu beantworten.

Die Bundesstraße 67 im südlichen Stadtbereich von Graz zwischen Zentralfriedhof und dem Brauhaus Puntigam wurde schon vor einigen Jahren mit einer Fahrbahnbreite von 7,50 m geplant. Es war damals beabsichtigt, daß die Stadtgemeinde die Bauausführung übernimmt und die Bundesstraßenverwaltung einen Zuschuß leistet. Es waren daher einige Jahre hindurch 2 Millionen Schilling für dieses Bauvorhaben vorgesehen. Infolge der Verkehrssteigerung wurde es jedoch notwendig, eine vierbahnige Bundesstraße mit Mittelstreifen — Mittelstreifen sind schön, aber meiner Meinung nach, wenn man dringend Straßenraum braucht, eigentlich überflüssig — vorzusehen. Dieses Erfordernis hat sich anläßlich der Verkehrsprognose des Herrn Prof. Dr. Dorfwirth ergeben.

Die Stadtgemeinde Graz hat damals die Planung für diesen Straßenzug übernommen und hiebei beabsichtigt, die Straßenbahnlinie an der Westseite dieses Straßenzuges zu führen. Dies ergab jedoch eine zweimalige Überquerung der Straßenbahn in diesem Straßenzug. Es wurde daher umgeplant und festgehalten, daß die Straßenbahn an der Ostseite geführt wird, bzw. es wurden Verhandlungen geführt, daß diese Straßenbahnlinie überhaupt aufgegeben und in der Neuholdaugasse, also abseits dieser Bundesstraße, geführt wird.

Die Planung war nunmehr fertiggestellt und hat sodann die Stadtgemeinde gemeinsam mit der Stadtwerke-AG nochmals diesen Zustand überprüft und festgestellt, daß sie die Straßenbahnlinie vom Zentralfriedhof nach Puntigam aufgeben wird und hierfür eine Autobuslinie errichten wird. Es ist daher erforderlich, nochmals die Planung abzuändern, um

auf diese Weise endlich den dringend notwendigen Ausbau durchführen zu können. Die Planungen führt derzeit die Stadtgemeinde Graz.

Aus diesem Grunde wurde auch eine Verbesserung des derzeitigen Straßenzuges nicht vorgesehen, worauf der nunmehr schlechte Fahrbahnzustand zurückzuführen ist. Es wird getrachtet, dieses Bauvorhaben sofort nach Abschluß der Planungen in ein Bauprogramm einzubeziehen. Selbstverständlich ist dies jedoch von der Anschaffung der Autobusse für diese Straßenbahnlinie abhängig.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage Nr. 33 des Herrn Abgeordneten Ing. Hans Stoisser an Herrn Landeshauptmann Josef Krainer, betreffend die Autobahnabfahrt bei Mooskirchen.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Ing. Stoisser an Landeshauptmann Krainer.*

*Die Autobahnabfahrt bei Mooskirchen ist laut Plan so projektiert, daß die Fahrstrecke von der Autobahn nach Mooskirchen zirka 10 km beträgt, obwohl Mooskirchen unmittelbar an der Autobahn und deren Abfahrt liegt.*

*Kann, Herr Landeshauptmann, diese Abfahrt nicht so geplant und gebaut werden, daß die Abfahrtsstrecke wesentlich verkürzt wird?*

**Landeshauptmann Krainer:** Das Anliegen der Gemeinde Mooskirchen auf Herstellung einer Autobahnabfahrt wurde beim Bundesministerium für Bauten und Technik vertreten. Das genannte Ministerium hat den gestellten Antrag abgelehnt. Ob eine Änderung dieses Standpunktes — vielleicht durch einen steirischen Minister — erreicht werden kann, ist derzeit noch nicht abzusehen.

**Präsident:** Anfrage Nr. 39 des Herrn Abg. Josef Loidl an Herrn Landeshauptmann Josef Krainer, betreffend die Umfahrungsstraße St. Ruprecht a. d. Raab.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Loidl an Landeshauptmann Krainer.*

*Die Umfahrungsstraße St. Ruprecht a. d. Raab mit einer Länge von 3,2 km wurde am 23. November 1969 durch Herrn Landeshauptmann Krainer feierlich eröffnet und dem Verkehr übergeben.*

*Schon im Frühjahr 1970 war der Straßenbelag derart schadhaf, daß Ausbesserungsarbeiten in so großem Ausmaße durchgeführt werden mußten, daß dies einer Erneuerung des Belages gleichkommt.*

*Sind Sie, Herr Landeshauptmann, bereit, bekanntzugeben, aus welchem Grunde der Straßenbelag nach so kurzer Zeit abgetragen und erneuert werden mußte, welche Kosten dies verursacht hat und von wem diese getragen werden?*

**Landeshauptmann Krainer:** Die Anfrage des Abg. Loidl beantworte ich wie folgt:

Bei der Umfahrung St. Ruprecht a. d. Raab zeigten sich Fahrbahnschäden an rund 90 Stellen im Ausmaß von 1000 m<sup>2</sup>, das sind 5 % des gesamten zur

Ausführung gelangten Fahrbahnbelages. Die bauausführende Firma mußte die Schadensbehebung im Rahmen ihrer Haftungsverpflichtung übernehmen. Dem Land Steiermark sind keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

Trotz der vorgenommenen Ausbesserungen kann der Fahrbahnbelag in seinem derzeitigen Zustand nicht übernommen werden.

Die Baufirma wurde verhalten, den Fahrbahnbelag im Sinne der vertraglichen Grundlagen herzustellen.

**Präsident:** Der Herr Abg. Loidl wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm das Wort.

*Abg. Loidl: Herr Landeshauptmann, kann ausgeschlossen werden, daß die Firma mit der Begründung, daß sie verhalten wurde, ungeeignetes Material einzubauen, die Bezahlung und die Wiedergutmachung ablehnt und letzten Endes doch das Land die Kosten übernehmen muß?*

**Landeshauptmann Krainer:** Mir ist in diesem Fall nicht bekannt, daß die Baufirma zu einer bestimmten Materialsorte veranlaßt wurde. Sollte das der Fall sein, dann könnte es natürlich darüber einen Rechtsstreit geben. Aber mir ist nicht bekannt — ich werde mich bemühen, Ihnen noch eine solche Antwort zukommen zu lassen —, ob eine Verpflichtung seitens der Straßenverwaltung vorgelegen hat, ein bestimmtes Material zu verwenden.

**Präsident:** Anfrage Nr. 41 des Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDR. Alexander Götz an Herrn Landeshauptmann Josef Krainer, betreffend den Straßenausbau Teichalm-Sommeralm.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann, diese Frage zu beantworten.

*Anfrage des Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz an Landeshauptmann Krainer.*

*Die Gemeinden St. Kathrein, Hohenau a. d. Raab und Fladnitz haben beschlossen, für den vorzeitigen Ausbau der Straße Teichalm—Sommeralm einen Betrag von 200.000 S in den Jahren bis 1972 zur Verfügung zu stellen. Die diesbezüglichen Gemeinderatsbeschlüsse wurden unter der Voraussetzung gefaßt, daß die Bauaufsicht für diesen Ausbau durch die Baugebietsleitung Hartberg der Agrartechnischen Abteilung wahrgenommen wird.*

*Bei diesem Straßenausbau handelt es sich außerdem um die Erschließung eines wesentlichen Fremdenverkehrsgebietes.*

*Sind Sie, Herr Landeshauptmann, bereit, die Baugebietsleitung Hartberg der Agrartechnischen Abteilung mit der Bauaufsicht bis zum Jahre 1972 zu betrauen?*

**Landeshauptmann Krainer:** Die Anfrage des Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz beantworte ich wie folgt:

Für den Ausbau der Straße Teichalm—Sommeralm liegt bei der Agrartechnischen Abteilung kein Projekt vor. Sobald ein solches vorliegt, ist zu prüfen, ob das Projekt rechtlich und technisch entspricht. Im bejahenden Falle kann die Bauaufsicht durch die Bauleitung der Agrartechnischen Abteilung übernommen werden.

**Präsident:** Danke für die Beantwortung. Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz das Wort für eine Zusatzfrage.

*Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: Herr Landeshauptmann, soweit mir bekannt ist, ist doch die Auspflöckung bzw. Vermessung des Güterweges bereits erfolgt durch die Agrartechnische Abteilung mit dem Hinweis, daß die Aufnahme des an sich schon vorliegenden Projektes im Jahre 1972 erfolgen soll.*

**Landeshauptmann Krainer:** Ich mache aufmerksam, daß die Antwort, die ich am vergangenen Freitag von der Agrartechnischen Abteilung bekommen habe, dahin geht, daß amtlich eine Planung, wie hier ausgeführt wird, nicht vorliegt. Es könnte höchstens eine private Arbeit gewesen sein.

**Präsident:** Ich danke Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 38 des Herrn Abgeordneten Doktor Richard Piaty an Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Adalbert Sebastian, betreffend die Bettenanzahl der neuen Chirurgie.

Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung dieser Frage.

*Anfrage des Abg. Dr. Piaty an Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian.*

*Welche Bettenanzahl ist für die I. Chirurgische Universitätsklinik bzw. I. Chirurgische Abteilung nach Fertigstellung des Neubaus vorgesehen?*

**Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian:** Auf Grund der mir gestellten Frage kann ich Herrn Abgeordneten Dr. Piaty folgendes mitteilen:

Im Neubau der Chirurgie, die voraussichtlich im Herbst des kommenden Jahres fertig sein wird, werden 291 Krankenbetten zur Verfügung stehen. Nach Adaptierung des Altteiles werden weitere 100 Krankenbetten zur Verfügung stehen. Das heißt, daß die I. Chirurgie — Neubau plus Altbau — 391 Betten haben wird. Das entspricht genau einem Planbettenstand im Zeitpunkt der Projektierung im Jahre 1963. Hinweisen muß ich darauf, daß es natürlich Spitzen gibt, wo dort einschließlich der Notbetten 410 Betten untergebracht sind, nach dem heutigen Stand sind es 383. Wenn der Altbau fertig sein wird, renoviert, restauriert und umgestaltet, wird es auch noch darum gehen, die in dem Dreieck Zentral-Röntgeninstitut, Quertrakt und Altbau untergebrachte Urologische Abteilung besser zu versorgen und in derselben Etage die II. Chirurgie mit den erforderlichen Nebenräumen für dieses sehr umfangreiche Operativprogramm besser auszugestalten.

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Dr. Piaty für eine Zusatzfrage das Wort.

*Abg. Dr. Piaty: Es ist bekannt, daß nach bewährten Krankenanstalten Größenordnungen von 100 bis 120 Betten je Fachabteilung als ideal für die ärztliche Führung und die medizinisch-ärztliche Betreuung angesehen werden. Ich frage Sie nun, Herr*

*Landeshauptmann-Stellvertreter, haben Sie baulich und organisatorisch Maßnahmen vorgesehen, die eine Teilung dieser Großabteilung in überschaubare Abteilungen ermöglichen würden?*

**Präsident:** Ich bitte Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter um Beantwortung dieser Zusatzfrage.

**Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian:** Ich nehme an, Herr Abgeordneter, daß Sie darüber informiert sind, daß jetzt bereits Beratungen sowohl im Professorenkollegium als auch in der Primarsvereinigung angestellt werden, wie man die künftige Führung der I. Chirurgie installieren sollte. Das ist Ihnen nicht unbekannt, Sie wissen, daß wir verhandeln und darüber sprechen (Abg. Dr. Piaty: „Sie sind der Referent!“). Ich habe nicht gesagt, daß ich mich nicht um diese Aufgabe bemühe. Es laufen Verhandlungen, daß hinsichtlich der Führung eine andere Konstruktion gefunden wird. Es ist auch unbestritten, daß die von Ihnen angegebene Zahl mit 100—120 Betten (Abg. Pözl: „Das war ja keine geheime Antwort an Dr. Piaty!“ — Unverständliche Zwischenrufe — Abg. Dr. Piaty: „Ich wollte ja Ihre persönliche Antwort hören!“)

**Präsident:** (Glockenzeichen) Das Wort hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian!

**Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian:** ... besser überschaubar ist und daß wir in einer Umorganisation versuchen, uns diesem Idealzustand zu nähern. Wenn Sie fragen, ob das möglich sein wird, kann ich Ihnen nur sagen, Sie wissen es selbst genau, daß die einzelnen Etagen so gestaltet sind, daß jede Etage durch Zusammenziehen zweier Etagen sofort zu einer Abteilung gemacht werden kann. Sie wissen es auch, daß z. B. die Neurochirurgie umgezogen ist und eine geschlossene Abteilung von 50 Betten umfaßt.

**Präsident:** Ich danke Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter für die Beantwortung der Zusatzfrage.

Damit sind die eingelangten Anfragen erledigt, und die Fragestunde ist geschlossen.

Die Tagesordnung habe ich Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung bekanntgegeben.

Darüber hinaus setze ich gemäß § 28 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Wahlen in Landtagsausschüsse und in das Kuratorium des Vorsorgefonds für die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages auf die heutige Tagesordnung.

Das Steiermärkische Starkstromwegegesetz, Beilage Nr. 7, wurde vom Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß und vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß mit wesentlichen Änderungen und Ergänzungen beschlossen und mußte gemäß § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages neu gedruckt werden. Die von den beiden Ausschüssen beschlossene Fassung ist in der heute aufliegenden Beilage Nr. 13 enthalten. Gemäß § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages kann die Behandlung dieses Geschäftstückes, da es erst heute aufgelegt werden konnte, nur nach Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist vorgenommen werden.

Im Hinblick auf die Dringlichkeit dieser Vorlage schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien die Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist vor.

Wird gegen die Tagesordnung einschließlich der von mir auf die Tagesordnung gesetzten Wahlen in Landtags-Ausschüsse und in das Kuratorium des Vorsorgefonds sowie die Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist bezüglich der Beilage Nr. 13 ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist somit angenommen.

Es liegen heute folgende Geschäftsstücke auf:

der Antrag, Einl.-Zahl 62, der Abgeordneten Haas, Lafer, Buchberger, Schrammel und Aichhofer, betreffend die Vollelektrifizierung der ländlichen Gebiete;

der Antrag, Einl.-Zahl 63, der Abgeordneten Lafer, Prenner, Schrammel und Buchberger, betreffend die Erhöhung des Bundesbeitrages für Meliorationen und Regulierungen;

der Antrag, Einl.-Zahl 64, der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dr. Piaty und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Änderung des derzeitigen Gehaltsschemas und der Beförderungsbestimmungen für die beim Land beschäftigten medizinisch-technischen und radiologisch-technischen Assistentinnen;

der Antrag, Einl.-Zahl 65, der Abgeordneten Lackner, Ritzinger, Pränckh und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Kleinsölk—Ofensteg als Landesstraße;

der Antrag, Einl.-Zahl 66, der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Buchberger und Feldgrill, betreffend Vorstandsleitenden der verstaatlichten Industrie;

der Antrag, Einl.-Zahl 67, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Aichhofer, Lafer und Prenner, betreffend Geschädigte durch Sturm- und Hagelunwetter;

der Antrag, Einl.-Zahl 68, der Abgeordneten Lafer, Prenner, Schrammel und Buchberger, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Gutendorf—Petersdorf als Landesstraße;

der Antrag, Einl.-Zahl 69, der Abgeordneten Ritzinger, Pränckh, Marczik und Lackner, betreffend den Ankauf des Furtnersteiches durch das Land Steiermark;

der Antrag, Einl.-Zahl 70, der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Preitler, Klobasa und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Hilfeleistung an unvettergeschädigte Landwirte.

Diese Anträge weise ich der Landesregierung zu.

Dem Finanz-Ausschuß weise ich folgende Geschäftsstücke zu:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 60, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinsparungen für das Bauvorhaben Nr. 1/70 „Umfahrung St. Erhard“ der Landesstraße Nr. 20, Kirchdorf—Birkfeld—Neudau;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61, betreffend Bauflächeninanspruchnahme sowie Objektseinsparungen von Schreiner Alois und Katharina für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 71, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinsparungen von Pelzeder Karl für das Bauvorhaben Nr. 10/70 „Oberfeistritz—Anger“ der Landesstraße Nr. 1;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72, über den Ankauf eines Waldgrundstückes von Hans Ertler für die landwirtschaftliche Fachschule Hatzendorf;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 19, KG. Weißenbach und EZ. 26, KG. Altenmarkt, zur Sicherung des Ausbaues der Landesstraße Nr. 277, Buchauerstraße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 76, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinsparungen von Koller Alois und Theresia in Rohrbach a. d. Lafnitz Nr. 8 für die Sichtverbesserung der Landesstraße Nr. 25, Alplstraße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 77, betreffend den Abverkauf einer landeseigenen, zum Besitzstand des Landesgutes Wagna gehörigen Grundstückes an Peter und Rosa Reichl;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 78, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinsparungen von Töschner Theresia für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 79, betreffend Objektseinsparungen von Rupert Gebhardt in Hitzendorf Nr. 7 für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 80, betreffend Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 15/70 „Hitzendorf—Pichling“ der Landesstraße Nr. 200;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Eder Franz und Elsa sowie Preiner Franz für das Bauvorhaben Nr. 3/69 „Mitterdorf—Veitsch“ der Landesstraße Nr. 292;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 11, Gesetz, mit dem das Fremdenverkehrsabgabengesetz 1963 neuerlich abgeändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 83, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1970 — 1. Bericht;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 84, zum Beschluß Nr. 564 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1968, betreffend Übernahme von Ausfallsbürgschaften;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 85, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinsparungen für das Bauvorhaben Nr. 12/70 „Schrems“ der Landesstraße Nr. 10;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 87, über die Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Prof. Dr. phil. habil. Manfred Straka;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 88, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an den ehemaligen Vertragsbediensteten Techn. Rat Ing. Friedrich Schmiedel;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 89, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Ob-

jektseinlösung von den Ehegatten Kurzmann für das Bauvorhaben Nr. 5/70 „Frannach—Heiligenkreuz a. W.“ der Landesstraße Nr. 86;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 91, über eine Änderung des Beschlusses Nr. 30 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Juli 1970, betreffend Landwirtschaftliche Fachschule Gleisdorf — Grundankauf;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 93, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 286, KG. Rammersdorf, von den Ehegatten Stefan und Katharina Schmieder;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 94, betreffend die Übernahme von Bürgschaften nach dem Landeswohnbauförderungsfonds.

Dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß weise ich folgende Gesetze zu:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 9, Gesetz über die von den Gemeinden errichteten öffentlichen Wasserleitungen (Steiermärkisches Gemeindegewässerleitungsgesetz 1970);

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 10, Gesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens des Landes Steiermark;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 14, Gesetz über die Ausschreibung von Kanalabgaben durch die Gemeinden des Landes Steiermark (Kanalabgabengesetz 1970).

Die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 12, Gesetz über die Vermögenswerte nach den ehemaligen Landkreisen, weise ich zuerst dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und dann dem Finanz-Ausschuß zu.

Dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß weise ich die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 35, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Feldgrill, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Raum Wildon, zu.

Erhebt sich gegen diese Zuweisungen ein Einspruch?

Das ist nicht der Fall.

Ich gebe weiters bekannt, daß die Anzeige, Einl.-Zahl 47, des verewigten Ersten Landeshauptmannstellvertreters DDr. Alfred Schachner-Blazizek nach §§ 22 und 28 der Landesverfassung im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß nicht mehr behandelt wurde und somit als erledigt anzusehen ist.

Eingebracht wurden heute folgende Anträge:

der Antrag der Abgeordneten Sebastian, Gruber, Schön, Ileschitz, Karrer, Fellingner und Genossen, betreffend das Investitionsprogramm der OAMG.;

der Antrag der Abgeordneten Laurich, Pichler, Sponer, Fellingner und Genossen, betreffend die Übernahme der Straße über den Sölkpaß;

der Antrag der Abgeordneten Hammerl, Groß, Dr. Strenitz, Reichl und Genossen, betreffend Anrechnung von Zulagen und Nebengebühren für den Ruhegenuß bei Landes- und Gemeindebediensteten;

der Antrag der Abgeordneten Gruber, Prof. Hartwig, Pichler, Bischof und Genossen, betreffend die Einführung eines „Tages der Begegnung der Generationen“;

der Antrag der Abgeordneten Fellingner, Bischof, Schön, Brandl und Genossen, betreffend den Bau einer Unterführung der Bundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben;

der Antrag der Abgeordneten Laurich, Fellingner, Pichler, Karrer und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße in der Gemeinde Aigen im Ennstal, welche die Verbindung zwischen der Landesstraße Nr. 272 und der Landesstraße Nr. 276 darstellt, als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Gross, Loidl, Hammerl und Genossen, betreffend die Übernahme der Mitterstraße im Gebiet der Gemeinden Seiersberg, Feldkirchen bei Graz und Pirka;

der Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkannell, Dr. Klauser, Klančnik und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße KG. Aflenz—Retznei—Ehrenhausen als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Klauser, Zinkannell, Klančnik, Aichholzer und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße zwischen Feldbaum und Kloster im Bezirk Deutschlandsberg;

der Antrag der Abgeordneten Laurich, Pichler, Sponer, Brandl und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Fernsehempfanges im Oberen und Unteren Ennstal, im Paltental und im Ausseerland;

der Antrag der Abgeordneten Fellingner, Schön, Brandl, Karrer und Genossen, betreffend die Regulierung des Vordernbergbaches im Gemeindegebiet St. Peter/Freienstein;

der Antrag der Abgeordneten Lind, Prenner, Schrammel, Buchberger und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die beschleunigte Durchführung der Regulierungsarbeiten am Safenbach;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Lafer, Lind, Dipl.-Ing. Fuchs und Pränckh, betreffend die Novellierung des Wohnungsverbesserungsgesetzes;

der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Lackner, Ritzinger und Koiner, betreffend die Übernahme der Kaiseraustraße Trieben—Admont durch das Land;

der Antrag der Abgeordneten Koiner, Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Heidinger und Lafer, betreffend Vereinheitlichung von Bauhöfen;

der Antrag der Abgeordneten Marczik, Koiner, Ritzinger und Pränckh, betreffend die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes an die Handelsschule Judenburg;

der Antrag der Abgeordneten Koiner, Marczik, Ritzinger und Pränckh, betreffend entsprechende Maßnahmen für die Durchfahrt von Schwerfahrzeugen durch die Ortschaft Obdach;

der Antrag der Abgeordneten Koiner, Marczik, Ritzinger und Pränckh, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Kathalgrabenstraße als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Aichhofer, Dr. Heidinger und Lafer, betreffend die Verstärkung der Ausbaggerung von Flußläufen;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Dipl.-Ing. Schaller und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend eine EDV-Koordinierungsstelle bei der Landesamtsdirektion;

der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Heidinger, Marczik und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Fortsetzung der Zinsenzuschuß-Aktion für Assanierungen;

der Antrag der Abgeordneten Prenner, Lind, Buchberger, Pölzl und Schrammel, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Obersafen—Seibersdorf als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Dr. Piaty, Dr. Heidinger und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Einrichtung von Spezialabteilungen für chronisch Kranke und Rehabilitation innerhalb der steirischen Landeskrankenanstalten;

der Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Pranch, Marczik und Dr. Dorfer, betreffend die Übernahme der Sölkpaßstraße durch das Land Steiermark;

der Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger, Marczik und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend den Einbau einer Standspur bei der nördlichen Einfahrt von der Bundesstraße 17 nach Wartberg i. M.;

der Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger, Marczik und Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, betreffend den raschen Neubau des Winterhofes Seewiesen.

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Eingebracht wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Heidinger, Koiner, Marczik, Nigl, Pölzl, Pranch und Ritzinger, betreffend das Investitionsprogramm der OAMG.

Diese Anfrage hat die gemäß § 58 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung. Wir gehen daher gleich zur Behandlung der dringlichen Anfrage über.

Ich erteile dem Herrn Abg. Prof. Dr. Eichinger als Erstunterfertigtem das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begründe diese dringliche Anfrage der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei damit, daß im obersteirischen Industriegebiet nach wie vor größte Unruhe wegen des Investitionsprogramms der Alpine-Montan herrscht. Nach wie vor bangen Tausende Arbeiter und Angestellte um die rasche Durchführung. Es hat sich herausgestellt, daß die Solidarität der obersteirischen Bevölkerung großartig war, denn man hat erkannt, und zwar alle Bevölkerungsschichten, daß man dieser Angelegenheit größte Aufmerksamkeit zuwenden muß, weil mit dem Blühen und Gedeihen der Österreichisch-Alpine-Montan auch das Blühen und Gedeihen der Obersteiermark im Zusammenhang steht.

Zum Fleiß und zum technischen Können unserer Arbeiter- und Angestelltenschaft, die sich jederzeit nach internationalen Maßstäben messen kann, kommt die dringende Forderung, daß man hier

ihren Wünschen raschest Rechnung trägt. Man ist hier geschlossen und entschlossen, dieses Ziel durchzusetzen. Die Angestelltenschaft und die Arbeiter-schaft ist hellhörig geworden. Die Diskriminierung des Erzberges, die wir schon seit Jahren erleben müssen — ich denke hier an Gutachten, ich denke hier an die Erzverträge (Landesrat Gruber: „Das waren die Fachleute!“), ja, das können ruhig die Fachleute sein; jedenfalls ist man hellhörig geworden, Herr Landesrat. — Das hat dazu beigetragen, daß man gerade hier dieses Anliegen dringendst verfechten will. Es würde eine Katastrophe sein, wenn es zu Abwanderungen der Bergknappen kommen würde. Und wenn von Einmottung des Erzberges gesprochen wird, so würde das gleichzeitig bedeuten, daß man das ganze Eisenerzer Tal einmotten würde.

Eine weitere Begründung ist, daß jede Verzögerung dieses Investitionsvorhabens eine große Gefahr bedeutet. Im Ausland schläft man ja nicht. Immer wieder liest man von Konzentrationen, von Fusionen, Neubauten, Investitionen, die in die Milliarden gehen. Infolgedessen ist es hier unbedingt notwendig, daß im Falle Donawitz raschest gehandelt wird. Natürlich weiß man, daß es notwendig ist, eine fortschrittliche Koordinierungskonzeption zu erstatten, doch will man unbedingt trachten, daß man die Alpine als gleichwertigen Partner ansieht. Mit der Alpine Donawitz im Zusammenhang stehen selbstverständlich auch die Betriebe in Kindberg, Krieglach und Judenburg. Auch hier ist die Belegschaft nervös geworden, auch hier ist die Forderung aufgetaucht: Es darf keine Zeit mehr verloren werden. Mit allem Nachdruck ist die OIAG und auch die Bundesregierung zu veranlassen, daß sofort gehandelt wird. Es kommt ja dazu, daß es der Belegschaft der Alpinebetriebe sehr unverständlich erscheint, daß man diese vielen Milliarden, die man dem Staat bzw. der übrigen Industrie in Österreich zur Verfügung gestellt hat, nicht dadurch honoriert, daß man jetzt von seiten der OIAG und von seiten der Bundesregierung sofort unter die Arme greift. Ich meine, eine Ausfallhaftung ist zu wenig, es ist auch unbedingt notwendig, daß die Bundesregierung Budgetmittel zur Verfügung stellt. Die Bundesstraße Nr. 17 ist eine Lebensader der Steiermark, und es wäre ein Unglück, wenn man sagen müßte, diese Bundesstraße 17 führt durch Teile der Steiermark, die tatsächlich einem Friedhof gleichen.

Es ist deshalb notwendig, daß das Bemühen der gesamten Belegschaft auch von der Steiermärkischen Landesregierung unterstützt wird. Und damit im Zusammenhang möchte ich auch die Bitte bringen, daß man den Konzernvorstand aufmerksam macht, daß der beste Sitz des Konzerns im Herzen des obersteirischen Industriegebietes ist. Ich möchte abschließend Sie, Herr Landeshauptmann, bitten und fragen, ob Sie bereit sind, die Interessen der obersteirischen Industriearbeiterschaft der Alpine-Montan in Wien bei der OIAG und bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck zu vertreten. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

**Landeshauptmann Krainer:** Es steht fest, daß der Vorstand der Alpine-Montan 1968/69 eine Investitionsplanung ausgearbeitet hat, die eine wesentliche Rationalisierung der Fertigung und eine steigende Qualitätsstahlerzeugung ermöglichen soll. In dem Investitionsprogramm sind auch Rationalisierungsinvestitionen beträchtlichen Ausmaßes für den Erzberg vorgesehen. Das Investitionsprogramm ist für einen Zeitraum von 5 Jahren mit einem Aufwand von 3,3 Milliarden Schilling vorgesehen.

Die VOEST hat im heurigen Jahr durch Vorstand und Aufsichtsrat ein großes Investitionsprogramm beschlossen, so daß gleichartige Investitionen, vor allem auf der Hochofenseite in Linz und Donawitz, vorliegen.

Das ist der Grund, weshalb die OIAG eine Prüfung der Alpine-Investitionen vornimmt, um eine Koordinierung herbeizuführen. Die Prüfung scheint auch deshalb angeordnet worden zu sein, weil der Staat die Haftung für das Alpine-Investitionsprogramm von 3,3 Milliarden Schilling übernehmen soll. Beide Investitionsprogramme haben eine Steigerung der Roheisenerzeugung zum Inhalt. Die VOEST will die Roheisenerzeugung um 50 % von bisher 2 auf 3 Millionen Tonnen Roheisen pro Jahr steigern.

Eine Investitionsbesprechung der Firmen Alpine und VOEST hat klargestellt, daß das Investitionsprogramm der Alpine zugunsten der VOEST gekürzt werden sollte. Die VOEST ist der Meinung, daß man auf die Rationalisierung des Hochofenbetriebes in Donawitz und die Erweiterung des LD-Stahlwerksbetriebes verzichten sollte. Dafür würde die VOEST durch einen Großhochofen mit einer Tagesleistung von 4000 Tonnen ihre Roheisenerzeugungskapazität erhöhen, gleichzeitig aber auch das LD-Stahlwerk von bisher 80 Tonnen LD-Tiegeln auf 120 Tonnen aufrüsten, alles in allem damit eine Erhöhung der Rohstahlerzeugung um etwa 1,5 Millionen Tonnen erreichen. Das wiederum ergäbe nach dem derzeitigen Absatzstand einen Rohstahlüberhang von etwa 400.000 Tonnen.

Die gegensätzlichen Auffassungen zwischen Alpine und VOEST wurden in camera caritatis ausgetragen, bis schließlich die Betriebsräte der Angestellten und Arbeiter von den Plänen der VOEST und der Nichtbefürwortung der OIAG der Bundeshaftung für die 3,3 Milliarden erfahren haben. Die weitere Folge war der energische Protest der Betriebsräte der Angestellten und Arbeiter, die Betriebsversammlungen und schließlich die Äußerungen des Herrn Prof. Horst Knapp, der vom Einmotten des Erzberges sprach und ebenso die Investitionspläne der VOEST unterstützte. Diese sogenannte volkswirtschaftliche Diskussion hat begreiflicherweise nicht nur die Betriebsangehörigen, sondern die steirische öffentliche Meinung, die Landesregierung, zur internen Einflußnahme und Aufklärung von Regierung und OIAG veranlaßt. Die Antwort des zuständigen Staatssekretärs Dr. Veselsky, die inzwischen auch in der Arbeiterkammer wiederholt wurde, und des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der OIAG Dr. Taus und anderer Regierungsmitglieder, die angesprochen wurden, ebenso Vorstandsmitglieder der OIAG, war, daß es lediglich geprüft wird. Sie seien sich bewußt, daß nicht nur

volkswirtschaftliche Überlegungen, sondern auch soziale und lokale Interessen berührt werden, die beachtet werden müssen. Ebenso wurde die Meinung geäußert, daß die Genehmigung des Investitionsprogrammes von Donawitz und die hierzu notwendige Haftung für die 3,3 Milliarden durch das Parlament notwendig ist.

Sicher ist es richtig, daß die österreichische Stahl- und Eisenwirtschaft einer Abstimmung und Kooperation bedarf, zumal die Unternehmungen einem Eigentümer gehören, das ist der Staat, und sein Treuhänder, die OIAG. Aber wenn man auf dem Stahlsektor eine Konzernpolitik installieren will, dann müssen natürlich volkswirtschaftliche und Rationalisierungsüberlegungen angestellt werden, aber vor allem müssen die Menschen bei aller Bejahung der Mobilität gesehen werden. Es geht um Menschen und Menschenschicksale, und wir können nicht soziale Notstände durch einseitige Maßnahmen herbeiführen.

Jeder Verantwortliche weiß, was Standort heißt. Wir wissen auch, was Wasserwege bedeuten. Aber wenn man sinnvoll kooperieren und rationalisieren will, dann muß man auch den Mut haben, anstelle von Roheisenerzeugung bei reduziertem Erzabbau die freigesetzten Arbeiter in einer anderen Weise zu beschäftigen, und zwar beim Maschinenbau, im Stahlbau. Man könnte nur gegenseitig verlagern, wenn man bedenkt, daß hier bei uns in der steirischen Heimat viel Technologie und eine Industrie-arbeiterschaft, die zu besten Leistungen fähig ist, vorhanden ist. Diese Arbeiterschaft hat schon bestanden, als am Platze der heutigen VOEST noch eine grüne Wiese anzutreffen war. Wir wissen auch, daß die Arbeitskraft im Raume von Linz und Oberösterreich ausgeschöpft ist, ja, daß echte Spannungen bestehen, weil für eine vierte Schicht die Arbeitskräfte aus bestehenden Betrieben herausgeholt werden müssen. Hier haben wir ausgezeichnete Arbeitskräfte, und daher wollen wir heute den einheitlichen Willen zum Ausdruck bringen von Regierung und Landtag, für unsere Alpine, für die dort beschäftigten Menschen, die gehörige Wahrnehmung volkswirtschaftlicher Interessen und nicht eine Philosophie, die der Wirklichkeit unserer sozialen Leistungsgemeinschaft nicht entspricht.

Die Alpine braucht dringend die Investitionsmittel für Donawitz, für den Erzberg und für den gesamten Konzern, damit die Arbeitsplätze gesichert werden und die Wirtschaftskraft dieses Gebietes erhalten bleibt. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Da die Anfrage von 10 Abgeordneten unterstützt und überdies die Abführung einer Wechselrede beantragt ist, eröffne ich hierüber die Wechselrede und weise auf § 58 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich der Gesetzgeber anschickt, eine Wirtschaftsdebatte abzuführen, und sich in Probleme eines Betriebes einmisch, dann ist das immer eine sehr heikle Frage und bedarf einer sehr vorsichtigen Ausdrucksweise.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, für die Alpine sozusagen ein Investitionsprogramm zu beschließen oder zu fordern; nachdem aber — wie aus der Fragebeantwortung und aus der Begründung der Frage hervorgegangen ist — das Problem mehr als eine betriebswirtschaftliche Seite hat, ist es, glaube ich, unsere Pflicht, uns mit diesem Gegenstand doch etwas eingehender zu befassen.

Es sind in der letzten Zeit Zeitungsmeldungen zu lesen gewesen, die zum Teil wirklich alarmierend waren. Wenn Sie nur lesen z. B. „Das Attentat der VOEST-Blech-Bosse“, „OIG beruhigt Alpine“, ferner „Anschlag auf den Erzberg“, „Rettet die Alpine-Betriebe“, „Kampf um Hochöfen“, „Appell der Erzkuropel“ sowie am Schluß der berühmte Artikel mit dem „Stahl- und Erzgewitter“ — kurz, die Zeitungen haben sich mit dem Gegenstand sehr eingehend befaßt. Die Frage gliedert sich unserer Meinung nach im wesentlichen nach zwei Richtungen: Auf der einen Seite liegt das Problem des Erzberges, und auf der anderen Seite ist das Problem des Investitionsprogrammes für die Alpine-Betriebe. Das Investitionsprogramm der VOEST mit rund 6 Milliarden Schilling, das beschlossen wurde, sieht keinen Mehrbezug steirischen Erzes vor, und es ist auch im Investitionsprogramm der Alpine eine Sinteranlage vorgesehen, um, wie man sagt, eine geeignete Mischung zwischen heimischen und ausländischen billigeren Erzen vornehmen zu können. Das ist ein Problem in sich. Die zweite Seite sind die Investitionen zum Teil auch für Finalfertigungen in den einzelnen Alpine-Betrieben. Nun haben wir am Problem der Kohle und in Tirol am Problem des Kupfers sehr wohl gesehen, daß kurzfristige Überlegungen, die von der jeweiligen konjunkturellen Lage beeinflußt sind, nicht immer der beste Ausgangspunkt für langfristige Planungen sind. Wenn Sie sich in Erinnerung rufen die Debatten in diesem Haus noch vor ein oder zwei Jahren, wie es um das Holz gegangen ist, so hätte man meinen können, wir haben viel zuviel Holz; inzwischen ist das Gegenteil eingetreten. Der Mitterberger Kupfererzabbau in Salzburg war durch Jahrzehnte hindurch ein Defizitgeschäft, bis dann die weltweite Kupferverknappung eingetreten ist und Österreich sehr wohl froh war, auf dieses zurückgreifen zu können. Über die Kohle brauche ich, glaube ich, hier in diesem Hause nichts zu sagen, und in der gleichen Form präsentiert sich uns nun das Problem des Erzberges. Es kann einfach nicht volkswirtschaftlich richtig sein, so sehr betriebswirtschaftliche Überlegungen dafür sprechen mögen, daß man jetzt den Erzberg einmottet und sozusagen für schlechte Zeiten aufheben will; denn wir alle wissen, daß ein Betrieb, der einmal stillgelegt ist, nicht über Nacht wieder ins Leben gerufen werden könnte. Es haben sich dann nicht nur die Fachleute verlaufen, es sind auch die maschinellen Einrichtungen nicht instand zu halten, die Pflege der Einrichtungen würde Unsummen kosten, und es kann daher nur die Aufgabe eines gesamtösterreichischen Stahl- und Eisenkonzernes und einer Verwaltung der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie in Österreich sein, auch den Erzberg, der immerhin eine beachtliche Reserve für Krisenzeiten darstellt, in

sinnvoller Weise weiter im Abbau zu erhalten. Die Alpine hat ein Investitionsprogramm vorgelegt, und ich glaube, es ist wichtig, wenn wir uns hier mit einem Punkt des Investitionsprogrammes im Detail befassen. In dem sogenannten Unternehmensleitbild oder Unternehmensmodell, in dem die Zielvorstellungen der Alpine festgehalten sind, wird z. B. auf Seite 7 folgendes festgestellt, und ich zitiere aus dieser Vorlage: „Die Betonung der Finalproduktion soll ferner eine möglichst weitgehende Verwendung eigenen Vormaterials, lohnintensive und weniger standortempfindliche Fertigungen und Umschichtung von derzeit notleidenden Produktionssparten zu verhältnismäßig günstigeren Bereichen ermöglichen.“ Es geht dann weiter: „Im Interesse einer raschen Verwirklichung der dargestellten Ziele ist es erforderlich, die Werke Judenburg und Ferlach noch enger an die Alpine zu binden und die Tochtergesellschaften ‚Steirische Gußstahlwerke‘, ‚Kärntnerische Eisen- und Stahlwerke AG.‘ mit der Muttergesellschaft, der OAMG, als aufnehmende Gesellschaft zu verschmelzen.“ Dies ist etwas, das in diesem Hause schon einige Male verlangt wurde. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme des Vorstandes zu den Stahlgutachten vom Dezember 1968 verwiesen, worin diese Fusion als konzerninterne Strukturbereinigung bereits angekündigt wurde. Durch diese Fusionsmaßnahmen werden die Möglichkeiten einer einheitlichen Leitung noch stärker verankert und nennenswerte Einsparungen erzielt werden können. Das sind, glaube ich, Fragen, die wir durchaus bejahen können.

Es ist dann weiters interessant, wenn ich Ihnen daraus noch einiges sagen darf: Die Planung des Alpine-Vorstandes basiert auf Überlegungen, daß die Zukunftschancen eines nach internationalen Maßstäben kleinen Hüttenwerkes in dem gegebenen Standort einerseits in größerer Wendigkeit im Hinblick auf die Struktur der verarbeitenden Industrie und andererseits in höheren Stahlqualitäten liegen und eine Konkurrenzsituation mit den großen europäischen und auch überseeischen Erzeugern von Kommerzstahl vermieden werden muß. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich kurz an die Fragen dieser Stahlgutachten erinnern — hier scheint mir etwas anzuklingen. Dadurch kann das Unternehmen auch in Phasen schwacher Stahlmarktlage konkurrenzfähig erhalten werden. Die Expansion des Alpine-Konzerns kann sich, um ein allzu großes Risiko durch Überkapazität zu vermeiden, nur im Rahmen der zu erwartenden Zuwachsraten des Verbrauches der Erzeugnisse seines Programmes bei annähernder Aufrechterhaltung der bestehenden Absatzstruktur bewegen. Die Absatzstruktur der Alpine sieht derzeit so aus, daß etwa 70 % im Inland verkauft wird, im Gegensatz zur VOEST, die zu über 60 % im Export ihren Absatz findet. Es ist vorgesehen, daß Stabstahl um 5 %, Träger um 4 %, Rippentorstahl um 4 %, Walzdraht um 7 % und sonstiges um 7 % pro Jahr im Ausstoß erhöht werden sollen — Ziffern, die, verglichen mit einem Zuwachs einer Industrie, durchaus nicht erschreckend sein können. Teilweise hat der Herr Landeshauptmann in seiner Beantwortung bereits auf die Größenordnungen eines Investitionsprogrammes hingewiesen. Es ist interessant, daß sich diese Investitio-

nen, die 2,2 Milliarden aus Neuinvestitionen und 1,1 Milliarden aus Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen bestehen, auf die einzelnen Werke verteilen. Es ist vorgesehen, daß Donawitz 1,3 Milliarden Schilling Investitionen bekommt, Kindberg 67 Millionen, Krieglach 27 Millionen, Traisen 154 Millionen, Zeltweg 180 Millionen, am Erzberg sind Investitionen in der Größenordnung von 195 Millionen vorgesehen, in Judenburg von 168 Millionen, Ferlach 60 Millionen, und dann meiner Meinung nach ein sehr wesentlicher Punkt, es ist vorgesehen, daß im Forschungsinstitut und im Rechenzentrum Leoben 65 Millionen investiert werden — ein Punkt, der deshalb von Bedeutung ist, weil die VOEST bereits über ein entsprechendes Rechenzentrum verfügt, die Alpine jedoch bisher noch nicht. Der Gesamtkapitalbedarf von 3,3 Milliarden Schilling würde nach Meinung des Vorstandes voraussichtlich zu 1,7 Milliarden aus Eigenmitteln bedeckt werden können. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es schon notwendig ist, sich ein Bild über die Größenordnungen zu machen, denn es ist eine bekannte Tatsache und in Europa mehrfach bewiesen worden, daß Investitionsförderung in jedem Fall die Basis von steigendem Volkseinkommen und Massenwohlstand ist, und es gibt Beispiele von Ländern, die in erster Linie auf das Prinzip der Konsumförderung ihre Politik abgestellt haben, wie z. B. England, wo ein direkter Zusammenhang zwischen sinkender Investitionsrate und sinkendem Pro-Kopf-Einkommen festgestellt werden konnte. Die Kopfquote in England ist im Jahre 1966 mit S 40.000.— auf 1968 mit S 37.000.— gesunken, in Österreich im selben Zeitraum von S 27.000.— auf S 30.000.— gestiegen. Sie haben hier eine deutlich gegenläufige Bewegung, die in der relativ geringen Investitionsrate Englands ihre Ursache hat. Es ist davon gesprochen worden, daß ein volkswirtschaftlicher Effekt zu berücksichtigen ist. Es ist in Wirklichkeit hier die Frage zu stellen: Wieweit kann in einem verstaatlichten Betrieb, bei dem der Besitzer die Republik Österreich ist, die nicht nur betriebswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, die Investition lediglich von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten her gelenkt und geleitet werden, und wo ist der Ausgleich zu finden zwischen volkswirtschaftlichen Belangen, sozialpolitischen Belangen und der Betriebswirtschaft in diesem Betrieb? Die Alpine stellt mit 16.000 Beschäftigten und einer Lohnsumme von 1,1 Milliarden einen derartigen Wirtschaftsfaktor dar, und ist ein derartiger Block im obersteirischen Industriebezirk, der einfach nicht übergangen werden kann. Es ist weiters zu berücksichtigen, daß eine Reduktion der Arbeitskräfte zum Beispiel in Donawitz oder in den anderen Betrieben der Alpine heute in der Hochkonjunktur kein unüberwindliches Problem darstellen würde. Es ist aber zu bedenken, daß wir in den nächsten 10 Jahren in der Steiermark erstmalig wieder mit einer Zunahme der Berufstätigen in der Größenordnung von 50.000 werden rechnen müssen, und es ist sehr fraglich, ob dann die konjunkturelle Lage so sein wird, daß wir diese Menschen alle beschäftigen werden können. Das Betriebsergebnis der Alpine ist mit 3,8 Milliarden Schilling — wenn Sie alle internen Konzern-

umsätze abziehen — in der Größenordnung des steirischen Landesbudgets, also ein Brocken, der nicht zu übersehen ist. Es entspricht 15% des Bruttoregionalproduktes und 30% der gesamtindustriellen Wertschöpfung der Steiermark. Es ist verständlich, daß diese Größenordnungen ihren Einfluß nicht nur auf die Infrastruktur dieser Gebiete haben, daß nicht nur Handel, Gewerbe, Zulieferanten und die Beschäftigten davon abhängig sind, sondern daß eine Reduktion auch nur um wenige Prozente in diesem Raum eine echte Katastrophe auslösen würde.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Zeitungen und die verschiedenen Meldungen verfolgt haben, so werden Sie festgestellt haben, daß die Vorwürfe sich nicht nur gegen die OIAG richten, nicht nur gegen die Bundesregierung; es ist auch da und dort Kritik am Vorstand der Alpine geübt worden. Man hat behauptet, das Investitionsprogramm sei zu spät erstellt worden, es seien nicht die entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen beigelegt gewesen, kurz, dem Vorstand werden Versäumnisse zur Last gelegt. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier den Vorstand als solchen in Schutz zu nehmen, und es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns schützend vor einzelne Herren zu stellen. Was wir aber schon sagen können, ist: Was hat die OIAG, was hat die OIAG, was hat seinerzeit der Minister für verstaatlichte Industrie und vor ihm der sprichwörtliche Vizekanzler, was hat der Herr Bundeskanzler, der vor ihm die verstaatlichte Industrie gehabt hat, und was hat im letzten die IBV und wieder davor ein Ministerium getan, um eine Koordination und Entwicklung, abgestimmt in den Betrieben derselben Branche, im Rahmen der verstaatlichten Industrie einzuleiten? Man kann dem Vorstand Unfähigkeit vorwerfen, dann muß man ihn ersetzen. Aber ich frage, ob es irgendwo ein Konzept oder einen Rahmen gibt, in dem sich die Betriebe zum Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie Österreichs, soweit sie verstaatlicht sind, aber darüber hinaus auch die privaten, überhaupt einordnen können. Ich glaube, hier liegen auch wesentliche Versäumnisse vor. (Landesrat Gruber: „Gibt es seit 1964 mindestens, Herr Abgeordneter!“) Ja, es gibt sie seit 1964 mindestens; ich frage mich dann nur, wieso es möglich ist, daß Investitionsprogramme von Konzernbetrieben ein und derselben Dach-Holding, heute ist es die OIAG, früher war es ein Ministerium oder eine Sektion, so gegeneinander ausgerichtet sein können, daß man sich gegenseitig konkurrenziert. Hier kann es im Grundlegenden nicht stimmen. (Landesrat Gruber: „Weil das Koordinieren von Ihrer Partei unterbunden wurde! Das ist schriftlich festgelegt!“ — Landeshauptmann Krainer: „Heute hat sie nichts mehr zu reden, die Partei!“) Herr Landesrat Gruber, Sie wissen auch, was die Ministerverantwortlichkeit bedeutet. (Landesrat Gruber: „Liegt schriftlich fest!“) Wir haben durch viele Jahre einen Vizekanzler gehabt, der sich sehr intensiv mit den Fragen beschäftigt hat und der sich nicht darauf berufen kann, daß unsere Partei ihm hier in den Arm gefallen wäre. (Landesrat Gruber: „Aber die Mehrheit hat die ÖVP gehabt!“)

Es geht nicht, daß der Staat sich nur als ein abwesender Besitzer auszeichnet und im übrigen es den Vorständen überläßt, wie sehr sie sich gegenseitig die Haare ausraufen. (Unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das Problem zu ernst, als daß wir jetzt versuchen, eine Parteipolitik zu entfachen. (Beifall bei der ÖVP.) Der Herr Prof. Dr. Eichinger hat hier eine Begründung gegeben, die, glaube ich, in keiner Weise als parteipolitische Demagogie aufgefaßt werden kann. Sie haben es nicht der Mühe wert gefunden, dem, was er gesagt hat, zuzustimmen, und Sie werden sicher Ihre Gründe dafür haben. (Landesrat Gruber: „Wir haben zugehört!“ — Abg. Zinkanell: „Es war ja gar keine Abstimmung!“ — Abg. Brandl: „Hat jemand darüber abgestimmt?“) Sie haben zugehört, ja. Aber das ist ja das Mindeste, daß man von einem Abgeordneten erwartet, daß er zuhören kann. (Präsident: „Ich teile dem Herrn Abgeordneten Fuchs mit, daß seine Redezeit zu Ende ist.“) Jawohl, ich bin aber einige Male unterbrochen worden. (Landesrat Gruber: „Sie können doch nicht behaupten, daß wir nicht aufmerksam zugehört haben!“ — Unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat Peltzmann: „Aus so einem ernstesten Problem machen Sie ein Politikum!“ — Landesrat Bammer: „Wir auch?“ — Landesrat Peltzmann: „Wer sonst?“ — Landesrat Peltzmann: „Sehr schlecht haben Sie zugehört!“) Wir wären jedenfalls froh, wenn der Herr Bundeskanzler den Problemen der verstaatlichten Industrie und ganz im konkreten den Problemen des Erzberges und des Investitionsprogramms in Donawitz dasselbe Augenmerk und dieselbe Öffentlichkeitwirkung hätte angedeihen lassen wie etwa dem Österreichischen Rundfunk (Abg. Premsberger: „Sie können sich darauf verlassen, daß die Alpine nicht vergessen wurde!“), der zwar auch dem Staat gehört, aber dessen Probleme im Verhältnis wesentlich geringer sind als zum Beispiel die der Alpine. Nur sind sie vielleicht nicht so lohnend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Helmut Heidinger, Koiner, Marczik, Nigl, Pölzl, Pränckh und Ritzinger stellen folgenden Beschlußantrag:

„In der Erkenntnis, daß die Sicherung industrieller Arbeitsplätze nur durch zukunftsweisende Investitionen, die die internationale Konkurrenzfähigkeit sichern, möglich ist, werden der Herr Landeshauptmann und die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß wirtschaftlich vertretbare Investitionen im Bereich des Alpine-Konzerns nicht gehemmt oder gar verhindert werden. Weiters wird ersucht, diesen Standpunkt der Steiermark bei der Bundesregierung und der ÖIAG mit allen Konsequenzen zu vertreten.“

Ich hoffe, daß es Ihnen allen möglich sein wird, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Die Abstimmung über diesen Beschlußantrag werde ich nach der Wechselrede vornehmen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Sehr verehrte Damen und Herren!

In der Sache selbst, nämlich in der Tatsache, daß die gesamte Steiermärkische Landesregierung und der gesamte Steiermärkische Landtag sich hinter diesen Fragenkomplex stellen und die Menschen in diesen Betrieben bei ihrem Kampf um die Arbeitsplätze unterstützen, gibt es ja keine Differenzen, denn fast der gleichlautende Antrag wurde von uns hier eingebracht. Ich möchte aber unterstreichen, daß es, wenn es wirklich um die Probleme geht, die jetzt im Mittelpunkt der Diskussion stehen, einer solchen dringlichen Anfrage an sich nicht bedürft hätte. (Landeshauptmann Krainer: „Interessant! Sehr gut!“) Herr Landeshauptmann, ich bin Ihnen dankbar für Ihren Zwischenruf. Ich werde Ihnen das beweisen. (Landeshauptmann Krainer: „Sehr gut! In der ersten Sitzung des Landtages, in der das Problem vorliegt, darf man nicht darüber reden, weil jetzt jemand anderer verantwortlich ist!“) Warten Sie ab, Herr Landeshauptmann, ich werde Ihnen die Begründung sagen, warum ich zu der Auffassung komme. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir werden uns vorschreiben lassen, was wir tun!“) Am 29. September war bei der Alpine Aufsichtsratssitzung. Am 3. Oktober war Messeeröffnung. Der Herr Generaldirektor Fitzinger hat den Herrn Landeshauptmann am Messevormittag über die Vorgänge und Diskussionen und Probleme, die bei der Aufsichtsratssitzung der Alpine behandelt wurden, informiert. Mich hat einer der vier Vorstandsdirektoren, Herr Dr. Stefflitsch, informiert, und anschließend an das Mittagessen kam auch noch der Herr Generaldirektor Fitzinger und hat mir erklärt, daß er sowohl dem Herrn Landeshauptmann als auch mir Mitteilung macht von der Diskussion und den Problemen, die sich im Aufsichtsrat der Alpine abgespielt haben. Ich habe dem Herrn Landeshauptmann darauf gesagt, ich glaube, daß wir am besten daran tun, wenn wir gemeinsam dieses Problem in Wien vertreten und uns dafür verwenden. Herr Landeshauptmann hat das bestätigt. Das war am 3. Oktober. Ich habe darüber hinaus am 7. Oktober mit dem Herrn Bundeskanzler und mit dem Herrn Staatssekretär in Kapfenberg bei der Abgeordneten-tagung gesprochen. Am 14. Oktober hatte ich das Vergnügen, mit dem Herrn Landeshauptmann in Leoben zu sein, bei einer Theateraufführung, und ich habe dem Herrn Landeshauptmann dort im Anschluß an diese Theateraufführung gesagt, Herr Landeshauptmann, ich bin morgen beim Generaldirektor der ÖIAG und werde dort dieses Problem besprechen und mich informieren. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, jawohl, sehr gut, tun Sie das, ich treffe mich meinerseits noch um halb ein Uhr nachts mit dem Vorstandsdirektor Pichler der Alpine. Ich hoffe, daß Sie aus dieser chronologischen Aufzählung ersehen, daß es ja von Anfang an keine Differenz gegeben hat (Landeshauptmann Krainer: „Sie dürfen ja die Abgeordneten nicht hindern zu reden!“) — Moment, Herr Landeshauptmann, ich will ja keinen in seiner Rede beschneiden — was

ich will, ist, meine Damen und Herren, verrennen wir uns in diese Dinge nicht so, wie wir das bei der Kohle getan haben, bis wir uns dann endlich auf einem Standpunkt gefunden haben. Ich sage noch einmal, es gibt ja sachlich keine Differenz, sondern ich möchte mit dieser Aufzeichnung der Daten nur feststellen, daß von der ersten Stunde an eine Koordinierung und Kooperation bestanden hat, ich hoffe, daß Sie das bestätigen, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Krainer: „Jawohl!“) Ich habe weiters, meine Damen und Herren, am 15. Oktober mit dem Generaldirektor der OIAG Kothbauer unter Beiziehung des Aufsichtsratspräsidenten des Alpine-Vorstandes Dr. Rosenzweig, unter Beiziehung eines Aufsichtsratsmitgliedes der OIAG und eines zweiten Vorstandsmitgliedes, Herrn Milos Frank aus der OIAG, und des Vorstandsdirektors Stefflitsch, weil der Generaldirektor-Stellvertreter Fabrizio im Ausland war, das Problem besprochen. Es ist zugesagt und dort eindeutig festgehalten worden, niemand denkt daran, diese Investitionen nicht zu bewilligen, sondern der Vorstand bzw. der Generaldirektor der OIAG hat gesagt: „Man muß mir doch zubilligen, wenn ich hier die Verantwortung trage, daß ich weiß, warum ich zu einem Programm von 3,3 Milliarden Schilling ja sage. Ich werde ja sagen, aber ich muß wissen, mache ich dies aus sozial- und bevölkerungspolitischen Gründen oder aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Aber ja sagen werde ich und ich will wissen, warum ich ja sage.“ Er hat weiters bewiesen, daß er nicht mehr und nicht weniger getan hat, er hat sechs Fragen vorgelegt, sowohl an die VOEST als auch an die Alpine, und hat erklärt: „Ich wünsche, daß diese sechs Fragen mir beantwortet werden.“ Die VOEST hat zugesagt, die Beantwortung bald zu bringen, die Alpine hat gesagt, sie braucht dazu sechs Monate. Ich habe am Donnerstag vergangener Woche wieder in der Alpine vorgespochen, wo mir der Alpine-Vorstand erklärte, daß sie vier Fragen bereits beantwortet haben, die restlichen zwei Fragen sind noch nicht beantwortet. Und nun, meine Damen und Herren, das Unbehagen! Ich glaube, das Unbehagen — und ich bin Donawitzer, ich gehöre der Alpine an seit dem Jahre 1936 — kommt ja ganz woanders her. Es kommt daher, daß wir im Jahre 1946 ja schon — der Herr Landeshauptmann ist der einzige hier, der sich erinnern wird — im Werkshotel zehn Stunden gerauft haben, weil man damals die Auffassung vertreten hat, in Donawitz braucht man keine Hochöfen mehr, in Linz stehen ohnehin genug, wir müssen sogar nach Schweden verkaufen, daher wird also in Donawitz kein Eisen produziert. Wir haben uns dagegen damals gewehrt, wir haben uns beim Stahlplan gewehrt, der 1948 erstellt wurde, das zieht sich all die Jahre her. Und was kommt jetzt dazu — man kann es der VOEST nicht verübeln, sie hat ja auch ihre Vorstellungen, nur werden wir uns dagegen wehren. Die VOEST sagt nämlich, wenn ich meine Rohstahlprodukte von derzeit 1,7 Millionen Tonnen auf 3,2 Millionen Tonnen erhöhe, dann ist meine Rohstahlproduktion billiger, und ich kann billiger auf den Markt gehen. Die VOEST sagt nun andererseits, die Alpine solle 450.000 Jahrestonnen Walzmaterial beziehen und soll dafür ihre Rohstahlproduktion von etwas über

1 Million Tonnen auf 600.000 Tonnen absenken. Das heißt also, wenn die VOEST sich ihre Ausgangsposition durch eine bessere und billigere Stahlproduktion verbessern will, eine Drosselung bei der Alpine und damit natürlich eine Kostenverteuerung und Verschlechterung. Man wird dann daraufkommen und sagen, das ist unrentabel, der Transport von der VOEST nach Donawitz, stellen wir die gesamte Produktion ein, und machen wir alles in der VOEST. Wir könnten das gleiche Schicksal erleiden wie die in Neuberg a. d. Mürz, wo man auch Stück für Stück nach Donawitz verlagert hat. Das schafft das Unbehagen.

Und nun zu einem Problem, meine Damen und Herren, das ja ein viel komplexeres Problem ist — ich bin froh, daß es jetzt einmal im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht —, zum Erzproblem. Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich, daß wir am 8. Juli 1969 als sozialistischer Landtagsklub einen Antrag eingebracht haben und sagten, daß das heimische Erz gleich behandelt werden müßte bei der Besteuerung und beim Transport wie das ausländische Erz. Das ausländische Erz wird nämlich bevorzugt behandelt, und dadurch hat die VOEST schon wieder bessere Startbedingungen. Was die Menschen weiters hellhörig macht, ist, daß die VOEST sagt, ich beziehe 1,5 Millionen Tonnen Erzbergerz (vom steirischen Erzberg), halte mir ein Spatium von 100.000 noch offen, damit ich meinen Idealmöller bei meiner jetzigen Produktion von 1,7 Millionen Tonnen bei 700 kg steirischem Erz bei 1 Tonne erzeugten Roheisens halte. Nun sagt die Alpine mit Recht, wenn die VOEST auf 3,2 erhöht und der Idealmöller bei 1 Tonne bei 700 kg steirischem Erz liegt, dann müßte ja auch bei einer Ausweitung der Produktion der Erzbezug mitsteigen. Sagt wiederum die VOEST, nein, daran sind wir nicht interessiert, wir nehmen ausländisches Erz. Das ist das Erzproblem, und zwar die schlechteren Startbedingungen der Alpine am Erzprogramm. Wir haben hier in diesem Hause oft und oft über die Kohle debattiert und haben die letzte große Diskussion, wo wir uns einigten und einsahen, daß es keinen Sinn hat, ein Politikum aus diesen Dingen zu machen, am 31. Oktober 1966 mit einer Resolution geschlossen, in der wir gesagt haben, die Kohle als heimischer Energieträger müßte aus wehrwirtschaftlichen und neutralitätspolitischen Gründen erhalten bleiben. Dieser Standpunkt war unbestritten, und wir haben ihn der Bundesregierung mitgeteilt. Wenn das aber so ist, daß aus wehrwirtschaftlichen, staatspolitischen und neutralitätspolitischen Gründen der Staat ein Interesse haben muß an der Erhaltung der Energieträger, dann hätte der Staat etwas dafür tun müssen und nicht die Alpine jährlich mit 70 und mehr Millionen Schilling für den Abgang in Fohnsdorf verantwortlich machen. Ich war selbst bei Herrn Finanzminister Schmitz, so lange liegt das schon zurück, das weiß der Herr Landeshauptmann auch, und habe gesagt, gebt doch von den 120 Millionen Schilling Bergbauförderungsmitteln der Alpine ein Geld, damals hat die Alpine noch 40 Millionen jährlich zuschießen müssen, zur Erhaltung von Fohnsdorf.

Was ist das für eine Wirtschaftsauffassung, daß ich warten muß, bis ein Betrieb als Gesamtunter-

nehmung in die roten Ziffern kommt, bevor ich bereit bin, etwas zu tun?

Der dritte Faktor, meine Damen und Herren, ist doch, daß die Alpine die ganzen Jahre hindurch im Rahmen des Stahlplanes, ob Koalitionsregierung, ob monokolore Regierung, gezwungen war, nicht 70 %, sondern 80 % ihrer Produktion am heimischen Markt abzusetzen, in einer Zeit, wo andere Unternehmen das Dreifache am Weltmarkt für ihre Produkte bekommen haben. Und nicht ein Sozialist, sondern der damalige Generaldirektor Oberegger hat an die Öffentlichkeit appelliert und gesagt: „Meine Damen und Herren, es ist doch unmöglich, daß wir innerhalb von so vielen Jahren 6 Milliarden Schilling der heimischen Wirtschaft und Industrie zur Verfügung gestellt haben in Form von Dumpingpreisen, wie wir unsere Materialien absetzen müssen.“ Hätte die Alpine diese Lasten nicht zu tragen gehabt, hätte sie sich am Weltmarkt orientieren können, bräuchte sie jetzt nicht bei der OIAG anstehen, sondern hätte ihr Geld und könnte sagen: Ich finanziere mir das selbst. Das ist das Problem.

Und das Nächste, meine Damen und Herren. Weder die VOEST noch Böhler haben sich daran gehalten, daß immer wieder in der Koalitionszeit von Ihrer Seite gesagt worden ist: Wir bekennen uns zur Verstaatlichten Industrie, aber keine Ausweitung. Kein Geringerer als Mautner-Markhof hat 1964 — nach den Wahlen von 1963 —, als die Verhandlungen waren und statt des 14er-Ausschusses der 15er-Ausschuß entstanden ist, gesagt: Ich bin ein Gegner der Verstaatlichten Industrie. Aber wenn ich dazu ja sage, muß sie sich so wie die Privatindustrie marktwirtschaftlich orientieren können. Withalm hat damals gesagt: „Jawohl, Verstaatlichte Industrie, aber keine Ausweitung.“ (Landeshauptmann Krainer: „Das von Withalm ist eine halbe Wahrheit, da bin ich dabeigesessen, da ist über ganz andere Dinge der Verstaatlichten Industrie gesprochen worden. Da haben Sie eine falsche Nachricht bekommen!“) Die anderen Unternehmen haben sich auf Finalindustrie verlagert, nur der einzige Betrieb der Alpine — ich rede jetzt nicht von Ferlach — (Landesrat Peltzmann: „Zeltweg!“), nur der einzige Betrieb der Alpine in Zeltweg, der Herr Direktor Walch unterstanden ist, hat vom Schienenwechselbau umgerüstet auf Maschinenbau und ist heute der einzige wirklich aktive Betrieb der Alpine.

Das ist das Handikap, das der Betrieb mitgetragen hat die ganzen Jahre hindurch, und daß heute, wer immer dort Vorstand ist, die Dinge sehr schwer sind und schwere Probleme zu bewältigen sind.

Ich möchte zum Schlusse sagen, meine Damen und Herren, wie ich am Anfang gesagt habe, es gibt keine sachlichen Gegensätze. Wenn Sie die beiden Anträge vergleichen, werden Sie sehen, es ist mit Worten ein Unterschied, aber keine materielle andere Auffassung. Ich schließe mit dem, was der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs gesagt hat. Es kann natürlich nicht Aufgabe des Landtages und der Landesregierung sein, betriebswirtschaftliche Probleme oder Investitionen hier zu beschließen. Dafür sind die nach den Gesetzen kompetenten Or-

gane zuständig. Aber unsere Aufgabe, der wir gerne nachkommen, ist, daß wir uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dagegen wehren würden, wenn Lösungen getroffen würden, die auf die Menschen und die Arbeitsplätze in diesem Gebiet keine Rücksicht nehmen würden. Das ist der Sinn unseres Antrages, und das ist der Sinn Ihres Antrages. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abg. Marczik das Wort.

**Abg. Marczik:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mir eingangs nur erlauben, darauf hinzuweisen, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß, ob es nun sachliche Differenzen in den Auffassungen gibt oder nicht, wir es trotzdem als notwendig und als vorrangig vor zahlreichen anderen Problemen befunden haben, dieses Problem heute als dringliche Anfrage in das Hohe Haus zu bringen. (Landesrat Gruber: „Wir haben einen Antrag eingebracht!“) Gebe ich zu, habe ich nicht in Abrede gestellt. (Landesrat Pelzmann: „Das hat ja kein Mensch bestritten!“) Wir wollen hier eine Begründung abgeben, weshalb wir so vehement für diese Dinge eintreten. Meine Fraktionskollegen haben das Problem der für die Alpine dringend erforderlichen Investitionen, und zwar im Rahmen des mittelfristigen Investitionsprogramms, umrissen und dargelegt.

Meine Damen und Herren! Ein Problem, das mit gutem Recht die Gemüter nicht nur der in dieser Industrie beschäftigten 22.428 Arbeitnehmer, wenn man die Handelsgesellschaften wegrechnet, berührt, sondern folgerichtig die gesamte Bevölkerung und die aufs engste mit dem Gedeihen des Konzerns verbundene steirische Wirtschaft! Seit dem Bestehen der OAMG und ihrer Schwerpunkte im obersteirischen, aber auch im weststeirischen Raum sind die gesamtwirtschaftlichen und die kommunalen Gegebenheiten, aber auch die soziologischen und gesellschaftlichen Strukturen durch mannigfache Verflechtungen untrennbar miteinander verbunden. Diese Art der Betrachtung ergibt aber folgerichtig, daß es sich um ein gesamtsteirisches Problem handelt. Der steirische Erzberg, meine Damen und Herren, wird nicht von ungefähr als des Landes „eherner Brotlaib“ bezeichnet; die Stützpunkte der Alpine in Donawitz, die nun um die Errichtung der Sinteranlage kämpfen, sowie die Mürztalfurche mit Kindberg, oder die Standorte im Murtal, in Zeltweg, die Alpine-Tochter Steirische Gußstahlwerke und nicht zuletzt die Förderbetriebe des Kohlenbergbaues in Fohnsdorf und in der Weststeiermark, deren Bedeutung und Erhaltungsnotwendigkeit als Energiereserveträger heute niemand mehr in Abrede stellen kann, sie alle, meine Damen und Herren, stellen eminent wichtige Bestandteile der steirischen Wirtschaft dar, für deren ungeschmälernten Bestand und deren notwendige Förderung wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eintreten müssen. Die Voraussetzung für den Bestand und die dringend notwendigen Modernisierungsmaßnahmen sind aber, wie bereits heute mehrmals erwähnt, Investitionsmittel in der Höhe von 3,2 Milliarden Schilling, wobei 1,3 bzw. 1,2 Milliarden durch die

Bundesausfallhaftung zu untermauern sind. Nur so können der kontinuierliche Ausbau und die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen werden, die die Alpine in die Lage versetzen, konkurrenzfähig zu bleiben.

Meine Damen und Herren! In Erkenntnis dieser Tatsachen haben wir die Form der dringlichen Anfrage gewählt und fordern daher die Landesregierung auf, alle zielführenden Maßnahmen zu ergreifen, um beim Bund die erforderliche Ausfallhaftung und bei der OIAG die Zustimmung zum Gesamtinvestitionsprogramm zu erreichen. Eines darf ich aber noch anführen. Wir weisen hier mit Nachdruck darauf hin, daß in dem so oft zitierten Stahlgutachten die Standorte der Großbetriebe eindeutig in Linz und in Donawitz festgestellt und unterstrichen wurden, so daß es geradezu grotesk erscheint, wenn in letzter Zeit die Bewilligung dieser notwendigen Investitionen wohl für die VOEST, nicht aber für die Alpine im gleichen Tempo zuerkannt bzw. zugesagt wurde. Dazu kamen noch — das wurde heute bereits ausgeführt — leichtfertige und unserer Auffassung nach unverantwortliche Aussagen über die Fortführung der Produktion auf dem steirischen Erzberg, was logischerweise den scharfen und einmütigen Protest der dortigen Belegschaft zur Folge haben mußte und die Grundlagen für die von unserem Landeshauptmann zitierten sozialen Spannungen legte. Ich darf hier dazu bemerken, daß auch die letzte Ausgabe der „Wochenpresse“ (Landesrat Bammer: „Prof. Knapp ist ein ÖVPLer!“), entschuldigen Sie, Herr Landesrat, ich bin, glaube ich, am Wort. (Unverständliche Zwischenrufe von der SPO.) Entschuldigen Sie, ich bin am Wort. Ich bin das gewohnt von der Gemeinde Judenburg. Sie werden mich nicht aus der Fassung bringen!

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Auch die letzte Ausgabe der „Wochenpresse“, die jetzt herausgekommen ist, bringt auf Seite 15, von Herrn Diepold gezeichnet, einen Artikel, der meiner Meinung nach nicht zur Lösung, aber sehr viel zu weiteren Betrachtungen beiträgt, nämlich der letzte Absatz, wo er schreibt, daß wir nicht stolz sein sollen auf die 2000 Jahre des Erzabbaues, sondern uns darauf besinnen sollen, daß hier laufend „Fehlinvestitionen und Mißwirtschaft“ — so heißt es wörtlich — in der Alpine getätigt wurden. Er kritisiert weiters die steirischen Zeitungen, die sich für dieses Problem vehement eingesetzt haben. Ich möchte als ÖVP-Abgeordneter hier einen Dank an die steirische Presse richten, daß sie sich um diese Probleme so angenommen hat! Ich glaube, daß nach dem Spruch „Wien ist weit von Varazdin“ Wien auch sehr weit von der Steiermark ist. Und was die Fehlinvestitionen betrifft, so möchte ich ein Beispiel von einer Alpine-Tochter bringen, nämlich von den Steirischen Gußstahlwerken. Ich weiß, welche Probleme und Verhandlungen es gegeben hat, ob man dort wieder das abgebrannte Federwerk aufbauen oder nicht aufbauen soll. Ja, selbst nachher, als es bereits bestand, wurden Überlegungen angestellt, ob es notwendig gewesen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur eines sagen, wenn Sie zu uns hinaufkommen, hören Sie nur die Frage — und zwar die berechtigte Frage —, was

täten und was hätten wir, wenn diese Investition nicht getätigt worden und wenn dieses Federwerk nicht wiedererstanden wäre. Ich glaube, wir müssen deshalb zu Globalverdächtigungen von wegen Fehlinvestitionen von unserer steirischen Seite aus doch auch etwas sagen. In der Obersteiermark, meine Damen und Herren, waren seit Beginn der Industrialisierung die Zentren der Schwerindustrie unseres Landes, und unser gemeinsames Bestreben gilt doch der Sicherung des Fortbestandes und dem weiteren Ausbau dieser Anlagen, wozu wir uns mit den in den obersteirischen Alpine-Betrieben beschäftigten 14.095 Arbeitern und 2247 Angestellten solidarisch erklären. Sie und alle, die an einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung sowie am sozialen und gesellschaftlichen Frieden in diesem Lande das größte Interesse haben, sollen wissen in dieser Stunde, daß wir uns geschlossen zu den im mittelfristigen Investitionsprogramm geforderten Maßnahmen bekennen und als verantwortliche Mandatare alles daransetzen werden, daß der Ruf nach wirtschaftlicher und sozialer Vernunft bei den zuständigen und verantwortlichen Stellen in Wien nicht ungehört verhallt. An die Adresse der Bundesregierung gerichtet, möchte ich allerdings sagen, daß uns jedes Verständnis für Maßnahmen fehlen würde, die die Gewährung einer weit größeren Ausfallhaftung — und zwar sehr rasch — für die AUA unter Dach und Fach brachten, die dringend notwendige finanzielle Basis aber für den notwendigen Ausbau und Stärkung der steirischen Industrie in Frage stellen würde. Gilt es doch, meine Damen und Herren, in nächster Zeit unsere Stahlprodukte noch weiter zu verfeinern und zu veredeln bzw. in verschiedenen Sparten neue zukunfts-trächtige und konkurrenzfähige Produktionsprogramme zu verwirklichen. Auf diese Tatsachen allein haben die in Kürze beginnenden entscheidenden Verhandlungen der OIAG Bedacht zu nehmen, und als ein im Judenburger Raum beheimateter und mit den dortigen Industriearbeitern sich engstens verbunden fühlender Mandatar erhebe ich gemeinsam mit den übrigen ÖVP-Abgeordneten die Bitte, ja die nachhaltige Forderung, daß nach Gewährung der bereits zitierten Investitionsmittel auch die Töchter der Alpine, und hier insbesondere die Steirischen Gußstahlwerke, die notwendige Beachtung und Berücksichtigung im Gesamtprogramm der Alpine finden, damit die dortigen Arbeitsplätze gesichert und die wirtschaftliche Gesamtstruktur dieses Raumes, über die in der Bevölkerung bisweilen — bitte überzeugen Sie sich — große Unsicherheit herrscht, erhalten bleibt und damit die Grundlagen für eine gesicherte Zukunft gelegt werden können. Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch darauf hinzuweisen, daß uns für eine einseitige Begünstigung der VOEST jedes Verständnis fehlen würde. Sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe Ihren Ausführungen aufmerksam zugehört (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich tue das bei Ihnen auch!“), und ich darf Sie höflichst darauf aufmerksam machen, daß auch die VOEST bereits eine Ausfallhaftung des Bundes hat. Es ist also durchaus nicht so — wie es bisweilen dargestellt wird —, als würde nur die Alpine dies beanspruchen, bei der VOEST ist dies bereits

ein gegebener Tatbestand. Es würde uns für ein einseitiges Bevorzugen jedes Verständnis mangeln! Meine Damen und Herren! Darf ich ein Wort in dieser Stunde dazu sagen: Die Arbeiter und Angestellten der Alpine, aber auch die Betriebsleitungen haben doch in den schwierigen Jahren des Wiederaufbaues der zum Teil arg in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe durch Initiative, Fleiß und Ausdauer Hervorragendes geleistet, wofür ihnen die Heimat Dank und Anerkennung schuldet und dies am besten und wirksamsten zum Ausdruck bringt, indem sie sie jetzt in diesem Ringen um die erforderlichen Investitionsmittel mit allem Nachdruck unterstützt. Wir glauben, Hohes Haus, daß die Alpine ihre manchmal leichtfertig angezweifelte Leistungsfähigkeit auch bisher eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, indem sie mit ihren hochqualifizierten Produkten einen erheblichen Anteil des Inlandsbedarfes gedeckt und darüber hinaus im Export, der sich anteilmäßig zu 27,7% auf die EWG-Staaten, zu 28% auf die EFTA-Länder und zu 27,9% auf die Comecon-Staaten verteilt, auch dort die Güte der Erzeugnisse höchste Anerkennung gefunden hat. Die steirischen Gemeinden aber, meine Damen und Herren, in denen die Standorte dieser Alpine-Betriebe sind, erfuhren letztlich eine beachtliche Stärkung der kommunalen Finanzen durch die von der Alpine bezahlte Lohnsummensteuer, die allein im Jahre 1969 in der Obersteiermark 19,6 Millionen Schilling betrug.

Eine zusätzliche Förderung erfuhren die steirische Wirtschaft und die in diesem Raume bestehenden Alpine-Betriebe, indem seit 10 Jahren, also seit 1960, seitens der Alpine daselbst 3261 Millionen Schilling — bezieht man nun die Styria und die GKB mit ein, so sind es sogar 3911 Millionen Schilling — an echten Investitionen aus eigener Kraft getätigt wurden. Hohes Haus, wenn ich eingangs betonte, daß es sich vor allem um ein steirisches Problem handelt, so darf ich zur Untermauerung unserer dringlichen Anfrage und ergänzend zu meinen Darlegungen anführen, daß von der gesamten Produktion des Alpine-Konzerns allein 81,4% auf den Raum der Obersteiermark entfallen, deren industrielle Wirtschaft also zu einem erheblichen Teil von der Arbeit und den Erzeugnissen der Alpine-Betriebe geprägt wird. Gestatten Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht noch ein Wort. Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, ein Wort möchte ich Ihnen vielleicht doch noch sagen: Ich glaube, daß nicht ausschließlich die Tatsache maßgebend war für Zeltweg, daß der Herr Generaldirektorstellvertreter Walch verantwortlich gezeichnet hat, sondern ich darf Ihnen sagen, es war dort neben fleißigen Arbeitern und Angestellten auch ein sehr tüchtiges lokales Management vorhanden. Das möchte ich hier ausdrücklich ausführen. Ich wehre mich also dagegen . . . (Zwischenrufe von der SPO: „Der Walch ist doch ein Steirer!“) . . . ich wehre mich dagegen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß hier Gutbuchungen nach Wien gerichtet werden. Schauen Sie doch auf die Tüchtigkeit der im Lande Beschäftigten! Gestatten Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich daher abschließend ohne Pathos, aber über-

zeugt . . . (Zwischenrufe des Abg. Gratsch) . . . aber überzeugt, Herr Landespartei sekretär, und ich möchte Sie — ich glaube, Sie messen diesen Problemen doch echte Bedeutung zu — ohne Pathos, aber überzeugt von der Notwendigkeit und Bedeutung unserer Dringlichkeitsanfrage, die die Grundlage der vorwiegend industriell strukturierten Obersteiermark unterstützen soll, alle bitten, uns in diesen Bestrebungen zu unterstützen. (Zwischenruf von der SPO: „ . . . und aus dem Saulus wurde ein Paulus!“)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Ausführungen des Herrn Abg. Ing. Fuchs und bei den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Sebastian habe ich die Hoffnung gehabt, daß eine Diskussion in einer ausgesprochen schwierigen Frage in diesem Hohen Haus abgewickelt wird, die sich der Gefahr entziehen kann, entweder auf das Niveau der Gartenlaube abzugleiten oder aber in politischer Demagogie zu ersticken. Wenn mein Vorredner gesagt hat, daß er abschließend ohne Pathos redet, möchte ich das unterstreichen, allerdings nur das Wort „abschließend“.

Meine Damen und Herren, Sie können mir glauben, daß es für mich reizvoll wäre, nun das Spiel „Wer ist der beste Steirer?“ hier im Landtag mitzuspielen (Abg. Pözl: „Der Landeshauptmann Krainer!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Aber nur mehr mit 48%!“ — Abg. Pözl: „Aller Steirer!“), etwa von der Überlegung ausgehend, wieso es denn heute zu dieser dringlichen Anfrage oder wieso es zum Problem der Alpine gekommen ist. Denn, meine Damen und Herren, vergessen wir doch nicht — ich bemühe mich wirklich, das möchte ich unterstreichen — sehr sachlich festzustellen, daß auf dem Gebiet der Verstaatlichten Industrie zu Zeiten der OVP-SPO-Koalition zwei absolut gegenläufige Vorstellungen in einer gemeinsamen Regierung nicht verwirklicht wurden. Das ist doch die Tatsache. Erstens ist der Vorstoß der Verstaatlichten Industrie in Finalindustrien auf der einen Seite verhindert worden, und auf der anderen Seite ist genauso der Versuch gemacht worden, durch eine Glasglocke von Schutz- und Sonderbestimmungen diese Vereinigten Österreichischen Stahlwerke bzw. die Verstaatlichte Industrie in ihrer Gesamtheit in einen anderen Rang als etwa andere Wirtschaftsbetriebe zu heben. Tatsache ist, daß in dieser Zeit jene Koordinationen nicht stattgefunden haben, deren Folgen heute in der Frage von Parallelinvestitionen die Gesamtprobleme aufgeworfen haben. Es wäre auch nicht uninteressant, einmal darüber eine Untersuchung zu machen, wie zu einem viel späteren Zeitpunkt, nämlich als Allan-Booz das Stahlgutachten vorgelegt hat, als das Stahlgutachten der Montanisten schon vorlag, aber auch schon vor diesem Zeitpunkt, daß etwa die Frage der Investitionen keineswegs von den zuständigen Vorständen nach nur wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern natürlich auch nach den Gesichtspunkten erfolgte, welcher Vorstand sich allenfalls durch Koordination, Fusionierung, Kooperation selbst hin-

wegrationalisieren könnte. Das hat auch vielfach klare Entscheidungen behindert, die deshalb jahrelang unterblieben sind.

Nun, meine Damen und Herren, steht es völlig außer Frage — und ich glaube, das soll offen ausgesprochen werden —, daß es eine optimale wirtschaftliche Lösung ebensowenig gibt, wie es eine optimale Lösung der bestehenden Sozialprobleme gibt. Es ist nur möglich, zu einem Kompromiß zwischen diesen beiden Randbedingungen und Forderungen zu kommen, zu dem sich — davon bin ich überzeugt — der steirische Landtag in seiner Gänze bekennen wird und muß und der letzten Endes die gute Grundlage hat, doch darauf hinweisen zu können, daß — wollen wir die rein wirtschaftlichen Überlegungen auf die Spitze treiben — es zum Beispiel denkbar wäre, daß eine Investition auf dem Stahlsektor im gesamten Staatsgebiet Österreichs nicht so gewinnbringend wäre wie eine gleich hohe Beteiligung an Investitionen im oberitalienischen, Schweizer oder französischen Bereich. Will man nur den Maßstab „Ertrag oder mögliche Entwicklung“ anlegen, dann wäre auch eine solche denkbar, aber sicher nicht in die Wirklichkeit umsetzbar. Wenn wir wissen, daß 30 % des Nationalproduktes der Steiermark in der obersteirischen Stahlindustrie erarbeitet werden, ist es unmöglich, in einem Bundesstaat wie Österreich einen Wirtschaftszweig mit einer derartigen wirtschaftlichen Bedeutung für dieses Bundesland ausklammern zu wollen. Aber, meine Damen und Herren, das geht nicht, auf der Basis zu sagen: Wir kämpfen als Steirer gegen die Oberösterreicher, Alpine kontra VOEST. (Landeshauptmann Krainer: „Das hat ja niemand gesagt!“) Doch, das ist hier gesagt worden. Mein Vorredner hat von den einseitigen Begünstigungen der VOEST gesprochen. Meine Damen und Herren! Das ist keine Basis, dieses Problem zu behandeln. Es ist auch keine Basis, einem blinden Föderalismus unter dem Gesichtspunkt das Wort reden zu wollen: Es muß einfach geschehen! Worauf es ankommt, ist, daß die Koordinierung, die bisher gefehlt hat, herbeigeführt werden muß. (Abg. Marczik: „Gleiches Recht für die Alpine!“) Denn was nützen 3,3 Milliarden Investitionen bei der Alpine, wenn nicht die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Eisen- und Stahlindustrie gewährleistet werden kann. Damit sichern Sie — auf Sicht gesehen — ebensowenig die Arbeitsplätze, ob Sie nun diese 3,3 Milliarden kürzen oder erhöhen oder nicht; es muß gewährleistet werden, daß diese Investitionen bei der Alpine mit eingebaut werden in einen Gesamtrahmen, der die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Stahlbetriebe am Weltmarkt sicherstellt. Das ist das oberste Gebot, weil sonst nur kurzfristig und kurzfristig eine Entscheidung getroffen wird.

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob sich die Lage geändert hat, die darin bestand, daß zwar jeder wirtschaftliche Koordinierung und Kooperation bis zur Fusionierung gefordert hat, daß sie aber nie politisch Wirklichkeit werden konnte. Vielleicht wird sie es. Sicher wird sie es nicht auf dem Rücken oder auf Kosten eines Bundeslandes, schon gar nicht der Steiermark; da werden wir uns alle zu wehren wissen. Aber, meine Damen und

Herren, und nun darf ich an den Antragsteller Abg. Dipl.-Ing. Fuchs zu dem letzten Entschließungsantrag herantreten, ich würde bitten, diesen Antrag in einem Punkt zu ändern, und zwar heißt es:

„Herr Landeshauptmann und die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß wirtschaftlich vertretbare Investitionen im Bereich des Alpine-Konzerns nicht gehemmt oder gar verhindert werden.“ Ich würde ersuchen, an Stelle der Worte „wirtschaftlich vertretbare Investitionen“ „wirtschaftlich vertretbare, notwendige Investitionen“ zu schreiben. Wir kennen ja einige Wirtschaftsgutachten, die davon sprechen, daß es sich um Parallelinvestitionen handelt, die wirtschaftlich nicht vertretbar sind, und daß es einen Mittelweg geben muß. Ich schlage daher vor, diesen Beschlußantrag dahingehend zu ändern, daß zwischen die Worte „wirtschaftlich vertretbar“ das Wort „notwendige“ gesetzt wird. Einer solchen Änderung würden die freiheitlichen Abgeordneten zustimmen.

Als letztes, meine Damen und Herren, Hohes Haus, eine Bitte, daß wir auf dem Sektor Stahl und Eisen nicht auch oder nicht wieder — es ist heute zitiert worden — wie auf dem Sektor Kohle Diskussionen weiterführen, unter Umständen ein weiteres Jahrzehnt, die sich auf der Ebene der Theorie „Wer ist der bessere Steirer?“ bewegen und nicht geleitet sind von der gegebenen Rangbedingung, die lautet: Die Wirtschaftsentscheidungen werden von den verantwortlichen Herren einerseits der Alpine, andererseits der OIAG getroffen, und wir als Abgeordnete der Steiermark haben dafür zu sorgen, daß diese Entscheidungen nicht auf dem Rücken oder auf Kosten unseres Bundeslandes getroffen werden, nicht aber in Details dieser wirtschaftlichen Entscheidungen etwa durch politische Beschlußfassung einzutreten. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Landesrat Peltzmann das Wort.

**Landesrat Peltzmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Zu Anfang meiner Ausführungen möchte ich eine Zeitungsaussage zitieren, eine Zeitung, die nicht meiner Parteirichtung angehört. In dieser Frage gibt es weder Fraktionen noch Einzelgänger. Frage der Alpine: Sollte jemand dennoch auf den Gedanken kommen, seine politische Suppe darauf zu kochen, sie würde ihm nicht mehr schmecken (Zwischenruf von der SPO: „Das war die ‚Neue Zeit‘!“) . . . Ich habe gesagt, daß sie nicht meiner Partei angehört, daß ich sie nenne, können Sie von mir nicht verlangen, Herr Kollege, nicht! (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Warum nicht? Wir zahlen Werbekosten!“) Ich möchte dies aber an die Spitze meiner Ausführungen setzen, damit nicht aus der einen oder anderen Formulierung hier eben Tagespolitik herausgestrichen wird. Wir haben heute — und das ist nicht nur das Recht, sondern die Aufgabe des steirischen Landtages — uns über die Probleme der Alpine unterhalten, und ich glaube, daß keine einzige Dame und kein einziger Herr in dieser Runde die Meinung vertritt, es sei nicht Sache des steirischen Landtages, sich mit diesem Problem zu befassen. Herr Landeshaupt-

mann Krainer hat dies ja ausgedrückt, und als Sprecher der Steiermärkischen Landesregierung und als Vertreter der Landesregierung nach außen hat er seine Aufgabe sehr ernst genommen und sie nicht aus der parteipolitischen Sicht gesehen, sondern aus der Verantwortung, die er mit diesem Amt für dieses Land trägt. Ich glaube, so müßten wir die Dinge sehen. Ich möchte nicht auf die endlosen Detailfragen eingehen, das wäre wieder nicht Aufgabe dieses Landtages, da muß ich Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz voll zustimmen, dazu sind die Fachleute berufen und werden dafür auch bezahlt. Ich kenne die Schwierigkeiten, die sich aus der Strukturverschiebung ergeben. Lieber Kollege Gruber, den ersten Einwurf deinerseits, der praktisch eine gewisse Mißstimmung hereingebracht hat, muß ich zurückweisen. Wir wollten keine Tagespolitik daraus machen, dies hat auch bei allen Ausführungen bisher durchgeklungen, es ist eine Sache des Temperaments, ob der eine die Angelegenheit schärfer oder milder formuliert bringt, nur muß ich dich hierfür befangen erklären, das möchte ich ganz offen sagen, denn das Problem Böhler und Schoeller hat nicht allzuviel Unterschied zu den Problemen VOEST und Alpine. Aber wie gesagt, es ist dies deine Aufgabe, und du hast dich immer bemüht, Böhler zu vertreten. Ich nehme das voll zur Kenntnis. (Landesrat Gruber: „Nicht nur Böhler, denn ich bin auch mit ein Antragsteller des Antrages an die Landesregierung!“) Richtig, ich sage aber, wir wollen die Politik nicht hineinragen, denn das kann nicht Aufgabe der Regierung sein. Wir wollen aber auch nicht ein kleinkariertes, föderalistisches Denken zutage treten lassen, weil aus der Aufgabenstellung heraus es Aufgabe der zuständigen Organe ÖIAG- und Alpine-VOEST-Vorstand ist, hier die gegenseitige Abklärung zu finden. Aber eines müssen wir feststellen, meine Damen und Herren, diese Betriebe haben einen einzigen Eigentümer, und das ist der Staat, die Republik Österreich. Wenn wir ähnliche Großkonzerne, die von privaten Managements geführt werden, vergleichen, oder wenn man mit diesen Leuten diskutiert, die in der ähnlichen Aufgabenstellung stehen, darf man sich nicht verwundern, wenn man auf Unverständnis stößt, denn, hätte dort die Koordinierung so gut funktioniert wie bei uns bezüglich der Verstaatlichten Industrie von 1945 bis heute, ich glaube, dann hätte man einen Großteil dieser Konzerne schon längst zu Grabe tragen können (Landesrat Gruber: „Das hat die ÖVP bis heute unterbunden, diese Koordinierung! Hier ist das Protokoll, das können wir dann vorlesen, damit Sie informiert sind!“) Lieber Kollege Gruber, du fängst schon wieder mit der ÖVP und der Politik an, aber bitte, wenn du willst, so kann ich dir darauf antworten. Ich habe diesen Zeitungsartikel in den Vordergrund meiner Ausführungen gestellt und muß ihn wiederholen. Ich habe gesagt, der österreichische Staat seit 1945 bis heute — ich habe weder Ausnahmen noch Parteien, noch Regierungschefs genannt. (Landesrat Gruber: „Wir haben verstanden, wie es gemeint war!“) Nein, das glaube ich eben nicht, der Einwand zeigt es, daß man ja wieder den Dreh finden will, dies in das politische Tagesgeschehen hineinzutragen, und das ist der ganz große Fehler bei diesen Dingen. Es wäre Aufgabe

des Eigentümers immer wieder gewesen, die Koordinierung, die Produktionsabsprache im Gesamtbereich der Eisen- und Stahlindustrie herbeizuführen. Ich muß auch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian in einigen Dingen widersprechen. Natürlich hat sich ein Großteil der Bezieher von Stahl und Eisen dagegen gewehrt, daß der Monopolträger in der Grundstoffindustrie Produktionen, die bis jetzt von diesen Unternehmern entwickelt, eingeführt und erzeugt wurden, hier der Konkurrenz, die auf der einen Seite eben durch die Monopstellung alle Vorteile in sich vereinigt hat, entgegengetreten ist. Aber, lieber Kollege Sebastian, auch die Alpine hätte nachdenken können, um Neuentwicklungen, neue Produktionsformen und neue Gebiete der Stahlverarbeitung zu erschließen — da hätte der Alpine niemand entgegengesprochen (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Kollege, ich sage Ihnen das später!“), niemand, das gibt auch die Alpine zu. Ich glaube an die Angestellten und Arbeiterschaft der Alpine — ich glaube aber nicht an das Management, ganz egal, welcher Partei immer es angehört, das möchte ich ganz offen erklären (Beifall). Schauen Sie, das Märchen über die Weltmarktpreise und über die stillen Subventionen an die Alpine hat periodenweise den Konsumstahl bestimmt, aber nur periodenweise, und ich selbst kann mich erinnern, daß ich Alpine-Ware als Import-Ware gekauft habe, wo man nicht einmal den Alpine-Stempel weggeschliffen hat. Diese Beweise können jederzeit erbracht werden. Und nicht nur das, ich habe sogar eine Aufstellung des Stahlhandels, der hier das klarlegt, wie die Preise indirekt in Ordnung gebracht werden. Das nur am Rande bemerkt, das hat mit dem Problem selbst nichts zu tun. Mir geht es darum, daß unsere Forderung sein muß: Erhaltung der Arbeitsplätze und Sicherung der sozialen Struktur dieser Gebiete, wie dies auch von meinem geschätzten Vorredner ausgedrückt wurde. Dies soll nicht nur den Arbeitnehmer, sondern auch den Handwerker, den Kaufmann, in den Gebieten, die davon betroffen werden, genauso berühren. Das ergibt ja erst die wirtschaftliche Einheit eines Gebietes. Einen Vorschlag zu erstatten, wie die Rentabilität und die Arbeitsplätze in diesen Werken auch in Zukunft gesichert werden können, muß Aufgabe des Alpine-Vorstandes und der ÖIAG sein. Ich glaube, es ist keine Kardinalfrage und von uns gar nicht zu beantworten, ob die 3,3 Milliarden den Stein der Weisen darstellen. Es ist nicht Aufgabe des Steiermärkischen Landtages, heute festzustellen, ob die eine oder andere Investition zukunftsfruchtig für die Betriebe sein wird, für die sie gedacht ist. Ich glaube, hier dürfen wir unseren Föderalismus ruhig zur Schau stellen; es geht uns um die Menschen in diesen Betrieben und in diesen Gebieten, weil auch in einer modernen Volkswirtschaft der Mensch das Maß aller Dinge zu sein hat. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**2. Präsident Ileschitz:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich hatte mir heute gedacht, daß mit der dringlichen Anfrage und mit der Stellungnahme

der Parteienvertreter die Angelegenheit, nachdem wir alle als Steirer nach der Entschließung auf einer Linie stehen, ihr Bewenden finden kann. Nun mußte ich aber leider feststellen, daß einige Redner dieses Hauses wieder über die Dinge hinausgegangen sind und Beschuldigungen nach hüben und drüben erheben. (Landesrat Peltzmann: „Jetzt fängt er wieder an!“) Ich fange nicht wieder an, sondern ich treffe nur eine Feststellung, meine Damen und Herren. Man hat nun Beschuldigungen erhoben, wer hat die Urheberrechte hüben und drüben, man hat Feststellungen getroffen über Dinge, die im allgemeinen bekannt sind.

Ich möchte dazu folgendes feststellen: Als die Pläne bekannt wurden, daß man nunmehr ernsthaft an eine Koordinierung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie denkt und es dabei schien, als würden gerade die steirischen Betriebe, vornehmlich der Österreichischen Alpine-Montan-Gesellschaft, betroffen werden, haben wir uns als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer im OGB sofort aufgerafft, um die gesamten Funktionäre unserer Organisation zusammenzurufen. Wir haben sehr ernsthaft stundenlang beraten, und zwar mit jenen Menschen, denen der Herr Landesrat Peltzmann vorhin ein so gutes Zeugnis ausgestellt hat, mit der Bemerkung: „Ich glaube an die Arbeiter und Angestellten der Alpine und nicht an das Management“. Die Arbeiter und Angestellten der Alpine werden durch uns im Österreichischen Gewerkschaftsbund und in der Arbeiterkammer vertreten. Und gerade diese beiden Organisationen, die Landesleitung der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter und darüber hinaus die Kammer für Arbeiter und Angestellte, haben in seltener Einmütigkeit in Anbetracht der Wichtigkeit und der Dringlichkeit dieser ganzen Angelegenheit Beschlüsse gefaßt, die den zuständigen Gremien übermittelt wurden. (Landesrat Peltzmann: „Die meisten Vorstandsmitglieder gehören auch zur Gewerkschaft und zur Arbeiterkammer!“) Ich möchte betonen, daß von all den Gewerkschaftsvertretern und den Vertretern in der Arbeiterkammer ein Mann im Vorstand der OIAG ist, das ist der Zentralbetriebsratsobmann Baumann der Alpine. Ich glaube, wer seine Fernsehaussage gehört hat, wird wohl kaum daran zweifeln, daß ihm der Kampf um die Erhaltung dieser Betriebe ein Herzensbedürfnis ist.

Ich möchte folgendes sagen: Ich freue mich außerordentlich, daß der Steiermärkische Landtag durch seine Sprecher allgemein die Feststellung traf, daß wir als Steirer um die Erhaltung unserer Betriebe zu kämpfen haben, daß wir aber nicht um jeden Preis für den einen oder anderen Produktionszweig, sondern dafür zu kämpfen haben, daß die Arbeitskräfte in der Zukunft erhalten werden nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen. Das war auch das Resümee unserer Beratungen. In diesem Zusammenhang möchte ich aber doch, weil vorhin auf die Urheberrechte eingegangen wurde, weil man angeklagt hat, man hätte früher schon auf die Finalproduktion übergehen müssen, auf etwas hinweisen. Ich erlaube mir, ohne politische Polemik zu betreiben, auf ein Memorandum hinzuweisen, und zwar auf eine Stellungnahme der

OVP zu einem Memorandum des damaligen Verantwortlichen für die Verstaatlichte Industrie, Vizekanzler Dr. Pittermann, in der Sitzung am 12. Juni 1964 im Fünfzehner-Ausschuß. Hier heißt es wörtlich: „Zu den allgemeinen Ausführungen des Herrn Vizekanzlers müssen die Vertreter der OVP im Ausschuß feststellen, daß die vorliegenden Berichte der Arbeitskreise nicht gezeigt haben, daß allgemeine Reorganisationsmaßnahmen angesichts der Entwicklung in der Produktionstechnik wie in der Marktsituation durch eine straffere Konzernführung unbedingt erforderlich erscheinen. Ganz im Gegenteil haben die Berichte der Arbeitskreise gezeigt, daß keine Konzentration im großen notwendig ist und sehr wohl auch die historische Gesellschaftsreform in der Lage ist, eine notwendige Abstimmung auf gemeinsame Wirtschaftszwecke durchzuführen. (Landesrat Gruber: „Das sind die Partezettel der ÖVP, die Sie der Verstaatlichten angehängt haben!“ — Weitere Zwischenrufe.) Ich möchte sagen, daß die Frage, ob Finalindustrie in Donawitz oder bei der ÖAMG., immer eine Herzensangelegenheit und eine vorausschauende Politik von uns war. Ich freue mich heute über die Feststellung, daß man nunmehr so weit gekommen ist, daß hier bei den Alpinebetrieben in irgendeiner Form die Finalindustrie mit eingeplant werden soll. Eine wirtschaftliche Feststellung unsererseits: Nicht nur Erzeugung von Roherz oder Roheisen oder Walzwaren, sondern eine Ausweitung zur Finalindustrie hin, und wenn wir alle drei miteinander nach dieser Richtung hin vorgehen, werden wir das erreichen, was wir vorhaben: die Sicherung der Arbeitsplätze im gesamten obersteirischen Raum. (Beifall bei der SPÖ. — Landesrat Peltzmann: „Aber die Böhler und die VOEST sind trotzdem in die Finalindustrie gegangen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Landesräte können doch nicht herunterschreiben, das gibt es doch nicht!“)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Meine Damen und Herren! Es war relativ interessant, dieser Debatte zu lauschen. Jeder Redner ist herausgekommen und hat gesagt — jeder Redner von Ihnen, entschuldigen Sie, das habe ich vergessen zu sagen. (Landesrat Bammer: „Angst vor dem Klub?“ — Heiterkeit.) Jeder hat gesagt: Wozu die dringliche Anfrage, die brauchen wir doch gar nicht, es ist eh alles in Ordnung. Ein bisserl später — der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian hat wirklich damit begonnen — hat er gesagt, ich bin froh, daß wir darüber reden, was zuerst unnötig war. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Tun Sie nicht zündeln, Herr Kollege!“ — Landesrat Gruber: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!“ — Landesrat Peltzmann: „Aber nicht den anderen die Parteipolitik in die Schuhe schieben, wenn man es selber macht!“) Dann hat er gesagt: Wir wollen nicht parteipolitisch werden, aber ich möchte Ihnen doch sagen, damals haben Sie das gesagt. Statt daß Sie sich freuen, daß diese harthörige, sture und wenig einsichtige ÖVP endlich begriffen hat, wovon Sie schon immer reden (Zwischenrufe von der SPÖ: „Sehr richtig!“ — „Sie merken doch, wie sehr wir

uns freuen!"), Herr Kollege, Sie sind noch nicht lange genug im Haus, sonst wüßten Sie, daß zu dem Thema schon viel geredet wurde. Statt daß Sie sich freuen, tun Sie so, als ob man Ihnen wirklich das liebste Kind entrissen hätte, und wir wollen jetzt auch ein bisserl damit spielen.

Ich verstehe das wirklich nicht ganz, aber es freut mich, daß am Schluß jeder den Weg zur Gemeinsamkeit gefunden hat. Dieser Gemeinsamkeit möchte ich jetzt auch das Wort reden. Im Einvernehmen mit den Kollegen, die diesen Antrag unterschrieben haben, und mit den Obmännern der beiden anderen Parteien hier im Hause darf ich Ihnen jetzt einen leicht geänderten Beschlußantrag vorlegen und hoffe, daß Sie dem ohne Einschränkung zustimmen können. (Abg. Pözl: „Wir lassen euch beitreten!“ — Landesrat Gruber: „Ich habe gedacht, das ist ein gemeinsamer Antrag! Was heißt, wir lassen euch beitreten? Das ist doch ein Theater!“)

Der Beschlußantrag der Abgeordneten Prof. Eichinger, Dorfer, Fuchs, Heidinger, Koiner, Marczik, Nigl, Pözl, Pränckh und Ritzinger lautet jetzt im Einvernehmen mit den anderen Herren folgend:

„In der Erkenntnis, daß die Sicherung industrieller Arbeitsplätze nur durch zukunftsweisende Investitionen, die die internationale Konkurrenzfähigkeit sichern, möglich ist, werden der Herr Landeshauptmann und die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß volkswirtschaftlich notwendige und für die Betriebe wirtschaftlich vertretbare Investitionen im Bereiche des Alpine-Konzerns nicht gehemmt oder gar verhindert werden. Weiters wird ersucht, diesen Standpunkt der Steiermark bei der Bundesregierung und der OIAG mit allen Konsequenzen zu vertreten.“

Alle Damen und Herren, die sich zu Wort gemeldet haben, haben in dieser Richtung ausgesagt, und es ist nur darum gegangen, wer schon länger und wer kürzer mit der OIAG und der Bundesregierung verhandelt hat, also wird es ja nicht schwierig sein, diesen Antrag zu unterstützen. Ich bitte, Herr Präsident, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs vorgebrachten Beschlußantrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschieht.)

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Ich unterbreche die Sitzung des Landtages für eine Mittagspause, und zwar bis 14.15 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.45 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.15 Uhr.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

**1. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 4, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962 neuerlich abgeändert wird (Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetznovelle 1970).**

Berichterstatter ist Abg. Karl Prenner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prenner:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorliegende Novelle bezweckt die Anpassung der Wochendienstzeiten der vertraglichen Gemeindearbeiter an die Wochendienstzeiten der vertraglichen Arbeiter des Bundes und des Landes. Die Neuregelung entspricht inhaltlich dem Artikel 1 der 16. Vertragsbedienstetengesetznovelle.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung eingehend beraten, und ich ersuche das Hohe Haus, der Beilage Nr. 4 die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wir stimmen über das Gesetz ab, und ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**2. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 6, Gesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens für vieljährige eifrige und erspriessliche Tätigkeit und eines Verdienstkreuzes für besondere Leistungen oder hervorragende Verdienste auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens.**

Berichterstatter ist Abg. Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Stoisser:** Hohes Haus! Bei dieser Vorlage handelt es sich um ein Gesetz zur Schaffung eines Ehrenzeichens für vieljährige Tätigkeit im Feuerwehr- und im Rettungswesen, ebenso um die Schaffung eines Verdienstzeichens für besondere und hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens.

Das Ehrenzeichen wird durch die Landesregierung auf Vorschlag der Gemeinde, in der der Auszuzeichnende seinen ordentlichen Wohnsitz hat, verliehen. Dasselbe gilt für das Verdienstkreuz. Da es sich in diesem Falle um die Auszeichnung von Tätigkeiten handelt, die in selbstloser Weise für die Öffentlichkeit getan werden, bitte ich das Hohe Haus, dieser Vorlage die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Keine weiteren Wortmeldungen. Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**3. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses und des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses, Beilage Nr. 13, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 7, Gesetz über elektrische Leitungsanlagen, die sich auf den Bereich des Bundeslandes Steiermark erstrecken (Steiermärkisches Starkstromwegesetz 1970).**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der gegenständlichen Vorlage handelt es sich um ein Landes-

ausführungsgesetz zum Grundsatzgesetz des Bundes, BGBl. Nr. 71 aus 1968. Es wurde im Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß, ebenso im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß behandelt und in den Paragraphen 5 und 9 abgeändert, und zwar dergestalt, daß durch Einfügung von Fallfristen die Rechtsstellung des zu Belastenden gegenüber der Regierungsvorlage, Beilage 7, verbessert wurde.

Ich darf dem Hohen Haus namens der beiden Ausschüsse empfehlen, die vorliegende Neufassung, Beilage Nr. 13 zu den stenographischen Berichten, zum Gesetz zu erheben.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Worte gemeldet hat sich der Abg. Haas. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Haas:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Hochspannung der Vormittagsdebatte ist nun wieder Frieden und der Zustand von Niederspannung eingekehrt im Hause. Hochspannung und Niederspannung, das sind aber auch jene Fragen, zu denen wir in der nachmittägigen Debatte, nämlich zum Thema „Starkstromwegesgesetz“ sprechen wollen.

Der Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß diese Gesetzesvorlage sehr eingehend und sehr sorgfältig beraten worden ist, sowohl in der Landesregierung als auch in den beiden zuständigen Landtagsausschüssen als auch in den Fraktionen — zumindest darf ich das für meine sagen. Und es ist darum auch gar keine Frage, daß die ÖVP-Fraktion dieser Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben wird, um das gleich vorwegzusagen. (Abg. Brandl: „Bravol“) Danke für den Beifall, Herr Kollege. Dieses Steirische Starkstromwegesgesetz wird uns also eine rechtliche Klarstellung verschiedener Verfahrens-, verschiedener Zuständigkeitsfragen bringen, auf einem sehr wichtigen Teilgebiet der Elektroversorgung, nämlich auf dem Gebiet des Elektroleitungsbaues. Ist es doch bisher so gewesen, daß die Verfahren zur Grundinanspruchnahme für Projektierungsarbeiten oder auf Einräumung von Leitungsrechten oder gar auf Durchführung von Enteignungen bisher zum großen Teil noch auf Bestimmungen und Erlässen beruht haben aus der Hitler-Ära, die durch eine ganze Anzahl von Verfassungsgerichtshofurteilen bereits arg durchlöchert und zum Teil außer Kraft gesetzt worden sind. Es ist also durchaus verständlich, daß dieses nun zu beschließende Gesetz vor allem freudig begrüßt werden wird von den mit dieser Materie befaßten Behörden und Beamten, die sich ja bisher, rechtlich gesehen, auf sehr schwankenden Brettern bewegen mußten. Freudig begrüßt aber auch von den Elektroversorgungsunternehmen unseres Landes, die nun auf Grund klarer gesetzlicher Bestimmungen ihre Leitungsbauten planen und ausführen können. Selbstverständlich — und auch das möchte ich hier gleich zu Beginn festhalten — wurde sehr sorgfältig auch darauf Bedacht genommen, daß es zu keinen unzumutbaren Eingriffen in die persönlichen Besitz- und Eigentumsrechte der davon Betroffenen kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber nun als Bauer einige Bemerkungen zum Thema Elektrifizierung im ländlichen Raume anbringen. Die in den frühen fünfziger Jahren durch den sogenannten Thomaplan in Angriff genommene Restelektrifizierung draußen am flachen Lande ist so gut wie abgeschlossen, wenn man von einigen Extremfällen absehen will. Dank der großzügigen Hilfe der öffentlichen Hand — es wurden hier ganz erhebliche Mittel ausgeworfen —, dank auch des Einsatzes gewaltiger Eigenmittel ist es nun dazu gekommen, daß bis in die entlegensten Gräben und bis hoch hinauf in die Berge sich Stromleitungen ziehen, die selbst abgeschiedenen Bergbauernhöfen Licht und Kraft ins Haus bringen. Das elektrische Leitungsnetz hat sich in den zwanzig Jahren seit dem Jahre 1950 geradezu verdoppelt, der Verbrauch an elektrischer Energie, aber auch die Erzeugung an elektrischer Energie hat sich in dieser selben Zeit verfünffacht. Ich glaube, man braucht gar kein Prophet zu sein, um vorherzusagen zu können, daß diese ansteigende Tendenz uns auch in Zukunft erhalten bleiben wird. Fachleute sprechen davon, daß bereits in etwa 7 Jahren sich der Energieverbrauch auch wieder verdoppelt haben wird. Es ist doch so, daß der Industrieverbrauch ständig weiter ansteigt, daß die Siedlungsdichte draußen am Land zunimmt, daß immer mehr, immer neue, immer stärkere Geräte installiert werden, sowohl in der Landwirtschaft als auch im privaten Haushalt. Und immer mehr rückt gerade zur Zeit das Problem der Elektroräumheizung in den Mittelpunkt des Interesses, zumal feststeht, daß das nicht nur die bequemste, sondern auch die umweltschonendste Art des Heizens ist. Es ist ja kein Geheimnis, daß gerade der Kohlen- und der Ölhausbrand die Hauptschuldigen an der Luftverschmutzung in unseren Städten sind. Angesichts der bereits erfolgten gewaltigen Verbrauchssteigerung und angesichts der um nichts geringeren, die für die nächsten Jahre zu erwarten ist, stehen wir allerdings vor der einen sehr betrüblichen Tatsache, daß vor allem draußen im ländlichen Raum unsere Leitungsnetze dem gesteigerten Bedarf einfach nicht mehr gewachsen sind. Die Kosten für diese Netzverstärkungen wurden von Fachleuten auf mindestens 600 Millionen Schilling geschätzt; andere Schätzungen gehen sogar bis an die Milliardengrenze heran. Beträge also, von denen anzunehmen ist, daß unsere Elektroversorgungsunternehmen, die sich ja — ich verrate Ihnen hier auch kein Geheimnis — gerade in der Steiermark keiner besonders günstigen Größen- und Finanzstruktur erfreuen, diese kaum aus eigenem aufzubringen in der Lage sein werden. Ich glaube, es wird auch hier bei der Bewältigung der sogenannten Vollelektrifizierung genauso wie seinerzeit bei der Restelektrifizierung nicht ohne kräftige öffentliche Unterstützung abgehen.

Unseren Kollegen von der sozialistischen Fraktion möchte ich gerne versichern, daß wir uns sehr freuen würden und daß wir dem Herrn Landwirtschaftsminister Dr. Weihs den Ruhm nicht neiden würden, wenn er, so wie es seinerzeit Franz Thoma getan hat, nämlich mit einem Oskar-Weihs-Plan, wenn Sie so wollen, die notwendigen Mittel für diese Zwecke bereitstellt, das heißt, als Bauer würde

ich es sogar lieber sehen, wenn das über einen Sepp-Moser-Plan oder Staribacher- oder Frühbauer-Plan geschehen könnte — das Elektrizitätswesen ist ja kompetenzmäßig sehr, sehr zersplittert — (Landesrat Bammer: „Die Plangläubigkeit nimmt sehr zu!“), und zwar deswegen, weil ich als Bauer es nicht gerne sehen würde, wenn die zweckbestimmten Grünen-Plan-Mittel für Investitionen verwendet werden, die ja absolut nicht nur der Landwirtschaft allein zugute kommen, sondern der gesamten Bevölkerung, der gesamten Wirtschaft im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren! Um aber keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen, möchte ich sagen, daß man dieses Problem auch bisher nicht verschlafen hat, sondern auch bisher bemüht war, die Dinge zu bewältigen. So wurden zum Beispiel allein in der Steiermark in den letzten zwei Jahren über 11 Millionen Schilling, vor allem für Zwecke der Netzverstärkung, an öffentlichen Mitteln zugesprochen. Ich gebe aber gerne zu, daß wir in Zukunft wesentlich mehr Mittel brauchen werden und daß wir alle gemeinsam uns sehr ernsthaft darüber unterhalten werden müssen, wie wir dafür sorgen und wie wir kontrollieren, daß diese Mittel von unseren EVU's in Form von Investitionen, die der Netzverstärkung und damit auch der Leistungsverbesserung zugunsten des Letztabnehmers dienen, verwendet werden. Ich möchte hier ganz am Rande auch noch meinen Wunsch anfügen, daß die Flurbereinigung, die bei den 136 EVU's im Lande im Gange ist, etwas raschere, kräftigere Fortschritte in den nächsten Jahren aufweisen würde. (Abg. Brandl: „Das wünschen wir schon lange!“) Da treffen sich ja unsere Meinungen vollends, Herr Kollege.

Zum Schlusse möchte ich noch an einen Landtagsantrag erinnern, den ich mit meinen Kollegen in der letzten Sitzung der Sommersession eingebracht habe, der Ihnen vorliegt und der sich nicht nur mit den Problemen der Vollelektrifizierung beschäftigt, sondern auch mit einigen Härten, die es abzustellen gäbe. So werden wir etwa immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Letztangeschlossenen im Leitungsnetz die Erhaltung der Leitung bis zum Vorletzten hin aus eigener Tasche zu tragen haben; nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Verstärkung und Erneuerung. Obwohl diese Leute ihre Baukostenbeiträge in gleicher Weise für den Bau der Leitung geleistet haben, sind sie nun, weil sie das Pech haben, die Letzten in der Leitung zu sein, am weitesten hinten im Graben oder am höchsten am Berg hausen zu müssen, dazu angehalten, das aus eigener Tasche berappen zu müssen. Ganz wie es im Sprichwort heißt: „Den Letzten beißen die Hunde.“

Von der bäuerlichen Seite her würde ich ganz energisch ersuchen, daß diesem Unrecht abgeholfen wird, und zwar in Verhandlungen mit der Elektrizitätswirtschaft.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend die Feststellung machen, daß die ausreichende Versorgung mit elektrischem Strom eine lebenswichtige Frage nicht nur für uns in der Land-

wirtschaft, sondern für die gesamte Wirtschaft, für die gesamte Bevölkerung im ländlichen Raum darstellt, genauso wie es die Verkehrserschließung ist.

Ich glaube, wir sollen und wir wollen uns auch redlich bemühen, dieses Ziel doch in absehbarer Zeit zu erreichen, um dadurch die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und damit im weiteren auch den Wohlstand unserer Heimat zu sichern. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß das vorliegende Gesetz uns eine gute und wichtige Hilfe dazu ist. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer für den Antrag ist, möge ein Händezucken geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

#### 4. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 54, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1969.

Berichterstatte ist Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller.

Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schaller:** Hoher Landtag! Die Landesamtsdirektion gibt alljährlich einen Tätigkeitsbericht heraus, der sich einerseits mit der Tätigkeit der Landesverwaltung auf dem Gebiete der Vollziehung von Bundes- und Landesgesetzen, andererseits aber auch mit der Tätigkeit des Landes im Rahmen des Haushaltsplanes beschäftigt. Diesem Bericht sind auch angeschlossen die Aktivitäten der Schulen des Landes und der Betriebe.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit diesem Rechenschaftsbericht beschäftigt und den Beschluß gefaßt, dem Steiermärkischen Landtag vorzuschlagen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich bringe Ihnen diesen Beschluß zur Kenntnis.

**Präsident:** Das Wort wünscht der Herr Landeshauptmann Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmann Krainer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Rechenschaftsbericht von Regierung und Verwaltung für das Arbeitsjahr 1969 liegt zu Ihrer Kenntnis, Kritik und Stellungnahme auf. Es ist nicht schwierig, einen solchen Bericht zu erstatten, da ein Volumen von 4 Milliarden Schilling Landesmitteln und rund 1,7 Milliarden Schilling Bundesmitteln den Hintergrund für die Aktivitäten der Landesregierung abgibt.

Ich will in diesem Zusammenhang aussprechen, daß ein gebührender Anteil an der dargestellten Arbeit dieses Berichtes dem verstorbenen Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, einem bewährten, treuen Mitarbeiter, zukommt.

Die geleistete Arbeit ist sichtbar. Offen bleibt die kritische Frage, ob nur den Anforderungen des Tages entsprochen oder Weichen auch in die Zukunft gestellt wurden. Die Landesregierung fühlt sich einer zukunftsbetonten Politik verpflichtet. Daraus ergibt sich eine Summe von Aktivitäten, die Sie dem vorliegenden Bericht entnehmen können.

Über die Forderungen einer zukunftsbetonten Politik gibt es verschiedene Meinungen, je nachdem, ob das Partei- oder Staatsinteresse im Vordergrund steht. Es kommt schließlich darauf an, welche Kräfte sich durchsetzen.

Dieser Widerstreit ist in der Steiermark nicht heftig spürbar, die politischen Verhältnisse sind so geordnet, daß dem Auftrag der Wähler entsprochen werden kann. Dieser Auftrag verpflichtet Regierung und Landtag, einen Beitrag zur Aufbereitung jener Voraussetzungen zu leisten, um die geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen so aufzurüsten, daß darauf die möglichen Entwicklungen der Zukunft aufgebaut werden können.

Zukunftsbetonte Politik heißt, sich nicht nach einer Wahrsagerei zu orientieren, sondern sich auf die vorhersehbaren Entwicklungen einzustellen und diese mitzubestimmen und nötigenfalls auch zu korrigieren.

Diese Aufrüstung der Steiermark bedeutet, auf die Landespolitik bezogen:

Mobilisierung der geistigen Kräfte und Ausschöpfung des Begabtenpotentials;

Förderung der Industrialisierung;

Abstimmung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit den Anliegen des Umweltschutzes;

Arbeitsstätte, Wohnung und Freizeit sind eine Einheit und bilden die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen;

Orientierung unserer Landwirtschaft nach marktwirtschaftlichen Gegebenheiten; jeder Hofaufschließungsweg zum Beispiel trägt dazu bei;

Ausbau des Verkehrsnetzes mit allen Verästelungen, die das ganze Land erfassen und die Einordnung in die tragenden Verkehrsadern ermöglichen;

Ausbau des Krankenhaus- und Fürsorgewesens auf den Standard, der den sozialen Notwendigkeiten und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung entspricht. Dabei steht fest, daß mit dem Lebensstandard auch der soziale Standard steigen und wachsen muß.

Mit der Formulierung dieser Grundsätze soll auch zum Ausdruck gebracht werden, daß Regierung und Landtag keine Einrichtungen zur Verteilung von Steuergeldern schlechthin sind. Nur eine nach wohl-durchdachten Grundsätzen orientierte Politik wird auch in ihrer ausgleichenden Funktion wirksam; mit Rücksicht auf den wirtschaftlich Schwachen, ausgleichend auch im heftigen Widerstreit der Meinungen, damit wir von angeblich alleinseligmachenden Beglückungsaktionen möglichst verschont bleiben.

Gestatten Sie mir nun im einzelnen einige Schwerpunkte herauszustellen:

Mit der Reorganisation des Pflichtschulwesens erfüllen wir den Auftrag des Schulgesetzwerkes 1962, welches die Durchlässigkeit des Bildungsweges tatsächlich öffnet. Mit anderen Worten: Jedes Kind kann bis zu einer Reifeprüfung gelangen, und zwar im Bereiche der engeren Heimat.

Die Schulzentren, die in den Bezirksstädten entstehen, sind nun räumlich und organisatorisch zu konsolidieren. Das bedeutet zum Beispiel, daß die

Errichtung von Hauptschulen abzuschließen ist. Die minimalste Schulbildung ist der Besuch der Volksschule und Hauptschule.

Die Wirksamkeit dieses Programms steht im engen Zusammenhang mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Mehr öffentliche Verkehrsmittel und mehr Schüleromnibusse sind notwendig, um weitere Schulwege auf diese Weise zu bewältigen. Es ist erforderlich, hierfür mehr Mittel einzusetzen.

Die baulichen Maßnahmen auf dem Sektor der Pflichtschulen im Jahre 1969 verliefen zufriedenstellend. 116,6 Millionen Schilling wurden den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Die Neuordnung des gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulwesens geht nach einem Zehnjahresplan vor sich, der 1965 beschlossen wurde. Die Finanzierung der Baumaßnahmen ist nun bis 1972 gesichert. Die Steiermark wird dann das modernste Berufsschulwesen aufzuweisen haben.

Das Programm für die landwirtschaftlichen Fachschulen wird durch die vorgesehenen Finanzierungen im Jahre 1972 ebenfalls abgeschlossen sein.

Somit gehen zwei wichtige Bereiche unseres Fachschulwesens für Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft ihrer Vollendung entgegen. Die baulichen Maßnahmen an unseren Hochschulen und den allgemeinbildenden höheren Schulen werden vom Bund finanziert. Der Bundeshochbau wird jedoch über das hiesige Landesbauamt bearbeitet. Große Planungen konnten zum Abschluß gebracht werden.

Das bedeutet, daß die planerischen Voraussetzungen für den Neubau der Anatomie mit den vorklinischen Instituten für die Universität Graz, den Neubau des Physikalischen Institutes und die Errichtung von 7 maschinentechnischen Instituten an der Technischen Hochschule geschaffen wurden. Der Gesamtkostenaufwand für diese Vorhaben wird sich auf 420 Millionen Schilling belaufen.

Bei den allgemeinbildenden höheren Schulen konnte auch ein Fortschritt erreicht werden; die Planungen wurden zum Abschluß gebracht, so daß die Herren Bundesminister für das Gymnasium Köflach und das Gymnasium Judenburg erst kürzlich den Spatenstich vollziehen konnten.

Das Schulbauprogramm wird auf allen Ebenen fortgesetzt. Für die Allgemeinbildenden Höheren Schulen bedeutet dies, daß wir in unserem Lande mindestens noch vier höhere Lehranstalten und besonders vordringlich eine Bundesanstalt für Kindergärtnerinnen benötigen.

Das Jahr 1969 brachte einen Höhepunkt in der Wohnbauförderung. Die vorliegenden Ziffern beweisen, daß 5087 Wohnungen gefördert wurden. Hiefür wurden Darlehen im Betrage von 656,8 Millionen Schilling und Zinszuschüsse von 214,7 Millionen Schilling gewährt. Es wurden um 31 % mehr Wohnungen gefördert als im Vorjahr und damit seit Bestehen der Wohnbauförderung des Landes die höchste Zahl der geförderten Wohnungen durch Mithilfe eines Sonderwohnbauprogramms erreicht.

Hoffen wir, daß diese gute Entwicklung nicht unterbrochen wird.

Über das Landesbauamt wurden 1,8 Milliarden Schilling an Landes-, Bundes- und Interessentenmit-

teln verbaut. An der Spitze stand der Bau der Autobahn sowie der Bau von Bundes- und Landesstraßen und Brücken.

Für die Autobahn wurden 287,3 Millionen Schilling bereitgestellt; für Bundesstraßen und Brücken 421,5 Millionen Schilling und für Landesstraßen und Brücken 332,2 Millionen Schilling. Das fertiggestellte Baulos der Autobahn Graz—Gleisdorf erforderte insgesamt 537 Millionen Schilling. Diese für unsere Verhältnisse großen Summen erfordern einen organisatorischen Umbau in einigen Bereichen der Landesverwaltung.

Durch die Einbeziehung der elektronischen Datenverarbeitung in den Verwaltungsablauf soll in erster Linie eine schnellere Projektierung und Abrechnung erreicht werden. Wesentlich sind auch die weiteren Fortschritte in der Planung der Pyhrnautobahn. Vom Autobahnknoten Graz-West bis in die Landeshauptstadt Graz wurde der Generalplan abgeschlossen. Die Detailprojektierung ist im Gange.

Der Schwerpunkt unserer Verkehrsprobleme liegt zwischen Graz und Bruck a. d. Mur. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Verkehrsströme falsch eingeschätzt und dadurch der Bau einer Schnellbahn verzögert wurde. (Abg. Brandl: „Wer hat falsch eingeschätzt?“) Wir haben daher einen Nachholbedarf zu befriedigen, der in Richtung forcierter Ausbau Pyhrnautobahn Deutscheitz—St. Michael und zum Ausbau der Strecke Graz—Bruck a. d. Mur zwingt.

Ein wichtiges Arbeitsgebiet unseres Landesbauamtes sind die versorgungswasserwirtschaftlichen Bauten. 58 Wasserversorgungs- und 55 Kanalisationsanlagen wurden gefördert. 33 Bauvorhaben konnten fertiggestellt werden, 213 Millionen Schilling wurden verbaut. Davon sind an Bundesmitteln 83,6 Millionen Schilling, an Landesmitteln 39,3 Millionen Schilling und an Interessentenbeiträgen 90,4 Millionen Schilling eingesetzt worden.

Die Initiativen für die Wirtschaftsförderung tragen ebenfalls ihre Früchte. 1969 konnten rund 1500 neue Arbeitsplätze geschaffen und 1004 bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Neue Betriebe wurden angesiedelt.

Für die zukünftige industrielle Entwicklung des Landes wurden im Jahre 1969 bedeutsame Vorarbeiten geleistet. Von den Verfahren für die Errichtung der Raffinerie in Lannach, der Olpipeline bis zu den Vorarbeiten für die Führung der Ferngasleitung in Richtung Graz über Frohnleiten mit der Möglichkeit eines späteren Anschlusses nach Graz reicht diese Tätigkeit unserer Verwaltungsorgane.

Bei der Raffinerie Lannach wurden im Bescheid alle Gesichtspunkte berücksichtigt, die ein moderner Umweltschutz erfordert. Uns sind in diesem Zusammenhang ausländische Kommentare zugekommen, die besagen, daß derart strenge Vorschriften in einem anderen Lande undenkbar wären.

Wichtig ist, daß beim Betrieb der Raffinerie sodann fortlaufend die Einhaltung dieser Bedingungen überwacht und kontrolliert wird. Der Vorbehalt, der in den betreffenden Bescheiden festgehalten wurde, ermöglicht darüber hinaus jederzeit eine

Verschärfung der Auflagen, besonders dann, wenn neue technische Errungenschaften ergänzende Schutzmaßnahmen ermöglichen.

In Verfolg der Probleme des Umweltschutzes hat die Steiermärkische Landesregierung kürzlich Prof. Dr. Möse zum Landeshygieniker bestellt. Unter der verantwortlichen Koordination von Prof. Dr. Möse werden Gewerbe-, Wasserrechts-, Sanitätsbehörde und das Landesbauamt noch intensiver als bisher zu einer Zusammenschau finden, die einerseits dem technischen Fortschritt in unserem Lande gerecht wird und darüber hinaus den Umweltschutz sichert.

Der Aufwand für unsere Landeskrankenanstalten war im Jahre 1969 wieder beträchtlich. 882 Millionen Schilling wurden für diesen Bereich veranschlagt. Das sind um 108 Millionen Schilling mehr als 1968. Die Kinderklinik mit 260 Betten und Personalunterkünften für 60 Schwestern konnte in Betrieb genommen werden. Der Bau der neuen Chirurgie wurde ebenfalls vorangetrieben. Die Fertigstellung wird 1971 erfolgen.

Aus dem landwirtschaftlichen Förderungswesen sei im besonderen die Besitzfestigungsaktion und der Wegebau herausgegriffen.

123 Millionen Schilling wurden durch Bund und Land an 617 Förderungswerber gegeben. Durch die verbilligte Kreditaktion wurden 867 landwirtschaftliche Betriebe erfaßt. Die Kreditsumme, die zugeteilt wurde, belief sich auf 71 Millionen Schilling. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die vorhandenen Mittel nicht schlechthin verteilt wurden, sondern daß gezielt und oft in einem zeitraubenden Verfahren jene Fälle ausgewählt wurden, die eine Förderung rechtfertigen und lebensfähige, zukunfts-trächtige Betriebe erwarten lassen.

Im Rahmen der Verkehrserschließung landwirtschaftlicher Gebiete wurden 2479 Projekte gefördert. Der Gesamtaufwand belief sich auf 204 Millionen Schilling.

Das bedeutendste Ereignis im kulturellen Bereich war der „Steirische Herbst“, der im Jahre 1969 das zweite Mal veranstaltet wurde. Im In- und Ausland wurde übereinstimmend die Meinung vertreten, daß hier eine Veranstaltungsfolge im Entstehen begriffen ist, die internationalen Rang beanspruchen darf. 21 Uraufführungen und 32 Erstaufführungen waren auf dem Programm. Immerhin haben 50.000 Personen diese Veranstaltungen besucht. Die Mitarbeit des ORF wollen wir gerne dankbar erwähnen. Sie hat maßgebend die kulturelle Aufgabe, besonders im Rahmen des Musikprotokolls, geistig und finanziell angefeuert.

Das volkswirtschaftliche Gewicht der Fremdenverkehrswirtschaft wächst von Jahr zu Jahr. Die in den westlichen Industriestaaten gestörten und oft unerträglichen Umweltverhältnisse verstärken den Gästezustrom auch in unser Land. Darüber hinaus läßt der Überseeflugverkehr eine neue Welle des Tourismus erwarten.

Die Attraktivität der Sommersaison — Waldreichtum, gute Luft, Bäder, Verpflegung und Unterkunft — findet Anerkennung. Die Wirksamkeit der Wintersaison nimmt, bedingt durch den Ausbau der Zubringerstraßen, der Lifte, der Pisten, ebenfalls zu.



8,08 %. Ich glaube, das ist notwendig in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, weil man oft der Meinung ist, daß die Bürokratie im eigentlichen Sinne immer mehr überwuchern würde und immer mehr dem Steuerzahler zur Last fallen würde. Das ist im Gegenteil nicht der Fall, sondern es sind ja vor allem unsere Krankenanstalten und unsere Schulen, die berechtigterweise eine entsprechende Volumszunahme aufweisen. Auch im gesamten kann man sagen, daß die Steigerung trotz verschiedener gehaltsrechtlicher Verbesserungen von 0,31 % des Personalaufwandes eine äußerst sparsame Landesverwaltung beweist, an denen sich viele andere Gebietskörperschaften ein Beispiel nehmen können. Diese sparsame Landesverwaltung war sicher möglich auch durch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in der Landesbuchhaltung, in der Wohnbaustatistik, im Baudienst, bei den Krankenhäusern usw. Trotzdem glaube ich, Hoher Landtag, sollten wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben, sondern es wird notwendig sein, auch in Zukunft im Sinne einer ständigen Verwaltungsvereinfachung, man kann auch Reform sagen, auf diesem Wege fortzuschreiten. Ich bin überzeugt, daß es noch immer möglich ist, durch eine Entrümpelung von Vorschriften, Anpassung der zeitgemäßen Auffassung von Behördenzuständigkeit, Dienstweg, Weisungsgebundenheit, daß es vielleicht auch manchmal eine Umgliederung in der Beamtenhierarchie ermöglicht, weiterhin im Sinne einer rationellen Landesverwaltung diese Aufgaben durchzuführen. Es wird dabei nicht ausbleiben, daß manche Tabus gebrochen werden müssen, daß manches Risiko auf sich genommen werden muß, weil ich glaube, daß die perfekte Kontrolle letzten Endes auch die größte Gebundenheit und auch Unwirtschaftlichkeit mit sich bringt.

Wenn ich mir gestatte, hier auf einige Beispiele hinzuweisen, so steht in diesem Bericht drinnen, daß die Steiermärkische Landesregierung im Jahre 1968 bei 39 Regierungssitzungen 12.600 Geschäftsstücke erledigt, also Beschlüsse gefaßt hat, im Jahre 1969 waren es 36 Sitzungen mit 12.203 Beschlüssen, das bedeutet, daß je Regierungssitzung einmal 323 und einmal 339 Beschlüsse gefaßt wurden. Obwohl wir alle vom Hohen Landtag sicher überzeugt sind, daß diese Beschlüsse nach reiflicher Überlegung gefaßt wurden, wäre doch daran die Überlegung zu knüpfen, ob es durch Delegation von Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen — ich fange ganz oben an — nach unten nicht auch möglich ist, die Landesverwaltung noch einfacher, effektvoller zu gestalten. Weiters gestatte ich mir hier den Vorschlag zu bringen, daß man an dieser permanenten Verwaltungsvereinfachung auch in Zukunft die Bediensteten selbst noch stärker heranziehen könnte, wenn man eine Stelle einrichtet, die Verbesserungsvorschläge entgegennimmt, unter Umständen auch unter Ausschaltung des Dienstweges, und wo auch allenfalls eine Prämierung guter Vorschläge und guter Ideen von den Landesbediensteten heraus stattfinden könnte. Und zum dritten, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch eine Frage, die immer wieder diskutiert wird, ich glaube, daß man auch in der Landesverwaltung noch mehr als bisher bestrebt sein muß, eine verstärkte Be-

rücksichtigung von Begabung und Leistung, von Einsatzbereitschaft, in der Entlohnung, in der Vorrückung, in der Anrechnung von Vordienstzeiten usw. zu erreichen. Der nach dem geltenden Dienstrecht oft vertretene Grundsatz, es darf keine Ausnahmen geben, weil diese Ausnahmen dann alle beanspruchen, bringt meiner Meinung nach eine Nivellierung mit sich, die letzten Endes auch wieder ungerecht ist, weil Ungleiches mit Gleichem vergolten wird. Mit einem Wort, man sollte Bemühungen unternehmen, auch in der Hoheitsverwaltung im Staatsdienst das Prinzip des Leistungslohnes und der Leistungsprämierung stärker zum Tragen zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man einen so umfangreichen Bericht über die Landesverwaltung studiert, ist es natürlich unabwiesbar, daß man auch über das Verhältnis von Behörde zur Bevölkerung einige Worte und Gedanken verliert. Es haben sich mit diesem Thema im vergangenen Jahr schon der Abg. Fuchs und der Abg. Pichler anlässlich der Budgetdebatte beschäftigt. Und wir alle wissen, daß in den letzten Monaten und Wochen sehr viel über Demokratisierung in allen möglichen Bereichen gesprochen wird. Ich bin der Meinung, daß man vielleicht manches Mal nicht die echte Demokratisierung meint, sondern manches Mal auch eher von einer Scheindemokratisierung sprechen sollte. Das Problem Frau und Fräulein wurde ja schon in der Öffentlichkeit diskutiert, ich möchte nicht näher darauf eingehen. Es wird jeder die Dinge so halten, wie er das für richtig befindet. Aber ich möchte hier ein anderes Beispiel anführen. Sie wissen, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky im Sinne einer Demokratisierung des Rundfunks für die Ernennung des Vertreters Kunst im ORF-Aufsichtsrat eine umfangreiche Vorwahlaktion gestartet hat. Und es haben hier verschiedene Persönlichkeiten zum erstenmal durch diese Aktion erfahren, daß sie Künstler sind. Zum erstenmal über die Aushebung der Adressen bei den Finanzämtern haben sie erfahren, daß sie in die Gruppe Kunst eingegliedert sind. (SPO-Zwischenruf: „Sind Sie auch Künstler, weil Sie so reagieren drauf?“) Diese Persönlichkeiten haben also ein sehr freundlich gehaltenes Schreiben des Herrn Bundeskanzlers erhalten, wo sie aufgefordert werden, im Sinne der Demokratisierung hier mitzuwirken und eine Meinung abzugeben. Und es wird dann der Vorgang erläutert, ja ich stelle das hier fest, daß also durch einen Notariatsakt unter Aufsicht, ich glaube am 16. November, diese Zuschriften, diese Briefe geöffnet und dann das Resultat festgestellt wird, nach dem sich der Herr Bundeskanzler richten wird.

Man könnte nur eines bemerken. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie sind für die einsamen Beschlüsse?“) Hier liegt meiner Meinung nach ein Fall von Scheindemokratisierung vor. Es gibt keine Wählerverzeichnisse dabei und keine Kontrolle, wie viele und welche Persönlichkeiten . . . (Abg. Brandl: „Die ÖVP-Kandidaten waren da!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Warten Sie etwas. Wenn ich von einem Notariatsakt spreche, um die Stimmen auszuzählen . . . (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich würde die Herren von der sozialistischen Seite bitten, mir genau zuzuhören. Ich bin noch

nicht am Ende. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber die OVP!“) Wenn man also einen Notar beauftragt, um festzustellen, wie das Ergebnis ist, so müßte man zuerst öffentlich feststellen, welcher Kreis von Personen diese Aufforderung zur Mitbestimmung bekommen hat. Ich möchte das der Sozialistischen Partei gar nicht unterschieben, daß sie unter Umständen noch an 4000 andere Persönlichkeiten, die nicht Künstler sind, auch diese Wahlbriefe ausgeschickt haben könnte. (Abg. Brandl: „Breite Basis!“) Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen hier Beweise vorlegen, daß diese Persönlichkeiten, die aufgefordert wurden, für den ORF ihre Stimme abzugeben, und die nur über die Erhebung des Finanzamtes als Künstler deklariert werden können, 8 Tage später vom Bund Sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler die Aufforderung bekommen haben, dem BSA beizutreten. (Abg. Brandl: „Eine demokratische Werbung!“) Es ist hier das Wort von demokratischer Werbung gefallen. Selbstverständlich! Aber ich bitte achtzugeben. Wenn also Adressenmaterial, das von einem Minister unter einem Erlaßverfahren hier ausgehoben wird, um Demokratie zu praktizieren, dann sogleich an eine politische Institution weitergegeben wird, so halte ich das für eine Scheindemokratisierung. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das paßt gut zum Landesrat Peltzmann, zum Landeshauptmannstellvertreter Doktor Niederl und zum Landesrat Wegart!“ — Abg. Zinkanell: „Ich kann Ihnen Briefe an die Feuerwehren vorlegen, bei denen es sich um einen echten Mißbrauch handelt!“) Ein Mißbrauch entschuldigt nicht den anderen. Wenn wir der Meinung sind, daß wir zwischen Behörde und Bevölkerung ein echtes Nahverhältnis herstellen wollen, so möchte ich Ihnen sagen, daß es sicher viele Fälle sind, und damit verlasse ich dieses heikle Thema, wo der Instanzenzug, der Beschwerdezug einfach nicht anzuwenden ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da hätte ich 2 Briefe vom Landesrat Wegart und vom Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl!“) Wenn Sie wollen, ich kann bei diesem Thema bleiben. Ich kann Ihnen die Beweise bringen. Ich wollte etwas anderes sagen. Ich wollte feststellen, daß es im Verhältnis zwischen Behörde und Staatsbürger eine Reihe von Materien gibt, die im Rechtswege nicht erfaßbar sind. Ich denke an den Fall, wo der Amtsarzt immer dann, wenn er Kinder zu untersuchen oder zu impfen hatte und die Kinder zu weinen begonnen haben, mit den Müttern zu schreien begonnen hat. Sicher ein bedauerlicher Fall. Aber solche gibt es viele. In der Öffentlichkeit besteht ein Unbehagen gegenüber der Behörde, zum Schluß deswegen, weil man der Meinung ist, hier könnte man sich nicht wehren.

Ich würde mir erlauben den Vorschlag zu machen, ob nicht die Steiermärkische Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Landtag einen steirischen Ombudsmann einführen möchte. Nachdem dieser Begriff Ombudsmann irgendwie ausländisch klingt, könnte man dem auch die Bezeichnung Beschwerdebrieffkasten, Beschwerdeanwalt oder dergleichen geben. Es müßte eine Stelle sein, an die der Staatsbürger sich auf direktem Wege wenden könnte, um dort seine Wünsche, seine Beschwerden und An-

regungen vorzubringen. Ich könnte mir vorstellen, daß bei jeder Behörde des Landes ein großes Plakat angebracht wird, wo steht: „Wenn Sie glauben, daß Sie sich zu Unrecht behandelt gefühlt haben oder daß Sie benachteiligt wurden oder wenn Sie glauben, daß Sie es besser machen könnten, wenden Sie sich dort und dort hin.“ Das ist eine Feststellung.

Nun gestatten Sie mir noch, auf ein anderes Thema kurz einzugehen. Auf Seite 7 des gegenständlichen Rechenschaftsberichtes findet sich die lakonische Feststellung: „Über das Forderungsprogramm der Bundesländer vom 23. März 1963 muß auch für dieses Berichtsjahr festgestellt werden, daß keine Fortschritte erzielt werden konnten.“ Ich möchte nicht zu den einzelnen Punkten dieses Programms Stellung nehmen. Aber vielleicht wird auch hier in diesem Hohen Haus einmal eine Debatte unter dem Titel „Wie groß sind die Rechte der Länder im Bundesstaat Österreich?“ stattfinden, und vielleicht könnten alle Länder gemeinsam Initiativen entwickeln, um in Fragen einer echten Verbesserung des föderalistischen Prinzips Fortschritte zu erreichen. Ich möchte hier nicht die Streitfrage, die für uns keine ist, behandeln, was besser ist, Zentralismus oder Föderalismus. Aber eines verursacht in der Öffentlichkeit Unbehagen, wenn die verfassungsrechtliche Theorie mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Gestatten Sie mir, nachdem ich durch das Vertrauen dieses Hohen Hauses die Ehre hatte, einige Jahre dem Bundesrat anzugehören, dazu einige Worte zu sagen. Nach der geltenden Staatsrechtslehre begründet sich das Wesen des Bundesstaates in einem Bund, zu dem sich die Länder freiwillig vereint haben. Der Bundesrat als Organ der Gliedstaaten, der Länder, soll verhindern können, daß der Bund die von ihm übertragenen Befugnisse gegen die Interessen der Länder ausnützt und davon gegen die Interessen der Länder Gebrauch macht. Die zweite Kammer soll daher Länderinteressen und nicht parteimäßige Standpunkte vertreten. Wie schaut die Wirklichkeit aus? Der Bundesrat hat kein Veto gegen Verfassungsgesetze, auch wenn sie Länderinteressen beschneiden. Die Vertretung erfolgt nicht im Sinne der Länder, sondern ist eine Wiederholung parteimäßiger Gliederung des Bundesvolkes. Ein Beispiel: Hier im Hohen Landtag wurde das steirische Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz einstimmig verabschiedet. Im Bundesrat ergaben sich widersprüchliche Auffassungen innerhalb jener Mitglieder des Bundesrates, die von diesem Landtag hier gewählt wurden. Die einen haben dafür, die anderen dagegen gestimmt. (Abg. Pölzl: „Die Roten waren dagegen!“) Es ist der jetzige Zustand sowohl für die Länder unbefriedigend, daher die Forderungsprogramme. Es ist dieser Zustand auch für die Mitglieder der zweiten Kammer, der Landeskammer, unbefriedigend, und es ist dieser Zustand für die gesamte politisch interessierte Öffentlichkeit unbefriedigend. Ich würde jedem, der sich mit dem Problem Föderalismus näher beschäftigen will, die Lektüre eines Werkes, das beim Salzburger Universitätsverlag herausgekommen ist, „Bundesstaat auf der Waage“, wärmstens empfehlen. Hier werden diese Probleme objektiv von der Sache her dargestellt. Die Diskussion um die Re-

form des Bundesrates wird so lange schon geführt, seitdem diese Institution verfassungsrechtlich eingeführt wurde. Das Ergebnis ist bis heute Null. Das ist bedauerlich. Ich möchte daher hier die Frage stellen an die Landesregierung: Mit Beschluß vom 22. Juni 1967 haben die Landeshauptleute Reformvorschläge zur Aufwertung der Länderkammer im Interesse der Länder einstimmig verabschiedet und der Bundesregierung und dem Nationalrat vorgelegt. Nach diesen Vorschlägen wäre ein Anfang gemacht, um die Länderkammer zu einem wirk-samen Instrument föderalistischer Ordnung zu machen. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade unser verehrter Herr Landeshauptmann in seiner Eigen-schaft als Vorsitzender des Bundesrates in der ersten Hälfte 1967 dieses Forderungsprogramm nachdrücklich für alle Bundesländer ohne Rücksicht ihrer politischen Mehrheiten vertreten hat. (Abg. Brandl: „Da war er nicht lange drinnen!“) Leider sind diese Vorschläge im neuen Forderungsprogramm der Bundesländer, das mit 20. Oktober 1970 der jetzigen Bundesregierung vorgelegt wurde, nicht enthalten. Ich hoffe sehr, daß diese Ausklammerung nicht bedeutet . . . (Landesrat Bammer: „Das Forderungsprogramm ist aber einstimmig beschlossen worden durch die Landeshauptleute!“ — Landes-hauptmann Krainer: „Das ist eine halbe Wahrheit: es erfordert Einstimmigkeit!“) Hier in diesem For-derungsprogramm scheinen also die Punkte, die den Bundesrat betreffen, nicht auf. (Erster Landeshaupt-mannstellvertreter Sebastian: „Es heißt: eine Zwei-drittelmehrheit, wenn Sie genau lesen, früher war Einstimmigkeit erforderlich, aber die monokolare Regierung hat ja nichts mehr erfüllt seit 1963!“) Ich möchte also feststellen, daß ich nicht hoffe, daß die Tatsache, daß diese — jetzt ist es ja nicht einmal drinnen im Bundesrat — (Unverständliche Zwischen-rufe.), nein, vom Bundesrat steht kein Wort drin-nen . . . (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Zwei Drittel der Landtage müssen zu-stimmen bei Verfassungsgesetzen!“) Ja, das ist rich-tig, aber es betrifft nicht die Institution der Länder-kammer, sondern das, was Sie meinen, heißt, daß die Landtage Verfassungsgesetze verabschieden müssen, aber es steht kein Wort vom Forderungs-programm des Jahres 1967 drinnen. (Landesrat Bammer: „Herr Kollege, im Bundesrat sind schon Größere gescheitert!“) Ich erlaube mir trotzdem, ob jetzt, Herr Landesrat, Größere oder Kleinere daran gescheitert sind, dieses Problem einmal aufzuzei-gen, denn damit, daß man überhaupt nicht davon spricht, wird sicher die Sache nicht besser, sondern nur schlechter. Ich möchte also abschließen, wenn die Landeshauptleutekonferenz jetzt in ihrem For-derungsprogramm überhaupt kein Wort über den Bundesrat spricht, so hoffe ich, daß das nicht bedeu-tet, daß sich auch die Landeshauptleutekonferenz der Auffassung eines ehemaligen Vorsitzenden des Bundesrates anschließt, der die klassische Bezeich-nung gemacht hat, die beste Aufwertung erfährt der Bundesrat dadurch, daß man über die Notwendig-keit der Aufwertung überhaupt nicht spricht. Das ist auch ein Standpunkt, aber sicher nicht der, der zielführend ist.

Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ab-schließend möchte ich feststellen, daß also dieser

Rechenschaftsbericht der Steiermärkischen Landes-regierung ein erfreuliches Dokument ist. Ich möchte aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses Do-kument nicht im Archiv verschwindet und eben gewissermaßen mit heutigem Tag ad acta gelegt wird, sondern daß man dort, wo man glaubt, Ziele nicht erreicht zu haben, alle Kraft und Energie an-wendet, um auch diese Ziele zu erreichen und zu verwirklichen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Piaty:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich habe gehört, daß ein Landtag, der sich durch ein besonders ausgepräg-tes demokratisches Bewußtsein auszeichnet, nämlich der Landtag in Vorarlberg, sich ganz besonders mit diesem Tagesordnungspunkt, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, beschäftigt, und zwar in einem Aus-maß, das quantitativ und ich hoffe auch qualitativ, über das der Budgetdebatte hinausgeht. Das gibt mir den Mut, zum vorliegenden Bericht zu einem Kapitel Stellung zu nehmen, das mir berufsmäßig zusteht, nämlich dem steirischen Krankenanstalten-wesen. Aber da das meine Erstlingsrede im Hohen Haus ist, gestatten Sie, Herr Präsident, daß ich einige persönliche Bemerkungen voranstelle. Zu-nächst möchte ich jenen mir persönlich unbekanntem Männern danken und die Reverenz erweisen, die in der steirischen Volkspartei die Idee und den Ge-danken der Vorwahlen gehabt haben. Und zwar deshalb, nicht, weil ich vielleicht, ich weiß es nicht genau, ein Produkt dieser Vorwahlen bin (Heiter-keit bei der SPÖ. — Abg. Fellingner: „Das glaube ich nicht!“ — Abg. Pözl: „Kaum stehen Sie vor einem Doktor, schon machen Sie den Mund auf!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.), meine Damen und Herren, ich verstehe Ihre Aufregung nicht ganz!

Meine Damen und Herren, eigentlich müßten wir über alle Parteien froh und glücklich sein, wenn jemand eine Idee und genügend Phantasie aufbringt, unseren demokratischen Stil um ein Stück weiter zu verlebendigen und zu attraktivieren. (Abg. Zin-kanell: „Das hat auch Bundeskanzler Dr. Kreisky getan!“) Weil Sie mir gerade das Stichwort Kreisky sagen, wissen Sie, es kommt nicht darauf an, da-von zu reden, sondern auch etwas zu tun. (Abg. Brandl: „Das hat er beim ORF getan!“) Man kann, wie Sie es machen, vom Demokratisieren reden, aber die nackte politische Machtmanipulation mei-nen, wie es beim ORF der Fall zu sein scheint. (Bei-fall bei der ÖVP.)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir, um es noch einmal zu betonen, über alle Parteien den Mut haben sollten, der Demokratie in einer sich wandelnden Gesellschaft mehr Chancen und mehr Zukunft zu geben, indem wir versuchen, zum Beispiel den Widerspruch, den der Kollege Eberdor-fer vorhin schon zitiert hat, zwischen geschriebener Verfassung und gelebter politischer Wirklichkeit schrittweise abzubauen. Ich denke zum Beispiel an den § 23 unserer Landesverfassung, ich denke aber auch zum Beispiel an die Tatsache, die zwar — wie ich aus Protokollen lese — mehrfach moniert wird,

aber nie befolgt wird, daß die Regierungsmitglieder, wenn sie Zwischenrufe anbringen wollen, sich hinuntersetzen müßten in die Abgeordnetenbank, weil es geschäftsordnungsmäßig so vorgesehen ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das sagen Sie Herrn Landesrat Peltzmann!“ — Abg. Brandl: „In die Bank muß er gehen!“ — Weitere Zwischenrufe.) Wie ich überhaupt meine, daß wir einiges dazutun könnten und dazutun sollten und daß es nur des Engagements des Abgeordneten bedürfte, denn was wir brauchen ist, daß wir die Demokratie attraktiver gestalten. Sie muß wieder interessant werden. (Abg. Prensberger: „Die Demokratie ist immer interessant!“) Denn, meine Damen und Herren, die Wahlpflicht kaschiert vielfach jene zunehmende Verdrossenheit mit unserem politischen Stil, wie er in jenen Bundesländern zum Ausdruck kommt, wo von Mal zu Mal der Prozentsatz der Nichtwähler immer größer wird. Das ist eine Aufgabe, der wir uns verpflichten sollten und zu der ich gerne als Neuling in dieser Runde beitragen möchte.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich zum Thema komme. Der Mensch ist der Mittelpunkt jeglicher Politik. Sichtbar und fühlbar ist dies ganz besonders in der Gesundheitspolitik. Ich wünsche es niemandem von uns, aber es ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß jeder von uns im Laufe seines Lebens mit dieser Tatsache konfrontiert werden wird. Und jedermann hat das Recht, ganz gleich wo er lebt, ob er jetzt in den Gebieten der Obersteiermark, einem Lieblingsgebiet des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, oder in der Ost- oder Südsteiermark oder in Graz lebt, daß er eine optimale ärztliche Betreuung erfährt.

Die Steiermark ist der größte Spitalerhalter nach Wien, 882 Millionen bei einem 4-Milliarden-Budget, das sind Zahlen, die für sich selbst sprechen. Aber gerade diese Tatsache, meine Damen und Herren, zwingt eines, nämlich, daß die Begrenztheit der Mittel mit einem Maximum und einem Optimum an Effektivität verwendet wird. Dafür zu sorgen ist Aufgabe des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Adalbert Sebastian.

Nun kann ich nicht herum, einen gewissen Widerspruch aufzuzeigen, der zwischen politischer Deklaration und politischer Wirklichkeit besteht. (Abg. Gerhard Heidinger: „So wie Diagnose und Therapie!“) Seit ich die sozialistische Politik kenne, höre ich immer wieder das Wort „Plan“. Von der Wiege bis zum Grab wird alles organisiert und geplant. Nur, wenn man die Struktur des steirischen Krankenanstaltenwesens näher betrachtet und analysiert kann man leider von einer Planung in diesem Ordnungsbereich nichts feststellen. Nicht nur, meine Damen und Herren, daß die Einnahmenseite der Krankenanstalten nicht mit jenem Nachdruck, mit jener Intensität und mit jenem Erfolg vertreten wird, wie es notwendig wäre. (Landesrat Gruber: „Das waren lauter einstimmige Beschlüsse der Landesregierung!“ — Abg. Pözl: „Auch einstimmige Beschlüsse können falsch sein!“ — Abg. Brandl: „Sie wollen eine Mehrbelastung der Versicherten!“ — Weitere lebhafte Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen empfehlen, weniger die Lautstärke, sondern das Ge-

wicht von Argumenten zu wählen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich kann nur die Sprache der Zahlen zitieren. (Zwischenruf: „Einstimmige Regierungsbeschlüsse!“) Sie gestatten, daß ich mir als Abgeordneter das Recht herausnehme, auch Beschlüsse einer Kritik zu unterziehen, die einstimmig gefaßt wurden. Die Personalkosten betragen 630 Millionen Schilling — so sind sie ausgewiesen im Budget 1969, die Einnahmen aus den allgemeinen Verpflegungsgebühren mit 285 Millionen Schilling.

Ich möchte hinweisen — wir werden darüber noch zu reden haben — auf die Rolle der Privatversicherungen, die in der Steiermark am billigsten wegkommen. Ich möchte auch nicht vergessen, auf einen Faktor hinzuweisen, von dem leider nie gesprochen wird, nämlich den Beitrag des Bundes zum sogenannten klinischen Mehraufwand, der 1950 vom damaligen Landeshauptmannstellvertreter Machold mit 18 % der sehr reduzierten Betriebsausgaben festgelegt wurde und der im Budget mit 22 Millionen Schilling ausgewiesen wird. Dafür werden dem Bund 1640 Krankbetten zur Verfügung gestellt. Wenn Sie das umlegen, bedeutet das 37 Schilling pro Bett und pro Tag. Ich glaube, daß es hier Aufgabe des zuständigen Referenten wäre, beim Bund ehebaldigst größere Mittel zur Deckung des klinischen Mehraufwands zu fordern. (Abg. Brandl: „Wie sich die Zeiten ändern!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Zur Tatsache, daß im Bereich des steirischen Krankenanstaltenwesens von einem Plan nicht gesprochen werden kann — außer in einer Wahlbrochure habe ich die Mär gelesen — aber in den Fakten werden Sie keinen Plan sehen, möchte ich Ihnen einige Beispiele bringen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian hat in der letzten Budgetdebatte laut Protokoll davon gesprochen, daß das Landeskrankenhaus Graz eine einzige große Baugrube sei. Ich bitte Sie, mit Ihrem geistigen Auge mir beim Besuch dieses Krankenhauses zu folgen. Es stimmt! Es ist eine einzige Baugrube mit einem System permanenter Verschandelung. Denn wenn Sie auf den Ruckerlberg gehen zum Beispiel und dort hinunterschauen, dann werden Sie das neue chirurgische Gebäude sehen. Inmitten einer Anstalt, die mit einer erstklassigen Baugesinnung des Jugendstils 1906 gebaut wurde, hat man einen häßlichen Betonkasten hineingestellt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wer hat denn das geplant, wer hat denn das gebaut?“) Ein häßlicher Zweckbau, wobei der Zweck vielfach verfehlt wurde. (Abg. Brandl: „Wer ist der Baureferent?“ — Weitere Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich kann Ihnen nur sagen, über den Zweck werden wir uns noch unterhalten. (Landesrat Gruber: „Da hat die Landesbaudirektion total falsch geplant! Diese Beleidigung verdienen die Beamten nicht! Das muß ich Ihnen sagen!“) Ich würde Ihnen empfehlen, die Hauptstraße des Landeskrankenhauses zu betreten und dort den Wald von Verkehrsschildern zu studieren und zu fragen, was das gekostet hat. Im ganzen Krankenhaus, dem größten Krankenhaus, finden Sie . . . (Abg. Brandl: „Das hat noch niemand gesagt in dieser Form, das ist Ihnen vorbehalten geblieben!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, bei einer Diskussion ist eine der Künste nicht nur das Reden, sondern auch das Zuhören. (Abg. Pichler: „Ich habe Sie bisher höher eingeschätzt!“) Ich komme auf das alles noch zurück. Auch auf die Fragestunde. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Ich möchte feststellen, in einem Krankenhaus mit über 3000 Betten gibt es kein Zentrallabor. Sollte Ihnen, meine Damen und Herren, an einem Samstag oder Sonntag ein Malheur, eine schwere Krankheit oder ein schwerer Unfall passieren, so müssen Sie warten bis Montag früh. Dann erst sind wir in der Lage, jene Untersuchungen durchzuführen, die bei lebensbedrohlichen Erkrankungen für die Behandlung Voraussetzung sind. (Abg. Pözl: „Bitte genau zuhören!“ — Abg. Pichler: „Der Herr Landeshauptmann soll auch genau zuhören!“) Meine Damen und Herren, damit kein Mißverständnis entsteht. Die Verantwortlichkeit der Abteilung 12, Krankenanstaltenwesen, hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian. (Abg. Zinkanell: „Sind das die einstimmigen Beschlüsse, von denen früher gesprochen wurde?“) Ich möchte noch weiter aufzählen. Wir im Krankenhaus Graz mit 3000 Betten leisten uns den Luxus, drei Isotopenlabors zu haben, wo größere, bessere und modernere Krankenhäuser mit einem auskommen. Es ist besser, ein Labor erstklassig ausgerüstet zu haben, als drei Labors schlecht auszurüsten. Wir haben — zum Thema Zentrallabor — 12 Flammenphotometer im Landeskrankenhaus Graz, wo bestenfalls zwei genügen würden. Wir haben 135 medizinisch-technische Assistentinnen, wo in einem Zentrallabor die Hälfte der Laborantinnen notwendig wäre. (Abg. Pichler: „Ihre Kollegen werden eine Freude haben! Die Herren Klinikvorstände winken schon da draußen! Das müssen Sie alles Ihren Kollegen sagen, nicht uns!“) Da brauchen Sie keine Angst haben. Ich kann Ihnen, wenn es Sie sehr interessiert, den Brief eines Kollegen vorlesen. Er ist am 1. Juni an mich gerichtet worden von einem Dozenten. Er schreibt hier an die Ärztekammer: „Warum wird kein Einfluß auf die miserable Spitalsorganisation genommen? Wir haben einen Hubschrauberlandeplatz, müssen aber im Spital eine Stunde am Telefon hängen, um jemanden zu finden, weil es keine vernünftige Telefonzentrale mit Funk gibt. Angeblich gibt es dafür zuwenig Stellen. Dabei verwenden wir täglich unzählige Stunden Arbeitskraft damit, daß Leute mit Konsiliarzetteln einander kreuzend herumlaufen. Wenn man schon in dem alten Bau keine Rohrpost machen kann, so doch ein vernünftiges Kommunikationssystem. Von Freitag mittag bis Montag früh gibt es praktisch keinen hochqualifizierten Laborbefund mehr. Dafür stehen etliche sehr teure Apparate mehrfach und zum Bruchteil genützt in verschiedenen Kliniken parallel. Man kann nicht von heute auf morgen den Spitalsaufbau in Graz anregen. Aber es muß doch endlich einmal klar ausgesprochen werden, daß dieses Monsterhospital mit jeweils listig angefügten Zu- und Auswüchsen völlig unrationell und schlecht in der Patientenversorgung ist. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die bestfunktionierenden Spitaleinheiten heute bei 1500 Betten liegen. Ich höre noch immer nach

wie vor mit Stolz hervorheben, wie groß unser Spital sei. Man sollte es eher schamhaft verschweigen und auf Neuregelungen dringen. Überhaupt wird jeder medizinische Fortschritt durch Zentralismus gebremst. Es gehört nicht nur in Graz ein zweites Schwerpunktkrankenhaus, sondern neue Abteilungen in der ganzen Steiermark.“ Das ist die Meinung des Dozenten, und nicht nur meine. (Abg. Pichler: „Wir haben mehrere Briefe erhalten!“ — Landesrat Gruber: „Da müssen wir einmal nachsehen, was die Zentralkommission für Vorschläge gemacht hat, um diese Mißstände abzustellen!“ — Zwischenruf des Abg. Pözl. — Landesrat Gruber: „Also das Bauamt hat versagt, das haben wir ja von Ihnen gehört!“ — Zahlreiche weitere Zwischenrufe.)

Ihre Folgerungen sind nicht richtig. Ich spreche vom Verantwortungsbereich Ihres Landeshauptmannstellvertreters, Ihres Landesparteiobmannes. Sie hatten ja ein Humanprogramm! (Abg. Brandl: „Das haben wir noch!“ — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Pichler: „Diese Baudirektion!“) Wissen Sie, was wir brauchen? Wir brauchen ein steirisches Humanisierungsprogramm. Das würde ich Ihnen vorschlagen. Nicht einen Monsterbau hinstellen um 220 Millionen Schilling, und nicht, wie wir heute gehört haben, mit 290 Betten. Denn, meine Damen und Herren, laut Auskunft der Abteilung 12 ist der Netto-Bettengewinn dieser Klinik 67 Betten, das heißt, 67 Betten werden um 220 Millionen Schilling gebaut, das bedeutet 3,2 Millionen Schilling für ein Bett. (Abg. Brandl: „Ein ausgezeichneter Rechenkünstler, das habe ich in 17 Jahren nicht gehört!“ — Landesrat Gruber: „Das war genauso wie Ihre Rechenkünste im Rundfunk über die verschiedenen Gebühren!“) (Präsident: — Glockenzeichen. — Ich bitte den Herrn Redner fortzufahren.)

Ich weiß, daß es Ihnen furchtbar unangenehm ist, daß jetzt die Fassaden eines Potemkinschen Dorfes Stück für Stück eingerissen werden. Denn, meine Damen und Herren, noch eines muß ich Ihnen sagen, wo haben Sie . . . (Landesrat Bammer: „Das habt ihr alle bis heute nicht bemerkt!“) . . . wollen Sie nicht hinuntergehen, wo Sie hingehören? (Landesrat Gruber: „Der ganze Landtag und die ganze Landesregierung mußten warten, bis Sie kommen, um das aufzuzeigen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Also, meine Damen und Herren, ich muß Ihnen anscheinend furchtbar auf die Zehen treten, daß Sie gar so laut schreien. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Ich frage Sie und ich frage den Herrn Referenten, der jene Prestigeprojekte zu verantworten hat, wo wurde zum Beispiel für den alten Menschen ein Bett in der Steiermark geschaffen? (Landesrat Gruber: „Was sind denn dann die Altersheime und Landesfürsorgeheime?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Pözl: „Wenn man euch zuhört, dann hört man nur „Bla, bla!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist nur der Widerhall!“ — Glockenzeichen des Präsidenten!) Jedenfalls, um dieses Geld, das man für 67 Betten ausgegeben hat, hätte man 600 Betten für alte Menschen bauen können. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie werden nicht einmal in Fürstenfeld fertig!“)

Nun eine andere Frage, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eine andere Frage, eine Gretchenfrage, nicht die vom Faust, wie es mit der Religion steht, sondern eine Gretchenfrage, wie es eigentlich mit Ihrem Empfinden um die soziale Gerechtigkeit steht? Ich nenne das deswegen hier, weil auf der Seite 106 drinnen steht: Verhandlungen mit der Ärztekammer und den Primärärzten über eine Erhöhung des Anteiles der beihilfeleistenden Ärzte an den Sondergebühren. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß das System der Sondergebühren krasse Verzerrungen widerspiegelt, die also jeglichen Grundbegriffen der sozialen Gerechtigkeit widersprechen. Ich sage das ganz deutlich und mit aller Absicht und auch in meiner Eigenschaft als Präsident der Ärztekammer. (Abg. Gerhard Heidinger: „40 % erhalten die Primärärzte!“) Jawohl, 40 % Primar, 15 % beihilfeleistende Ärzte und 45 % das Land Steiermark. Ich würde Sie ersuchen, meine Herren, bevor Sie laut schreien, in Ihrem Klub Ihren Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian zu fragen (Abg. Pözl: „Hinter verschlossener Tür, bitte.“), hinter verschlossener Tür, warum er wider jegliche Vernunft, wider jegliche Logik und wider jegliches soziales Empfinden das System eines versteinerten Patriarchats gerade im Landeskrankenhaus Graz mit allem Nachdruck aufrechterhält.

Denn, meine Damen und Herren, die Verhandlungen sind bis heute deswegen zu keinem guten Ergebnis gekommen, weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter, der Referent, nicht in der Lage war, jene Autorität zu entfalten, damit es zu einem Ergebnis kommt. Im Gegenteil, mit einer Reihe von taktischen Finten hat er immer wieder versucht, ein Ergebnis hintanzuhalten. Aber eines kann ich hier sagen, Sie müßten wissen, daß es Klinikchefs gibt, die über 300 Betten verwalten und daß diese Klinikchefs das 25- bis 30fache dessen an Sondergebühren vereinnahmen wie jene Ärzte, die die Arbeit an diesen 300 bis 350 Betten machen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Bravo!“ — Abg. Pözl: „Das ist zu nieder gegriffen!“) Und ich frage mich, ob der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, der Landesobmann der Sozialistischen Partei, es mit seinem sozialen Gewissen vereinbaren kann, als Schutzherr und Gralshüter unhaltbarer Zustände aufzutreten. (Abg. Prensberger: „Das sind Behauptungen!“ — Abg. Pözl: „Das sind Wahrheiten!“ — Abg. Zinkanell: „Es kommt ja die Antwort darauf!“) Ich kann für meine Behauptung jedem, der es wissen will, extra meine Unterlagen zur Verfügung stellen, damit Sie etwas wissen, was Sie anscheinend als Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages bisher weder wissen, noch zu hören bekommen haben. (Abg. Zinkanell: „Wir werden es noch erfahren!“) Ich mache Sie darauf aufmerksam. (Abg. Brandl: „Wenn Sie uns erhalten bleiben, erfahren wir noch viel!“) Der liebe Gott möge dafür sorgen. (Abg. Brandl: „Und noch jemand, die Parteileitung!“) Bei uns herrschen demokratischere Verhältnisse als bei Ihnen. Ich möchte auf jeden Fall darauf hinweisen, daß dieser Zustand geeignet ist, die Situation im Krankenhaus à la long zu demoralisieren. Es kann nicht gleichgültig sein, meine Damen und Herren, wenn die jungen Ärzte diese schlechten Beispiele permanent zu sehen und zu spüren

bekommen. Es ist nicht gleichgültig für das Pflegepersonal, und es ist nicht gleichgültig für die weitere Zukunft des Gesundheitswesens. Und ich wehre mich mit aller Entschiedenheit, wenn der Herr Referent in einer Regierungssitzung am 3. November einen Beschluß herbeigeführt hat, der geeignet gewesen wäre, wäre er realisiert worden, den sozialen Frieden im Krankenhaus auf diesem Sektor herzustellen bzw. eine Verschlechterung zu verhindern. Es hat sich um einen Betrag von 1.400.000 Schilling gehandelt, das sind anderthalb Promille jener Summe, die vom Krankenhaus ausgegeben werden. Und wer sagt, er kann es nicht, diese 1,4 Millionen Schilling aufbringen, der ist nicht glaubhaft, wenn er mit halbem Herzen und mit halben Maßnahmen für die Einnahmen der Krankenanstalten sorgt. Und er ist nicht glaubhaft, wenn er nicht in der Lage war, Normen der Rationalität, der Objektivität und der planbaren Effektivität im steirischen Krankenanstaltenwesen einzuführen.

Ich lade Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, von dieser Stelle ein, mit mir in einer großen offenen Versammlung des Krankenhauspersonals und der steirischen Ärzte offen zu diskutieren, welche Gründe Sie haben, dieses überlebte System mit aller Gewalt aufrechtzuerhalten, und ich werde mir das Recht herausnehmen, die Gründe darzulegen, warum gerade wir Ärzte innerhalb des Ordnungsbereiches der Medizin den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in aller Konsequenz herstellen wollen. (Landesrat Dr. Klauser: „Auch bei der Gebührenordnung?“) Auch bei der Gebührenordnung. (Landesrat Dr. Klauser: „Bravo, das hören wir zum ersten Mal!“) Wir sind sehr wohl dafür, daß die persönliche Leistung honoriert wird. Wir sind aber nicht dafür, daß man medizinische Großbetriebe künstlich hochzuchtet. (Landesrat Dr. Klauser: „Bravo! Das hören wir zum ersten Mal!“ — Abg. Pözl: „Ihr habt ja nicht zugehört!“) Es geschehen ja merkwürdige Dinge. Das letzte Protokoll war meine Sommerlektüre. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter lud zu einem Filmabend, wo man etwas über Augenoperationen sehen konnte. Es kommt hier jene wunderschön naive Laiengläubigkeit hervor, wie sie auch im Faustzitat zum Ausdruck kommt: „Ein Titel muß sie erst vertraulich machen, daß ihre Kunst viel Künste überstreckt.“ Denn das war ein sehr teurer Filmabend. Er hat dem Land Steiermark 20 Millionen Schilling gekostet, weil nicht zuletzt auf Grund dieses Filmabends die Zubauten der Augenklinik gemacht wurden. Man hat ein Forschungslabor für die Frauenklinik gemacht um 7 Millionen Schilling. Ich sage noch einmal, Forschung wohl, aber ein Zentrallabor hat man nicht gemacht, und das wäre seit 10 Jahren mehr als notwendig gewesen. Wir werden, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sicherlich in Zukunft noch sehr oft die Gelegenheit haben, über das Thema des Krankenhauses zu sprechen. Die Herren werden sich in der Zwischenzeit beruhigen, denn sie werden daraufkommen, daß meine Informationen leider richtig sind. (Landesrat Dr. Klauser: „An Einbildung mangelt es Ihnen nicht!“ — Abg. Prensberger: „Sie müssen aber auch anerkennen, daß für die Ärzte im Land Steiermark viel getan wurde!“) Ich habe nicht bestritten, daß viel gemacht

wurde und viel gemacht wird. Wesentlich ist, daß Sie durch meine Ausführungen erstmalig Informationen bekommen haben.

Es wird heute viel von der Transparenz der Dinge gesprochen. Ich muß sagen, woher bekommen Sie sonst Ihre Information? Hier stehen sie nicht drinnen. In der Budgetdebatte stehen sie auch nicht drinnen. Man muß sich auch diese Information vielfach mühselig herausuchen. Ich nehme mir die Freiheit heraus, diese Information zu holen, und ich unterbreite Ihnen diese Informationen. Die Schlußfolgerungen zu ziehen, das überlasse ich Ihnen. Ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian, meine Ausführungen waren vielleicht ungewohnt für Ihre Ohren. (Abg. Pichler: „Ungefärbt wäre schöner!“) Ich hoffe, sie werden eine gewisse Selbstkritik auslösen. Sie werden Sie veranlassen, uns mehr zu informieren, und sie werden Sie veranlassen, klarer zu entscheiden, optimalste Lösungen für die Menschen zu suchen, die in den steirischen Krankenanstalten Heilung und Zuflucht suchen.

Das Krankenhaus ist der ungeeignetste Ort zum Exerzieren Ihrer Gefälligkeitsdemokratie. Hier dürfen nicht irgendwelche Sentiments, Ressentiments, parteipolitische Momente und persönliche Momente eine Rolle spielen, sondern nur eine sachorientierte, objektive Politik. Gerade weil die finanziellen Mittel begrenzt sind, müssen wir jeden Schilling, den wir für das Krankenhaus ausgeben, dreifach umdrehen und uns fragen, ob wir mit diesem Schilling den optimalsten Effekt erzielen. Dabei, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werden Sie unsere und meine Unterstützung immer wieder haben.

Nur eines möchte ich Ihnen persönlich wünschen und wirklich aus vollem Herzen und auf Grund der jahrelangen Erfahrung: Ihre politischen Vorfahren waren gekennzeichnet durch den Mut vor Königsthronen. Mögen Sie den Mut zeigen vor Autoritäten, auch wenn sie im Professorentalar stecken. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian:** Ich bin sehr froh, daß im Rahmen des Berichtes über die Tätigkeit der Landesregierung über die Probleme der Krankenanstalten gesprochen wurde. Ich hätte mir nur von einem Arzt etwas mehr Sachlichkeit erwartet bei dieser Diskussion. Ungewohnt, daß darüber diskutiert wird, bin ich nicht, und es ist für mich auch nicht ungewohnt, Sie, Herrn Primarius Dr. Piaty, zu hören. Ich kenne Sie dazu lange genug. Sie werden mir, nachdem ich Ihnen mit viel Interesse zugehört habe, gestatten, daß ich nur einige Dinge sage. Es lohnt sich nicht, auf alle einzugehen. Seien Sie mir nicht ungehalten. Ich nehme das Wort eines Abgeordneten sehr ernst. Aber, wenn er mit der billigen Demagogie, daß 67 Betten um einen Betrag von 200 Millionen Schilling gebaut wurden, hier ins Hohe Haus kommt, dann muß ich sagen, ist das nicht nur für mich eine Beleidigung, sondern für alle Damen und Herren, die in den Jahren vorher hier drinnen ge-

sessén sind, und namentlich für die Regierung, für die ganzen Leute, die sich damit durch Jahre den Kopf zerbrochen haben und die die Pläne dafür gemacht haben und in der Welt herumgefahren sind und sich die Dinge angesehen haben, ehe sie begonnen haben. Aber das ist Ihre Sache. Ich nehme jedenfalls für mich und für meinen Teil und für die Beamten und für die Ärzte, die da gewissenhaft durch Jahre geplant haben, und für das Bauamt in Anspruch, daß ich mich schützend vor sie hinstelle und Ihnen erkläre, daß es im höchsten Maße eine Demagogie ist zu sagen, daß über 200 Millionen Schilling für 67 Betten ausgegeben wurden (Beifall bei der SPO.), zumal das Bauamt nicht mir untersteht, sondern dem Landeshauptmann. (Abg. Pözl: „Wie viele Betten sind es wirklich, Herr Landeshauptmannstellvertreter?“ — Zwischenruf von der SPO: „Lassen Sie ihn ausreden!“) Es ist sicherlich viel Geld. Ich muß Sie enttäuschen, es werden nicht einmal 67 Betten gewonnen, sondern es werden mehr um 50 Betten (Abg. Pözl: „Dann stimmt es ja!“) — die Neurochirurgie —, weil ein Beschluß der Landesregierung vorliegt, mit Rücksicht auf die Größe des Krankenhauses keine Bettenvermehrung mehr vorzunehmen — der Beschluß ist etliche Jahre alt —, weil es wirtschaftlich nicht mehr verkraftbar und überschaubar ist. Das auch noch zu Ihrer Information.

Nun zum Geld, meine Damen und Herren! Natürlich ist es viel Geld. Die Tatsache, daß es so viel Geld ist, war immer wieder Anlaß heftiger Diskussionen im Finanz-Ausschuß, in der Landesregierung und im Hohen Haus. Man sollte nicht nur davon sprechen, daß die Ausgaben bei den Spitälern über 800 Millionen Schilling betragen, man sollte doch auch sagen, daß Einnahmen von über 600 Millionen Schilling da sind. Mit der Gesundheit kann man keinen Verdienst machen. (Abg. Pözl: „Wer redet denn vom Verdienen?“) Wenn Sie das wollen, stellen Sie die Anträge dafür. Ich werde mich jedenfalls nicht dafür verwenden, daß man mit der Gesundheit so wie mit der Schule und Kultur einen Verdienst macht. Nun haben die Landesregierung und der Landtag natürlich die Möglichkeit zu sagen, 200 Millionen Schilling Zuschuß sind zuviel und 300 Millionen Schilling sind auch zuviel. In diesen 200 Millionen Schilling und 300 Millionen Schilling Spanne liegt das freie Entscheidungsrecht des Hohen Hauses und der Regierung. Wir brauchen nichts bauen, wir brauchen nichts investieren, und dann werden wir auskommen mit den Beträgen. Das, was wir bauen, ist nicht umlegbar nach dem Gesetz auf die Sozialversicherungsträger. Das ist das freie Beschlußrecht des Landtages. Von diesem Gesamtbetrag fallen nur 37 % überhaupt in meine Ressortzuständigkeit und 63 % in die Personalabteilung, für die ich nicht annehme verantwortlich gemacht zu werden. Diese 37 % waren ursprünglich vom Gesamtkuchen 51 %. Wir hatten noch vor 10 Jahren von dem gesamten Betrag, der zur Verfügung stand, 51 % für den Sach- und Bauaufwand zur Verfügung. Mit Rücksicht auf das enorme Anwachsen der Personalkosten ist der Betrag, der für den Sachaufwand zur Verfügung steht, auf 37 % zusammengeschnitten. Das heißt aber hier noch, wenn man mit der modernen Entwicklung Schritt halten will,

daß hier a priori schon eine enorme Rationalisierung drinnen steckt, sonst würde man nicht auskommen. (Abg. Dr. Piaty: „Siehe Überdruckkammer, mit 3 Ingenieuren! 12 Millionen Schilling die Überdruckkammer plus die Kosten für 3 Ingenieure!“) Wir können auch über die Überdruckkammer diskutieren, wenn Sie wollen. Noch von dem Vorgänger des Hofrates Mittelbach wurden die ersten Schritte gemacht. Ich nehme an, daß die Landesregierung deshalb einen leitenden Arzt als Direktor einsetzte im Landeskrankenhaus und einen Arzt als Sanitätsdirektor einsetzt. Ich habe den damaligen Krankenhausdirektor befragt, ob das notwendig ist, ich habe die Sanitätsdirektion befragt, und Sie wissen, daß Professor Dr. Spath als die Autorität in der Chirurgie gilt, und es hat kein Mensch und auch nicht der Herr Dr. Piaty, der auf der 2. Med. tätig war, gesagt, diese Investition ist eine Fehlinvestition, die darf nicht gemacht werden. Niemand hat das gesagt, sondern alle vom ärztlichen Standpunkt her haben unterstrichen, wie notwendig das ist. (Abg. Dr. Piaty: „Und die 250 Posten für die neue Chirurgie?“)

Versuchen Sie nicht, hier billige Propaganda zu machen. Meine Damen und Herren! So ist es mit dem Verhältnis, wie ich es Ihnen jetzt gesagt habe, in Prozenten und mit dem Bau ebenso. Es wäre aber widersinnig zu sagen, überall ist alles in Ordnung, alles funktioniert bestens, ein Krankenhaus in der Größe ließe sich so exakt führen. Na, das ist ja keine Neuerung, verehrtester Herr Präsident, die Sie uns da erzählen, daß ein Krankenhaus mit 800 bis 1000 Betten übersichtlicher und leichter zu führen ist. (Abg. Dr. Piaty: „Nur tun Sie nichts!“) Das wissen wir doch, dann sagen Sie halt, reißt doch da draußen das alte Krankenhaus nieder und baut fünf, sechs solche mit 800 oder 1000 Betten. Das ist ja alles eine Binsenweisheit, schauen Sie, das kann heute jeder, der braucht kein Arzt zu sein, in den darüber aufliegenden Broschüren und Büchern lesen. Wenn Sie vom Klinikum in Berlin sprechen, ich habe es mir angeschaut, da sind auch nicht 800 oder 1000, sondern da sind 1800 Betten, und dann ist noch eine große Poliklinik dabei. Zur 1. Chirurgie. Wissen Sie, ich mag es mir nicht einfach machen, und es herrscht bei aller Gegensätzlichkeit in politischen Auffassungen in der Regierung — und der Herr Landeshauptmann hat das bei dem Bericht herausgestrichen — eine gewisse Gemeinsamkeit für Dinge, die das ganze Land interessieren und brennende Probleme sind. Ich sage Ihnen nur so viel, wenn es Ihnen ernst ist um die Dinge, wie so das Haus so und nicht anders dort steht, dann gehen Sie zum Herrn Landeshauptmann und lassen sich aufklären. Und wenn Sie dann noch einmal hier im Hohen Hause darüber reden, dann sage ich Ihnen meine Meinung. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Pözl: „Die Abgeordneten klatschen, wenn ein Regierungsmitglied einem Abgeordneten die Meinung sagt! Ihr laßt euch ja prügeln von euren Regierungsmitgliedern!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe von der SPÖ.)

Zum Thema Zentrallabor, meine Damen und Herren. Das Krankenhaus Graz wurde gebaut zwischen 1905 und 1912. Damals war man der Auffassung, daß das Pavillonsystem, das getrennte Unterbringen

der einzelnen Fachrichtungen, der ideale Stil aus den verschiedensten medizinischen Gründen sei. Es läßt sich in einem solchen Krankenhaus, wenn es so lange besteht, mit den diversen Universitätskliniken noch dazu, meine Damen und Herren, nicht sofort alles ändern. Übersehen Sie das nicht, das sind nicht nur landschaftliche Primariate. Wenn man sich noch so bemüht und sagt, es müßte doch ein Zentrallabor geschaffen werden — und da, verehrtester Herr Primarius, habe ich auch nicht auf Ihre Weisheit gewartet, sondern wenn Sie sich der Mühe unterziehen und beim Landessanitätsrat nachlesen, dann werden Sie sehen, daß sich der Landessanitätsrat sehr eingehend mit dieser Frage befaßt hat . . . (Abg. Dr. Piaty: „Sie sollten sich eines anderen Tones befleißigen!“ — Zwischenrufe von der SPÖ: „Sie auch!“ — „Das ist doch eine unerhörte Frechheit, so etwas!“ — „Das ist doch unerhört!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Abg. Piaty, ich bin erstens einmal auch Abgeordneter, und zum zweiten . . . (Abg. Zinkanell: „Das ist doch unerhört, das ist eine Arroganz sondergleichen!“ — Abg. Schön: „Der Herr Landespartei sekretär hilft ihm noch fest!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Abg. Piaty, wie man in den Wald hineinruft, so hallt es zurück, auch in der Demokratie. Ich sage noch einmal Zentrallabor. Herr Hofrat Mittelbach, Zentrallabor, hat sich über meinen Wunsch und Auftrag sehr wohl mit der Frage wiederholt befaßt, sie war auch Gegenstand von Beratungen im Landessanitätsrat, also im obersten Gremium, das dem Landeshauptmann zur Verfügung steht. Es ist die einhellige Auffassung vertreten worden, es läßt sich unter den derzeitigen Voraussetzungen mit den 11 Kliniken, weil die ja sagen, sie müssen Lehre und Forschung betreiben, also das Labor a priori für sich beanspruchen, ein Zentrallabor nicht installieren. Ich habe dann, als sich die Primärärztevereinigung als Verein neu konstituiert hat, der Sie angehören, bei dem ersten Antrittsbesuch des Ausschusses der Primärärztevereinigung, gebeten, mir Rationalisierungsvorschläge für die Spitäler, für das Krankenhaus zu machen und mir zu unterbreiten, welche Möglichkeiten sie als Ärzte sehen, daß man ein Zentrallabor installieren kann im Krankenhaus Graz. Meine Bitte hatte den Erfolg, daß mir der derzeitige Zentrallabor des Krankenhauses Prof. Hofrat Greif und Ihr Vorgänger im ÖVP-Klub Herr Prim. Dr. Stepantschitz erklärt haben, jawohl, das kriegen Sie von uns, das machen wir. Ich habe es bis heute nicht, weil es einfach nicht realisierbar ist. (Abg. Dr. Piaty: „Sie sind der Referent, nicht Dr. Stepantschitz und Dr. Greif!“ — Landesrat Gruber: „Wozu der Sebastian überhaupt einen Arzt braucht? Warum operieren Sie nicht selbst, Herr Landeshauptmannstellvertreter?“)

Und nun zum Hubschrauber-Landeplatz. Es kann sein, daß die Auffassung besteht, der Hubschrauber-Landeplatz sei etwas, was man nicht benötigt, und daß man sich sicher anderer Transportmittel bedienen kann. Wir sind nicht die einzigen, die einen Hubschrauber-Landeplatz am Krankenhaus bauen, das Unfallkrankenhaus tut es auch, und die Regierung hat gesagt und war der Auffassung nach

meinem Vorschlag und nach dem Vortrag des Landesbauamtes und der zuständigen Leute, daß das Transportmittel der Zukunft sicherlich der Hubschrauber sein wird und daß gerade bei unserem gebirgigen Gelände, wo es immer wieder vorkommt, daß die Leute mit dem Hubschrauber transportiert werden müssen, es doch sinnvoll wäre, wenn man die Kranken gleich zum Krankenhaus fliegen und dort in den Operationssaal bringen kann. Vielleicht sagen Sie jetzt, no ja, das ist ein Luxus, vielleicht, wir werden ja die Zukunft sehen, ich dachte immer, Sie seien sehr in die Zukunft orientiert und fortschrittlich, na, wir werden es beide erleben und werden dann sehen, wer recht behalten hat.

Ich bekenne mich dazu und Sie sagen, na ja, daneben gibt es keine Telefone, keinen Telefonanschluß, keine Rufanlagen.

Wir haben unsere Telefonzentrale ständig ausgedehnt. Sie wissen, daß im zunehmenden Maß auch das Telefon, nicht nur im Krankenhaus, sondern auch draußen, zunimmt, das bedingt immer wieder neue Anschlüsse. Wir versuchen dem eben, so gut es geht, im Zusammenhang mit dem Umbau gerecht zu werden, und wir machen Rufanlagen, auch das wissen Sie, daß zum Beispiel die Kinderklinik oben mit der Rufanlage ausgestattet ist.

Und jetzt zur Frage soziale Gerechtigkeit, patriarchalisches System. Ich fange einmal mit dem patriarchalischen System an. Wie soll ich es Ihnen sagen, es ist Ihnen ja nichts Neues, Sie wissen das ja, aber ich werde es Ihnen vor dem Hohen Haus bestätigen. Auch hier wieder die Kapazität und unbestrittene Kapazität Prof. Dr. Spath, der zuständig war, um Vorschläge zu unterbreiten, um Lehrkanzeln zu installieren, das Professorenkollegium und die zuständigen OVP-Unterrichtsminister, wie immer sie geheißen haben mögen. Wir haben versucht, und viele, viele Leute aus Ihren Reihen, eine Lehrkanzel für Unfallchirurgie herzubringen und zugleich auf der 1. Chirurgie zu installieren. (Abg. Dr. Piaty: „Dr. Czerny ist nach Düsseldorf gegangen als Professor!“) Wir haben versucht, eine Lehrkanzel für Neurochirurgie zu bekommen. Es ist nicht gelungen. Wir haben versucht, eine Lehrkanzel für Urologie zu bekommen. Es ist nicht gelungen. Nun kann man sagen, ja, der Referent hat ja versagt. Natürlich. Aber das können Sie nur machen bei jenen, die nicht wissen, wie die Dinge gehen. Hiefür ist weder der Referent noch die Landesregierung oder sonst wer zuständig. Ich könnte den Herrn Minister Piffl zitieren, der sogar jemand eine fixe Zusage gemacht hat, daß er eine Lehrkanzel bekommt, und er hatte sie nicht durchgesetzt. In dem halben Jahr ist schon sicher, daß eine Lehrkanzel für Neurochirurgie und für Urologie herkommt. Ist alles in dem halben Jahr geschehen; war unter mehr als 20 Jahren OVP-Unterrichtsministern nicht möglich. Aber ich mache dem Minister keinen Vorwurf, weil das Professorenkollegium hier nicht bereit war, einen Vorschlag zu unterbreiten, daß der Minister so etwas hätte bestellen können. (Abg. Dr. Piaty: „Und diesem Kollegium halten Sie die Stange!“) Soviel zu dem patriarchalischen System. Sie wußten es genauso. Sie haben nur spekuliert, daß es die Öffentlichkeit nicht weiß und Ihnen abnimmt, was Sie sagen.

Nun zur Frage der Gerechtigkeit bei den Besonderen Gebühren. Ich scheue mich nicht, über diese Dinge zu reden. Sie haben vor 5 oder 4 Jahren schon geklagt, haben sich angemeldet mit einer Delegation. Es ist selbstverständlich für ein Regierungsmitglied, daß es eine Delegation empfängt. Sie sind nicht mit 5, 6 oder 10 Leuten, Sie sind mit 50 Ärzten gekommen in mein Büro und haben dort erklärt: „So, Herr Landesrat, jetzt sagen Sie, sind Sie dafür oder dagegen, daß wir mehr bekommen?“ Ich habe Ihnen damals das gleiche erklärt, was ich der Regierung berichtet habe, was in der Regierung behandelt wurde, und ich habe das gleiche am 3. November wieder gesagt. Ich habe es Ihnen wiederholte Male gesagt. Bei der Aufteilung der Besonderen Gebühren geht es nicht um die 1,3 Millionen Schilling, die das im Augenblick kosten würde; der Betrag ist verkraftbar, das ist keine Frage; aber dieser würde steigen. Wenn das System geändert wird, nämlich, daß 45 % dem Land verbleiben, 40 % dem Primarius und 15 % den Beihilfe leistenden Ärzten, dann ist für die Landesregierung, für den Landtag und für die Öffentlichkeit, die ja die Einrichtungen zur Verfügung stellen, damit die Ärzte die Klassepatienten dort behandeln können und die Geräte kaufen und die Medikamente geben, nicht mehr interessant, sich von den Privatkrankeanstalten immer wieder sagen zu lassen „Sie treiben die Tarife in die Höhe“, und pünktlich wie die Uhr um Mitternacht tritt am 1. Jänner die Tarifierhöhung für die Zuschußkassen in Kraft. Dann hat das Land nur eines zu tun — und ich habe das mit Ihnen wiederholte Male diskutiert —, daß es sich seine Kosten errechnet, und Sie als Ärztekammerpräsident machen das, was die Oberösterreichische Ärztekammer gemacht hat, Sie machen sich mit den Zuschußkassen einen Vertrag für die Arzthonorare. Leidtragender — und deshalb hat das die Regierung nicht getan — wird dann vermutlich der Patient sein, weil zwischen dem, was verrechnet wird, und zwischen dem, was refundiert wird, wahrscheinlich eine Kluft klafft. Sie wissen genauso wie ich, daß trotz des von Ihnen so verurteilten Systems in der Steiermark immerhin 25 % der Versicherten Zuschußkrankenkasse haben, während in allen übrigen Bundesländern sich dieser Prozentsatz bei 5 % bewegt. Hier haben wir zu überlegen, welchen Weg wir letztlich gehen wollen. Die Regierung war in ihrer Gesamtheit auch am 3. November der Auffassung, daß eine Änderung des Anteiles bei den Besonderen Gebühren an dem dem Land zukommenden Anteil keine Änderung vorgenommen werden sollte. Sie wissen von mir ganz genau, daß ich sage: Ja, es besteht ein Unrecht. Wenn ich das Problem dann noch umlege auf die in den Landspitälern tätigen Ärzte und auf die auf der Klinik tätigen. Bei Ihnen geht es darum, daß die Ärzte, die auf der Klinik tätig sind, mehr an Besonderen Gebühren erhalten. Ich habe Ihnen vor 4 Jahren gesagt, und ich sage es — und Sie wissen, das ist der Tenor bei allen Verhandlungen gewesen — Ihnen heute wieder, nachdem der Anteil des Landes nicht mehr verringert werden kann, ist das eine Standesfrage, die Sie sich untereinander ausmachen müssen. Sie haben deshalb die Verhandlungen abgebrochen — im Protokoll nachzu-

lesen — und haben gesagt, Sie werden uns Vorschläge unterbreiten. (Abg. Dr. Piaty: „Sie sind der Arbeitgeber!“) Das nimmt Ihnen einmal wer ab, dann nicht mehr. Sie haben erklärt, daß es eine Standesfrage sei, und Sie werden uns Vorschläge unterbreiten. Ich billige Ihnen zu, daß eine enorme Diskrepanz bei einigen Klinikvorständen ist und eine Diskrepanz auch, die von Ihnen unbestritten ist, zwischen jenen Ärzten, die in einem Landspital tätig sind, und zwischen jenen, die auf der Klinik tätig sind. Dann muß ich folgendes vor aller Öffentlichkeit sagen, was ich in der Regierung und bei allen Verhandlungen gesagt habe. Der junge Arzt, der Turnusarzt, der Sekundararzt, aber namentlich der Turnusarzt, hat die Möglichkeit in eine Reihe von Landeskrankenanstalten hinauszugehen und sich dort ausbilden zu lassen in seinen turnusmäßigen Fächern. In den Landkrankenhäusern haben wir teilweise Arztstellen unterbesetzt oder haben ausländische Ärzte hingeben müssen, weil wir die Stellen nicht besetzen können. Aber es gibt eine Reihe von Ärzten, die sagen: „Nein, ich möchte auf der Klinik sowieso ausgebildet werden.“ Dazu kommen die Ärzte, die ohnedies im Bundesschema sind, die vom Land bezahlt werden, so daß ein Zustand ist, daß auf einer Klinik 40 junge in Ausbildung stehende Ärzte sind und in einem Landspital zahlen wir Mehrleistungen, weil wir so wenig Ärzte haben, daß sie 3, 4 Tage hintereinander dableiben müssen und nicht wegkönnen vom Krankenhaus. Jetzt sagen wir, wenn die hinausgehen in die Landspitäler, dann werden die anderen mehr Freizeit haben, und sie werden sofort mehr Anteil an den Besonderen Gebühren haben. Denn ob ich einen bestimmten Betrag durch 5, 3 oder 20 Leute teile, ist ein enormer Unterschied. Wir können Systeme versuchen, welche wir wollen, wir werden nie so viel geben können, daß wir die 30 oder 40 auf der Klinik gleich behandeln können wie die jungen Ärzte, die im Landkrankenhaus zu dritt oder zu viert arbeiten. (Abg. Dr. Piaty: „Das hat niemand gefordert!“) Sie wissen, daß ich gesagt habe, vielleicht können wir das Problem überhaupt in diese zwei Gruppen einteilen. Daher wissen Sie ganz genau und ich sage damit auch gar keine Qualifikation, wenn Sie den Parteiobmann der Sozialistischen Partei fragen ob seines sozialen Gerechtigkeitsgefühls. Ich habe es mir bewahrt, glauben Sie es mir. (Abg. Dr. Piaty: „Dann ist es schon verkümmert!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist eine Frechheit!“ — Landesrat Bammer: „Dabei ist er erst 14 Tage im Landtag!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Er möchte alle abqualifizieren, wo sind wir denn?“) Ich habe von Ihnen gar nichts anderes erwartet. Schauen Sie, meine Damen und Herren, ich hätte erwartet, daß der Herr Präsident einen Ordnungsruf erteilt. (Präsident: „Herr Landeshauptmann, er hat keine Beschimpfung ausgesprochen. Ich konnte keinen Ordnungsruf erteilen!“)

Meine Damen und Herren, über den Film. Der Herr Präsident Dr. Piaty sagt, ich habe Damen und Herren zu einem Filmabend eingeladen. Der Filmabend kostet dem Land 20 Millionen Schilling. Ich habe erfahren, daß auf der Augenklinik ein Film gedreht wurde über die Operation am lebenden

Auge. Gerade auf diesem Gebiet hat sich in den letzten Jahren ein so enormer Wandel vollzogen, weil dort Eingriffe gemacht werden, die man sich nie hätte erträumen lassen. Außerdem wurde ein Film gemacht im Zusammenhang mit der Frage, ob Filmübertragungsanlagen errichtet werden sollen in der neuen Klinik usw. über eine Knochennagelung, also das A-O-System. Wir haben im Landtag darüber gesprochen, welche Geräte da verwendet werden, was das kostet, und über eine Herzoperation, wo ein Herzventil eingenäht wird, und es wurde in der Regierung darüber berichtet. Da habe ich samt dem Landtag alle Damen und Herren dieses Hohen Hauses eingeladen in die 1. Chirurgie, damit Sie sich einmal diese Dinge ansehen und wissen, wenn Sie was beschließen, was damit gekauft wird. Das sind die 20 Millionen und der Film, den ich da so machen ließ, um einen Filmabend zu geben. Zur Information, es war am Vormittag.

Ich hoffe, daß meine Darlegungen allen Damen und Herren hinreichend Gelegenheit geben, sich jetzt über die Ausführungen in diesem Punkte auch ein Urteil machen zu können.

Und als letztes Isotopenstation. Ich möchte nicht sagen, daß Sie sich meiner Worte bedienen, aber ich habe gerade aus Anlaß der Eröffnung der beiden Zubauten bei der 1. Medizinischen Abteilung wiederum darauf hingewiesen und an alle Damen und Herren, die im Krankenhaus als Ärzte tätig sind, appelliert. Ob es jetzt das Photometer oder sonst was ist, ich habe in der Regierung wiederholt gesagt, gerade mit den Isotopen kommen wir in größte Schwierigkeiten, denn heute haben wir noch nicht so ein Problem mit der Vernichtung, aber auch der Zeitpunkt wird kommen, und wir werden sie nur an einem Punkte zusammenziehen können. Aber auch hier wissen Sie ganz genau, daß mit Isotopen auf der Frauenklinik gearbeitet wurde und wird und daß sie sie benötigt, Sie wissen ganz genau, daß die Isotopen auf der 1. Med. ein ganz großer Erfolg gewesen sind und installiert werden mußten, und Sie wußten und müssen es wissen, daß ein neurologisches Institut, ein radiologisches Institut ohne Isotopen gar nicht mehr auskommen kann. Natürlich, wir haben sogar einen Plan, wir wußten, daß das ideal wäre, unter die Erde zu gehen und dort alle diese Dinge konzentrieren. Das Geld ist nicht vorhanden und man muß sich behelfen. Ich habe Ihnen das auch wiederholt bei Ansprachen gesagt, was Zu- oder Umbauten betrifft. Es wäre viel schöner und besser, könnte man gleich große Dinge schaffen, aber es wird alles schrittweise gemacht, sehr wohl überlegt und geprüft. Ich bilde mir nicht ein, meine Damen und Herren, ich bin nicht so vermessen, alles zu wissen oder gar Bauten entscheiden zu können, für die sich die Regierung die dafür verantwortlichen Ärzte hält und bezahlt. Aber ich nehme für mich in Anspruch, Herr Abg. Piaty, daß die Dinge, die ich dann mache und zu vertreten habe, daß ich dafür die Verantwortung übernehme und daß ich die mit vollem Einsatz und mit vollem Verantwortungsbewußtsein prüfe. (Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pölzl:** Hohes Haus! Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe mich deswegen zum Worte gemeldet, weil Sie einem Mitglied des Hohen Hauses in einer Art, die den Mitgliedern der Regierung nicht zusteht, zugerufen haben: „Und dann werde ich Ihnen meine Meinung sagen.“ (Landesrat Gruber: „Ah, das darf man nicht? Darf man das nicht, seine Meinung sagen?“) Meine Damen und Herren, hören Sie zu, das ist keine Polemik von einer Partei gegenüber einer anderen, sondern ich wahre hier das Recht des Abgeordneten gegenüber der Regierung. (Abg. Zinkanell: „Für uns reden wir selbst! Sprich für dich, aber nicht für uns!“)

Meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, es geht nicht an, daß ein Mitglied der Regierung ein Mitglied dieses Hauses in einer scharfen Art und Weise behandelt. (Landesrat Gruber: „Wie man in den Wald hineinschreit, so kommt es zurück!“ — Abg. Gross: „... das soziale Bewußtsein ist verkümmert! Das ist ja unerhört!“) Ich sehe ein, daß ein Teil dieses Hohen Hauses keinen Wert darauf legt, mit der Würde, die ihm zusteht, behandelt zu werden. Okay! Ich nehme das zur Kenntnis. Aber für jenen Teil, der in Ordnung behandelt werden will, verwahre ich mich gegen die Art, wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter den Abg. Doktor Piaty behandelt hat. (Abg. Zinkanell: „Er hat ihn ja mit Glacéhandschuhen angefaßt!“ — Landesrat Gruber: „Wie man in den Wald hineinruft...!“) Herr Landesrat Gruber, ich nehme nicht an, daß Sie die Regierung als Wald bezeichnen. (Landesrat Gruber: „Abg. Dr. Piaty hat gesagt, sein soziales Gewissen ist verkümmert! Das ist doch eine Unverschämtheit!“) Meine Damen und Herren, ich gehe nicht ein auf den Inhalt der Rede von Piaty, sondern ich gehe auf die Art ein, wie die Regierung von oben herab die Mitglieder dieses Hauses behandelt, und zwar für jene Abgeordneten, die es sich eben nicht gefallen lassen.

Und nun, Herr Landeshauptmannstellvertreter, gehe ich in die Materie ein. Sie haben gesagt, in Graz gibt es auf Kliniken 40 Leute, junge Ärzte, die in Ausbildung stehen, und draußen haben Sie Probleme und keine Ärzte. Die Ärzte draußen müssen drei Tage Dienst machen, und in Graz gibt es ein Problem, um den Leuten ihre ordnungsgemäße Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen. Ich muß Sie aufmerksam machen, daß Sie als Referent über die Krankenhäuser sich hier einer sehr, sehr gefährlichen Sache gegenübersehen, wenn Sie es zulassen, daß ein Arzt drei Tage Dienst macht. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sagt das dem Landesrat Wegart! Er ist zuständig! Ich bin nicht der Personalreferent!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, Spital ist Ihre Angelegenheit, und Sie als Referent haben begründet anzufordern. Sie haben nicht zuzulassen, daß Ärzte in Graz 12, 13 und 14 Stunden operieren und der Patient, der nach der 14. Stunde drankommt, ein wesentlich höheres Risiko mitbringt, als der, der am Anfang operiert wird. Ich nehme die Dinge sehr ernst. (Landesrat Gruber: „Leider haben Sie das zu sehr demagogisch eingeleitet!“) Herr Landesrat Gruber, wenn Sie so wie ich vor 3 Monaten mit dem Tod gerungen hätten und noch im Mieder hier stehen

würden — Ich war 12 Tage im Sauerstoffzelt auf Grund des Systemmangels im Landeskrankenhaus. Ich hatte das Pech, an einem Sonntag krank zu werden. Ich bin um ca. 1/2 11 Uhr in die Klinik Spath, die Sie so gerühmt haben, eingeliefert worden, und um 1/3 3 Uhr ist zufällig der diensthabende Oberarzt vorbeigekommen — da hatte ich 40 Blutdruck. Ich habe mit Mühe und Not die Operation überstanden. Der Herr Landeshauptmann Krainer hat am Montag angerufen, wie es dem Abgeordneten Pölzl geht. Meine lieben Kollegen, eine Warnung an Sie! Ich habe bei der Einlieferung nicht gesagt, daß ich Mitglied des Steiermärkischen Landtages bin, und ich warne Sie, wenn Ihnen an einem Sonntag Gleiches widerfahren sollte! Denn als Josef Steirer stehen Sie vor der Gefahr zu verrecken. Sagen Sie sofort, wer Sie sind, und veranlassen Sie sofort, daß interveniert wird. Denn am Sonntag, so wie Piaty es gesagt hat, sind Sie nichts, und vor allem, wenn man nicht weiß, wer Sie sind. Der Herr Landeshauptmann hat am Montag um 8 Uhr angerufen, und dann wurde ich im Baderaum gefunden. Ich wollte Ihnen damit nur sagen, ich meine es ernst. Ich habe es bitter erlebt, und ich gehe jetzt noch alle 14 Tage ins Krankenhaus, um die Dinge zu sanieren, die mir zusätzlich zu meiner ursprünglichen Krankheit zugefügt wurden.

Ich sage Ihnen eines, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das System ist mörderisch. Ich wage zu behaupten, daß im Jahr mindestens 25 Menschen ermordet werden durch das System. Ich wage das zu behaupten. Ich bin auch überzeugt davon, daß Beweise dieser Art zu liefern sind. Nehmen Sie meine Worte nicht politisch. Ich rede nicht zum Sozialisten Sebastian, ich rede zum Mitglied der Regierung, dem die Krankenhäuser unterstehen. Ich meine es ernst. Ich helfe Ihnen dieses System zu ändern, wenn Sie den Willen dazu haben. Ich bin auch bereit, ab dem Budget 1973 jedes Mitglied der Regierung einen Mörder zu nennen, das nicht bereit ist, dieses System zu ändern. Es gibt soundsoviele Sonntage in Graz, wo Menschen im Landeskrankenhaus sterben.

Ihr Landwirtschaftsminister Weihs hatte einen Herzinfarkt. Auf die Klinik Gotsch hat ihn seine Frau gebracht — mit dem Rettungsauto. Er wird Ihnen ein objektiver Zeuge sein. Er wurde nicht aufgenommen, und der Mann hatte einen Herzinfarkt. Als gesagt wurde, er ist ein Privatpatient des Herrn Professor Gotsch, mußte man erst telefonieren, ob das stimmt. Dann wurde er aufgenommen.

Meine Damen und Herren, geht das an, daß verschiedene Klinikvorstände im Monat bis 400.000 Schilling Besondere Gebühren bekommen und 95 % der Patienten überhaupt nicht sehen? Ich stelle diese Frage in den Raum. Das gehört zu diesem mörderischen System. Wenn wir hier zuschauen und nicht bereit sind zu ändern, sind wir mitschuldig an den Morden, die in Zukunft genauso geschehen werden wie in der Vergangenheit. Wie ist es möglich, daß man an einem Sonntag, wenn man eingeliefert wird, nach der ersten Untersuchung 1 1/2 Stunden warten muß, bis man vom Rettungsauto übernommen wird auf die Klinik? Ich frage, Herr Lan-

deshauptmannstellvertreter, wo sind denn die 40 Ärzte, die zuviel sind, die die Patienten, die eingeliefert werden, anschauen und sagen, der muß sofort operiert werden.

Ich frage Sie noch einmal, ob mit sittlichem Ernst beim Landeskrankenhaus in Graz und auch bei den anderen Landeskrankenhäusern die Medikamente, die verabreicht werden, kontrolliert werden, ob nicht in einer Automatik durch die Krankenschwester Infusionen und Tabletten weitergegeben werden, bis zufällig der Arzt dabei ist und sagt: „Das brauchen wir nicht mehr.“ Millionen können Sie da einsparen. Stellen Sie auf jede Klinik einen Oberarzt, der nur prüft, was die Leute bekommen und ob es nicht schadet, was sie bekommen. Setzen Sie in die Aufnahme, dort wo es um lebensgefährliche Dinge geht, auch einen Oberarzt hin, aber ändern Sie das System. Denn wenn der eine bis 300.000 Schilling und 400.000 Schilling bekommt . . . Von jedem Steirer, der Zahnweh hat und auf die Zahnklinik kommt, erhält der Primar (ich weiß den Namen nicht, und ich habe keine persönlichen Interessen bei dieser Rede!), ob er ihn sieht oder nicht, die Besondere Gebühr. Das macht im Jahr etwas über 2,5 Millionen Schilling aus. Ich frage: Ist das in Ordnung? Der Mann, der nun bohrt und plombiert, bekommt im Monat 6000 Schilling. Da muß doch innerhalb der Ärzte zum Klinikvorstand und auch innerhalb der Krankenschwestern und der Pfleger eine Mißstimmung da sein.

Mir ist es ernst, und ich sage Ihnen, wenn wir nicht mit sittlichem Ernst hier einsteigen, dann sind wir mitschuldig an vielen Waisen und an vielen Eltern, die ihre Kinder verloren haben. Das hat zum Teil Piaty gemeint. Ich meine es zur Gänze so.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich sage Ihnen im Ernst, wenn Sie nicht das System der Bezahlung der Klinikvorstände ändern, wenn Sie nicht das System der Klinikgröße ändern . . . Es ist doch heute unmöglich, daß auf der Chirurgie ein Vorstand, und der Professor Spath war ein hervorragender Primar . . . (Landesrat Gruber: „Das ist doch keine Sache des Landes, eine Klinik!“) Ich verstehe das vollkommen. Aber was wir dazuzahlen, muß uns das Recht geben mitzureden und muß uns im Landtag das Recht geben, Entscheidungen zu treffen zum Guten. Entscheidungen, daß genügend Ärzte gut ausgerüstet vorhanden sind.

Neun Tage nach meiner Einlieferung am 4. August ist mir mein Bauch und mein Darm aufgebrochen. Es war 8 Uhr am Abend. Eine Krankenschwester hat mich in das Bett gelegt und hat gesagt: „Bitte rühren Sie sich nicht, ich hole sofort einen Arzt.“ Meine Mutter ist Zeuge und mein jüngerer Sohn, 30 Minuten hat es gedauert, bis der erste Arzt gekommen ist — auf der 1. Chirurgie in Graz. Was ich in diesen 30 Minuten nach dem Vorhergegangenen mitgemacht habe, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Ich war der Meinung, die wollen mich umbringen. Heute lache ich darüber. Ich habe mich nicht operieren lassen. Ich habe verlangt, daß der Professor Greif dabei ist. Ich war in der Psychose, die wollen dich umlegen, weil ich ihnen schon meine Meinung gesagt habe. 30 Minuten kommt auf der von Ihnen so gerühmten Klinik Spath nicht ein

Arzt der sagt, das werden wir flicken, und in irgendeiner Form den Patienten tröstet. Ich war der Meinung, „Heribert Pözl, deine Zeit ist aus“. Sie war nicht aus. Aber ich habe mir eines geschworen, mir von keinem Regierungsmitglied etwas gefallen zu lassen, aber auch für diese Wahrheit einzutreten im Landtag. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich habe die Klinik Spath weder gelobt noch verurteilt!“) Ich sage es Ihnen nur. Sie haben solange einen potenten Gegner in mir, solange ich nicht merke, daß Sie bereit sind, hier einzusteigen. Nicht nur bei der Klinik Spath, bei allen anderen, ob das die Augen, die Zähne oder sonst was sind. Solange es Primarii gibt, die bis 300.000 Schilling und 400.000 Schilling im Monat für wenig Leistung bekommen. (Abg. Gerhard Heidinger: „ . . . und beim Piaty?“) Ich muß Ihnen noch etwas sagen. Wer hat denn, wenn er so viel Geld bekommt, noch Zeit für die Patienten? Herr Landeshauptmannstellvertreter, führen Sie einen Test durch auf der Klinik Gotsch, und ich wette mit Ihnen was sie wollen, daß 95 % der Patienten den Herrn Professor Gotsch nie gesehen haben; auch die in der 2. Klasse nicht. Da ist doch etwas nicht in Ordnung. Das ist doch nicht korrekt. Hier muß die Regierung doch einsteigen, und hier muß geändert werden. Auf der anderen Seite kann man von Ärzten operiert werden, die 13, 14 Stunden ununterbrochen operiert haben. Ich danke für dieses Risiko. Jeder von uns kann zufällig der sein, der in der 13., 14. Stunde hinkommt, und kann der sein, der nicht zur rechten Zeit operiert wird, weil die Ärzte übermüdet sind. Das ist undenkbar und unmöglich in Graz. Dr. Piaty hat gesagt es ist zu groß, ich verstehe Sie schon, Sie haben die Größe nicht verursacht, aber Sie sollten jetzt darangehen, alles zu verhindern, daß das Monstrum noch größer wird. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich habe Ihnen ja gesagt, es ist ein Beschluß da!“) Wir haben nichts davon, zu renommieren, das größte Krankenhaus von Europa zu haben. Wie viele Tage hängt denn dort keine schwarze Fahne, sondern die weiße? Das muß ein ganz großer Glücksfall sein, daß da draußen einmal eine weiße Fahne hängt. Und jetzt schauen Sie einmal nach, wer da stirbt. Und wenn man dann das Gefühl hat als Abgeordneter, da sind Leute effektiv ermordet worden auf Grund eines Systems, dann wird einem ungut im Gefühl. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, ich bitte Sie, kümmern Sie sich um diese Dinge, Sie haben Frauen und Kinder und Eltern, und hängen Sie jedem einen Zettel drauf „Verwandt mit dem Abgeordneten Sowieso“! Bitte, ihr Roten könnt's gleich schreiben „Sebastian verständigen!“, und euch Kollegen von der OVP sage ich, den Krainer verständigen, weil von dem haben s' noch Schiß. Wenn das nicht geschieht, nehmen Sie erhöhtes Risiko auf sich, für das Ihnen niemand Dank sagen wird. Sie haben unter Umständen nicht mehr die Chance, sich darüber zu beklagen oder zu sagen, es war Mannesmut. Es war Dummheit, wenn Sie nicht sagen, wer Sie sind. Und dann noch eine Warnung: Werden Sie in der Steiermark, in Graz nicht krank von Freitag mittag bis Montag um 8 Uhr in der Früh. Und das mag Sie ernst stimmen, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Das ist kein Zustand. (Landes-

hauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich weiß, ich weiß!“) Und nehmen Sie es mir bitte nicht übel, dann muß ich Ihnen eines ungeschminkt sagen, dann sind Sie diesen Leuten nicht gewachsen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wir sind ständig dahinter. Da gibt es überall einen eigenen Arzt und Kliniker, der dem Land verantwortlich ist!“) Da muß ich Ihnen das sagen. Hier gibt es, meine lieben Freunde, nichts zum Spielen und nichts zum Hänkeln, hier geht es nur darum, daß wir gemeinsam versuchen, aus den 200 Millionen Schilling Steuergeldern, die die Steirer jährlich zu den Krankenhausanstalten in der Steiermark dazuzahlen, auch die höchstmögliche Rendite an Gesundheit und an Effektivität herauszuholen. (Beifall.)

**Präsident:** Landeshauptmann Josef Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmann Krainer:** Verehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Die Debatte, die hier über den Bericht der Landesregierung hätte abgeführt werden sollen, hat sich also im wesentlichen nur um das Landeskrankenhaus oder die Krankenhäuser überhaupt gedreht. Ich möchte klarstellen, daß die Regierung die Beschlüsse hinsichtlich der Bauvorhaben einstimmig gefaßt hat, ich möchte aber ebenso sagen, daß wir sehr wohl und reichlich über verschiedene Probleme, ob das nun der Landeplatz, ob das die Vakuumkammer war, sehr eingehend diskutiert haben. Aber ich muß hier auch sehr klar deponieren, daß alle jene, die am Bauprogramm, an der Entwicklung des Bauprogrammes beteiligt sind — und das sind also vor allem die Abteilungschefs im Landeskrankenhaus —, daß die stets die höchsten Forderungen stellen und, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, versuchen, der Regierung etwa in der Richtung alles anzuhängen, daß wir es nicht verstünden, daß wir vielleicht zu rückständig und vielleicht nicht aufgeschlossen genug sind.

Es ist sicher die Verantwortung für den Bau eines Krankenhauses in der heutigen Zeit sehr umfassend. Es muß in die Zukunft gedacht werden. Wir würden ja unseren Vätern nicht gerecht werden, die beispielsweise zu Anfang dieses Jahrhunderts dieses wunderbare Landeskrankenhaus geschaffen haben, sehr zukunftsweisend, architektonisch und in der ganzen Planung. Daß es zu diesem Neubau der Chirurgie gekommen ist, der als Zementkoloß oder -block bezeichnet wird, war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir nach langer Diskussion zur Meinung gelangt sind, innerhalb der Chirurgie einen Zubau nicht mehr verantworten zu können, sondern daß man überhaupt weggehen oder eben auf den anschließenden Baugründen ein sogenanntes Hochhaus oder ein Hochkrankenhaus errichten muß. Es ist gar keine Frage, daß natürlich der Referent seine Verantwortung hat, das gilt für den Herrn Kollegen Sebastian wie für mich als Baureferenten oder für jeden anderen in seinem Referat. Aber schließlich werden ja die Beschlüsse kollegial gefaßt, und es ist damit auch eine kollegiale Verantwortung verbunden.

Wir befinden uns irgendwie in einer sehr un-guten Situation, in einer Bewegtheit, in einem ungeklärten und beschwerlichen Zustand bei Beschlüs-

sen, die vor allem unsere Landeskrankenhäuser betreffen, aber auch nicht zuletzt in Schwierigkeiten, die uns mit den Chefs, die uns aber auch mit den Ärzten entstehen. Schauen Sie, der soziale Fortschritt, den außer Zweifel unsere Spitalsärzte an oberster Stelle unter der Führung des Herrn Abg. Piaty erreicht haben, hat natürlich seinen entscheidenden Nachteil, nämlich den, daß es deshalb nicht wenige gibt, die mit den Verdienstmöglichkeiten, wenn einer fleißig ist in den Landeskrankenhäusern, vor allem auch hier in Graz, doch ganz gut auskommt für sein Leben und daher nicht bereit ist, das Unangenehme einer Landarztstelle zu übernehmen. Wir haben auf dem Lande heute Abgänge, die uns sehr zu schaffen machen, die uns nicht nur in der Versorgung der Bevölkerung einen echten sichtbaren Mangel zeigen, sondern vor allem auch in Gebieten, wo Fremde im gesteigerten Maße jedes Jahr gemeldet werden, aber auf einmal wieder abreisen, weil sich dort kein Arzt befindet.

Es gibt im ganzen Bereich des Landeskrankenhauses Graz, aber auch bei unseren Krankenhäusern natürlich Schwierigkeiten, die in Graz nicht zuletzt auf die Unübersehbarkeit zurückzuführen sind. Daran besteht gar kein Zweifel. Hier wird es noch genug Diskussionen geben, ich hätte sehr gewünscht, daß wir uns sehr umfassend mit diesen Problemen im Finanz-Ausschuß befassen. Ich glaube, dort kann auch vieles gesagt werden, was in der Öffentlichkeit falsch ausgelegt werden kann. Ich fürchte keine Öffentlichkeit, aber es soll nicht der Anschein erweckt werden, als hätten wir kein Verständnis für einen ausgezeichneten, qualitativ hochstehenden Chef, der natürlich auch nicht um einen Hofratslohn tätig ist. Das ist kein Zustand, der allein bei uns in Österreich vorhanden ist, sondern in der ganzen freien Welt. Wir wollen also auch nicht den Anschein erwecken, daß alles, was die Leute geplant haben, unerträglich wäre. Na sicher gibt es nirgends mehr Fehlplanungen als beim Bauen. Es ist ganz einfach: Der Architekt möchte das Beste bauen und das Schönste, und der Baumeister will eben noch mehr bauen, und wenn jetzt der, der versucht, auch ein bisserl mitanzuschaffen, auch nie zufrieden ist, was soll denn da herauskommen? Und die arme, geplagte Regierung und der Gemeinderat müssen zahlen, wenn nicht eine ganz harte Aufsicht da ist. Und diese harte Aufsicht haben wir nicht überall zur Verfügung. Es wäre wahrscheinlich — heute in der Fragestunde am Vormittag würde es besprochen — bei der St.-Ruprechter-Straße nie passiert, wenn wir dort eine harte Aufsicht gehabt hätten. Und daher kommt dann die Verantwortung, alles was fehlgegangen ist, natürlich auf die Regierung zurück und auf den zuständigen Referenten. Wir können um der Gesundheit und der Sicherheit willen, auch für den Kranken, der in einem Krankenhaus Zuflucht nehmen muß (besonders in Graz), sehr wohl alle möglichen oder gar sichtbare Fehlleistungen mit allem Ernst anprangern. Wir sollen das mit viel Sachlichkeit tun, weil dann die Wirkung eine noch tiefere und wirk-samere sein wird.

Ich möchte meinen, es hätte vieles aus dem Bericht zu kritisieren gegeben. Man hat nur einen Teil herausgegriffen, weil scheinbar die linke Seite

nicht sehr interessiert ist an dem Bericht; sie interessiert mehr der Voranschlag, was ich sehr wohl verstehe! Das sind Interessen, über die wir uns in ihrer Gesamtheit sicher mehr auseinandersetzen werden müssen als über das was in der Vergangenheit war. Ich habe nichts davon, wenn irgendwo gesagt wird „sauschlecht“, und zwar womöglich überall draußen, und man schon eine Ausrede gegen das „sauschlecht“ hat, es ist mir lieber, es wird in diesem Hohen Haus, in den Ausschüssen und in der Regierung über die Probleme auch hart diskutiert; wobei hart nicht ausfällig heißen soll — beinhart, nicht ausfällig! Es muß auch nicht mit lauter Zwischenrufen eine solche Debatte vor sich gehen. Es würde rascher und eindrucksvoller sein, wenn wir etwas lockerer diskutieren würden. (Landesrat Gruber: „Wenn Sie provoziert werden, Herr Landeshauptmann!“) Na gut! Wenn laufend dazwischengeredet wird, wenn ein sachlicher Bericht gegeben wird, so ist das nicht sehr angenehm. (Abg. Fellinger: „Der Bericht war nicht sachlich!“) Empfindlich seid ihr schon. Das ist außer Frage. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wenn man provoziert wird, kann man nicht ruhig zuhören!“) Ich habe nicht geschrien. Sogar mein Nebensitzer hat gesagt „der Landeshauptmann“. Ich schreie deshalb nicht. (Landesrat Dr. Klausner: „Der Ton macht die Musik!“) Bitte, ich bin auch immer für den Ton, der eine gute Musik macht. Ich möchte abschließend sagen: Vielleicht werden wir für den nächsten Bericht der Steiermärkischen Landesregierung alle, die an dieser Landesregierung teilhaben, mehr Kritik und echte harte Lebendigkeit zur Verfügung haben. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian das Wort.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Ich schließe mich vollinhaltlich dem an, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat. Nur, ich habe es ihm hingeschrieben und habe es ihm auch zugeflüstert. Er hat es nicht gehört. (Landeshauptmann Krainer: „Schwerhörig bin ich normalerweise noch nicht!“)

Herr Abg. Pölzl, ich bedaure, was Ihnen widerfahren ist, das ist keine Frage, und ich werde das zum Anlaß nehmen, um, wie so oft, auf diese Dinge hinzukommen.

Meine Damen und Herren, aber seien Sie sich dessen bewußt, wenn hier im Hohen Haus, hier vor aller Öffentlichkeit gesagt wird, dort draußen werden die Menschen gemordet und soundsoviele sind gemordet worden, dann macht das einen solchen Schock in der Öffentlichkeit, den wir alle nicht verantworten können. (Abg. Pölzl: „Das System ist mörderisch, habe ich gesagt!“) Ich weiß schon, Sie wollten das sicher nicht so, aber das kommt so heraus. Außerdem täten wir vielen, vielen Ärzten, die sehr wohl sehr gewissenhaft ihrer Verpflichtung nachkommen, bitter Unrecht. Auch das wollte ich sagen.

Als letztes muß ich sagen: Wir haben genaue Dienstanweisungen draußen. Es muß auf der operativen Abteilung ständig ein voll einsatzbereites operatives Team da sein. Es ist alles genau vorgeschrie-

ben auf den internen Abteilungen. Wir haben jetzt noch einen zweiten Arzt auf der internen Abteilung dazugegeben. Sie können sagen „der Referent“. Das werde ich aushalten. Als der Waldbrunner Minister für die Eisenbahnen war und ein Bahnschranken nicht zu war, hat es geheißen, der Minister ist schuld. Ich werde das aushalten. Aber ich muß sagen, wenn die Landesregierung verantwortliche leitende Primarii bezahlt und hinstellt (Abg. Pölzl: „Noch dazu um das Geld, das sie erhalten!“), dann ist der nach unserer Dienstauffassung und Dienstordnung dafür verantwortlich, daß ein Oberarzt da ist, der ihn fachlich vertreten kann und autorisiert ist, ihn zu vertreten, und daß die entsprechenden Sekundärärzte da sind. (Landesrat Peltzmann: „Mich haben Sie persönlich verantwortlich gemacht für die Ohrfeige, die in einer Landesberufsschule einem Lehrling verabreicht wurde!“) Ich werde Ihren Fall, den ich persönlich sehr bedauere, wieder zum Anlaß nehmen, auf diese Dinge hinzuweisen. Schon deshalb bin ich froh, daß diese Diskussion heute hier darüber war. Aber ich bitte auch, man sollte sachlich bleiben, man sollte die Fairneß, die hier in diesem Haus doch immer noch üblich war, beibehalten und man sollte vor allen Dingen die steirische Bevölkerung nicht schockieren, denn immerhin hat unsere Medizin — einige Disziplinen, die hier geübt werden — weit über die Grenzen unserer engeren Heimat und weit über Österreich hinaus Bedeutung. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Mangels einer weiteren Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

##### **5. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 39, des Landesrates Hans Bammer gemäß § 28 des Landesverfassungsgesetzes.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der mündliche Bericht Nr. 7 des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses liegt Ihnen vor, und ich darf bitten, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag genehmigt die Betätigung des Landesrates Hans Bammer als Mitglied des Aufsichtsrates der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft m. b. H., an welchem Unternehmen das Land beteiligt ist, gemäß § 28 der Landesverfassung 1960, da diese Betätigung auch im Interesse des Landes gelegen ist.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

##### **6. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 40, des Landtagspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Hohes Haus! Der mündliche Bericht Nr. 8 liegt Ihnen vor. Ich darf namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses bitten, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag genehmigt die Betätigung des Landtagspräsidenten Univ.-Prof. Doktor Hanns Koren als Mitglied des Aufsichtsrates der Österreichischen Rundfunk Ges. m. b. H. gemäß § 22 der Landesverfassung 1960.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**7. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 55, des Landesrates Josef Gruber gemäß §§ 22 und 28 des Landesverfassungsgesetzes.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Hohes Haus! Der mündliche Bericht Nr. 9 des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses liegt Ihnen vor. Ich darf bitten, zu fassen folgenden Beschluß:

Der Steiermärkische Landtag genehmigt die Betätigung des Landesrates Josef Gruber als Mitglied des Aufsichtsrates der Gebrüder Böhler & Co. AG. Wien, Mitglied des Aufsichtsrates der Gebrüder Böhler & Co. AG. Düsseldorf und Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter der Gemeinnützigen Mürz-Ybbs-Siedlung AG. gemäß §§ 22 und 28 der Landesverfassung 1960 als im Interesse des Landes gelegen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**8. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 57, des Landtagsabgeordneten Anton Prensberger gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Hohes Haus! Der mündliche Bericht Nr. 10 des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses liegt Ihnen vor, und ich darf bitten, zu fassen folgenden Beschluß:

Der Steiermärkische Landtag genehmigt die Betätigung des Landtagsabgeordneten Anton Prensberger als Mitglied des Aufsichtsrates der Waagner-Biro AG. Wien und Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschafter der Firma „Eisenhof“, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft m. b. H. Wien gemäß § 22 der Landesverfassung 1960.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**9. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 58, des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Adalbert Sebastian gemäß §§ 22 und 28 des Landesverfassungsgesetzes.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Hohes Haus! Der mündliche Bericht Nr. 11 des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses liegt Ihnen vor, und ich darf bitten, zu fassen folgenden Beschluß:

Der Steiermärkische Landtag genehmigt die Betätigung des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Adalbert Sebastian als Aufsichtsrat der Österreichischen Draukraftwerke AG., an welcher das Land beteiligt ist, und die Betätigung als Mitglied des Aufsichtsrates der Firma Leykam-AG., Graz, gemäß §§ 22 und 28 der Landesverfassung 1960, da diese Tätigkeiten im Interesse des Landes gelegen sind.

Ich darf namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses um Zustimmung ersuchen.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 42, betreffend Bauflächeninanspruchnahme und Objektseinelösung von Ganster Ignaz und Friederike für das Bauvorhaben „Untere Gansterbrücke“ der Landesstraße Nr. 1.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Vorlage behandelt die Bauflächeninanspruchnahme und Objektseinelösung des Ganster Ignaz und seiner Ehegattin für das Bauvorhaben „Untere Gansterbrücke“ der Landesstraße Nr. 1. Die vom gerichtlich beeedeten Sachverständigen ermittelte Entschädigung von insgesamt 780.000 S ist angemessen und vertretbar.

Ich darf nun namens des Finanz-Ausschusses um Zustimmung ersuchen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen liegen keine vor. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 44, betreffend den Abverkauf eines zum Gutsbestand der Landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof gehörigen Grundstückes an Dr. mont. Dipl.-Ing. Josef Ritter, Industrieller, zwecks Verlegung des Industriebetriebes.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Leopold Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im vorliegenden Fall handelt es sich um den Abverkauf eines zum Gutsbestand der Landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof gehörigen Grundstückes an Dr. mont. Dipl.-Ing. Josef Ritter, Industrieller, zwecks Verlegung seines Industriebetriebes.

Da mit dem Bau der Pyhrnautobahn Grundflächen für die Trassenführung beansprucht und von den Eigentümern abgegeben werden müssen, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, den gegenständlichen Industriebetrieb an eine andere Stelle zu verlegen.

Dr. Dipl.-Ing. Ritter hat sich in dieser Angelegenheit an das Land Steiermark gewendet und um käufliche Überlassung eines geeigneten Grundstückes zur Verlegung seiner Industriebetriebe gebeten.

Die Steiermärkische Landesregierung hat schon in ihrer Sitzung am 21. April 1970 beschlossen, ein entsprechendes Grundstück im Ausmaß von 52.975 Quadratmeter an Dr. Ritter bzw. die Firma AVI und EVG zur Verlagerung des Betriebes zum Preise von 160 S pro Quadratmeter zu einem Gesamtkaufpreis von 8.476.000 S zu verkaufen. Der Betrieb ist hoch aktiv. Der Kaufpreis ergibt sich aus 3 Schätzungsgutachten. Der Betrieb beschäftigt 380 Arbeitskräfte und liegt daher der Abverkauf eines Grundstückes des Landes im Interesse der Öffentlichkeit und des Landes Steiermark.

Ich darf daher namens des Finanz-Ausschusses, der sich damit befaßt hat, an das Hohe Haus nachstehenden Antrag stellen: Der Abverkauf des landeseigenen zum Gutsbestand der Landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof gehörigen Grundstückes Nr. 94/2 (Acker) der EZ. 1091, KG. Wetzelzdorf, im Ausmaß von 52.975 m<sup>2</sup> an Herrn Doktor mont. Dipl.-Ing. Josef Ritter, Geschäftsführer und Gesellschafter der AVI — Alpenländische Veredelungs-Industrie Ges. m. b. H. und EVG — Entwicklungs- und Verwertungs-Ges. m. b. H., 8011 Graz, Vinzenz-Muchitsch-Straße 36, zur Verlagerung des AVI- und EVG-Betriebes zu einem Kaufpreis von 160 S pro Quadratmeter, somit zu einem Gesamtkaufpreis von 8.476.000 S, wird genehmigt.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

### **12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45, über die Auflassung der Landesstraße Nr. 82 (Messendorferstraße).**

Berichterstatter ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Franz Hasiba. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Hasiba:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch den Bau des Autobahnzubringers Graz-Ost mußte die Landesstraße Nr. 82, das ist die Messendorferstraße, unterführt und teilweise verlegt werden. Gleichzeitig befindet sich in der Nähe ein schienengleicher Bahnübergang, der ebenfalls ein Unterführungsbauwerk und eine teilweise Verlegung erforderlich macht. Schließlich und

endlich — und das ist der wichtigste Punkt — befindet sich in dem Bereich der zukünftige wichtige Grazer Südgürtel, und aus diesen vorangeführten Gründen hat sich die Stadtgemeinde Graz bereit erklärt, der Auflassung der Landesstraße 82 zuzustimmen und sie als Gemeindestraße zu übernehmen.

Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 8 Abs. 1 Landes-Straßenverwaltungs-gesetz 1964, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 195/1969, wird die 2424 m lange Landesstraße Nr. 82 (Messendorferstraße) in ihrer ganzen Länge als Landesstraße aufgelassen und der Stadtgemeinde Graz als Gemeindestraße übergeben. Das Land leistet im Zusammenhang mit dieser Landesstraßen-Auflassung einen einmaligen Beitrag von 4.000.000 Schilling für den Ausbau des Südgürtels. Die Landesstraßen-Auflassung tritt 14 Tage nach Überweisung des Landesbeitrages an die Stadtgemeinde Graz in Wirksamkeit.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer für den Antrag ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben. (Geschieht.)

Ich danke. Der Antrag ist angenommen.

### **13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 46, betreffend Liegenschaftsankauf für das Baulos „Nordeinfahrt Graz“.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Nigl:** Hoher Landtag! Im Zusammenhang mit dem Projekt der Grazer Nordeinfahrt der Landesstraße 205 wird der Lagerplatz der Baufirma Mayreder, Keil, List & Co. quer durchschnitten. Eine Entschädigung dieses Grundstückes wäre außerordentlich kostspielig, weil sich darauf eine Reihe von Baulichkeiten befinden, die an anderer Stelle wieder errichtet werden müßten. Nun hat Herr Dipl.-Ing. Walter List, wohnhaft in Linz, ein Grundstück zum Kauf angeboten, das sich in unmittelbarer Nähe befindet, in der Größenordnung von 12.256 m<sup>2</sup> zum Preis von je 100 S pro m<sup>2</sup>, insgesamt 1.225.600 S, das als Entschädigung der Baufirma gegeben werden könnte und daher eine relativ günstige Ablöse ermöglicht.

Nachdem die Kaufsumme für dieses Grundstück die 100.000-S-Grenze übersteigt, ist die Zustimmung des Landtages erforderlich.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung damit beschäftigt, und ich darf namens des Ausschusses den Antrag stellen, dem Ankauf dieses Grundstückes als Ersatzgrundstück für das quer zu durchschneidende Grundstück für die Firma Mayreder, Keil, List & Co. zuzustimmen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie der Vorlage zustimmen. (Geschieht.) Ich danke.

Der Antrag ist angenommen.

**14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 49, betreffend Grundflächeninanspruchnahme von Werner Hübl für das Bauvorhaben Nr. 24/69 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße Nr. 250, Neumarkt—Seetal.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ritzinger:** Hoher Landtag! Die Steiermärkische Landesregierung benötigt für die Umfahrung Murau aus der Liegenschaft, die dem Herrn Werner Hübl gehört, ein Grundstück im Ausmaß von 1058 m<sup>2</sup>. Dieses Grundstück wurde im Enteignungswege für die Landesstraße 250 beansprucht. Die Kosten wurden eingehend geschätzt und belaufen sich auf 115.200 S. Die Bedeckung hierfür ist in der Voranschlagspost des Haushaltsplanes 1970 enthalten.

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich Sie bitten, dieser Grundstücksinanspruchnahme von Werner Hübl für das Bauvorhaben Nr. 24/69 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße Nr. 250, Neumarkt—Seetal, im Gesamtbetrag von 115.200 S zuzustimmen.

**Präsident:** Es hat sich niemand zu Wort gemeldet. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 50, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Holweg Ferdinand in Murau für das Bauvorhaben Nr. 24/69 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße Nr. 250, Neumarkt—Seetal.**

Berichterstatter ist Abg. Georg Pranckh. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pranckh:** Hoher Landtag! Es handelt sich auch bei dieser Grundflächeninanspruchnahme um einen Teil der Umfahrung Murau der Landesstraße 250, Neumarkt—Seetal. In Anspruch genommen werden 1650 m<sup>2</sup> des Besitzers Holweg Ferdinand, Am Schanzgraben in Murau. Die Gutachtenschätzergebnisse haben eine Summe von 313.900 S ergeben, welche, dem Wert entsprechend, anzuerkennen sind. Die Bedeckung dieses Erfordernisses im Voranschlag 1970 ist gegeben.

Ich möchte Sie daher ersuchen, dem Antrag der Steiermärkischen Landesregierung Folge zu leisten, und der Hohe Landtag möge beschließen, die Auszahlung dieser Summe freizustellen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie der Vorlage zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 51, über die Gewährung bzw. Erhöhung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Landesbedienstete und deren Hinterbliebene.**

Berichterstatterin ist Frau Abg. Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Johanna Jamnegg:** Hoher Landtag! Der Finanz-Ausschuß hat dieser Vorlage zugestimmt, und in seinem Namen stelle ich den Antrag, die in dieser Regierungsvorlage vorgesehenen außerordentlichen Versorgungsgenüfregelungen für Frau Rosa Soltys-Leitner, für Frau Josefine Platl und für den ehemaligen Regierungsbaurat Dipl.-Ing. Anton Jugo zu genehmigen und zu beschließen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 52, betreffend Objektseinslösung von Gudenus Ernst-Gordian für das Bauvorhaben Nr. 8/69 „Koglhof—Birkfeld“ der Landesstraße Nr. 1, Graz—Weiz—Pfaffensattel.**

Berichterstatter ist Abg. Heribert Pölzl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pölzl:** Hohes Haus! Der Herr Präsident hat Ihnen den Inhalt der Vorlage bekanntgegeben. Der Ausschuß empfiehlt Ihnen Zustimmung.

**Präsident:** Mangels Wortmeldung bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 53, über die Beteiligung des Landes Steiermark an der Errichtung einer Haushaltungsschule, einer Hauswirtschaftsschule und einer Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe des Bundes in der Marktgemeinde Mureck.**

Berichterstatterin ist Frau Abg. Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Johanna Jamnegg:** Hoher Landtag! Zu dieser Vorlage darf ich kurz folgendes berichten: In der Marktgemeinde Mureck ist beabsichtigt, eine dreijährige Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe zu errichten, wobei mit Beginn des Schuljahres 1970/71 zunächst mit dem Unterricht an einer einjährigen Haushaltungsschule und an einer zweijährigen Hauswirtschaftsschule begonnen werden soll. Schulerhalter dieser zunächst privat geführten Schule ist ein Verein zur Errichtung und Erhaltung dieser Lehranstalt für Frauenberufe, dem als Mitglieder natürliche und juristische Personen, insbesondere Gemeinden, angehören.

Der Bund beabsichtigt, diese Schulen spätestens in 6 Jahren als Schulerhalter zu übernehmen. Bis zur Übernahme durch den Bund trägt dieser den gesamten Personalaufwand für den Leiter der Schule und die Lehrer ab dem Zeitpunkt der Errichtung der Schule. Die Kosten für den gesamten Sachaufwand für diese Schule übernimmt der Verein, und die Marktgemeinde Mureck verpflichtet sich, bis zum Neubau eines Schulgebäudes die für die Führung der Schule notwendigen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Marktgemeinde

Mureck wird auch ein entsprechend geeignetes Baugrundstück im Ausmaß von 10.000 m<sup>2</sup> für die Errichtung der Schule unentgeltlich bereitstellen.

Der Bund wird eine vertragliche Vereinbarung mit dem Verein zur Errichtung und Erhaltung dieser Lehranstalt und der Marktgemeinde Mureck jedoch nur dann treffen, wenn sich das Land Steiermark verpflichtet, 50 % der Kosten für den Bau eines neuen Schulgebäudes zu übernehmen. Die restlichen 50 % würde dann der Bund tragen.

Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Beteiligung des Landes Steiermark an der Errichtung einer Haushaltungsschule, einer Hauswirtschaftsschule und einer Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe in der Marktgemeinde Mureck (politischer Bezirk Radkersburg) wird zugestimmt.

Die Bedeckung der entstehenden Kosten in der Höhe von höchstens 4,5 Millionen Schilling hat aus den im jeweiligen Landesvoranschlag hierfür vorzusehenden Mitteln zu erfolgen.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Seidl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Seidl:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, daß ich zu diesem Vorlagebericht einige Erläuterungen gebe, die ich für notwendig halte. Das Vorhaben, in Mureck eine einjährige Haushaltungsschule, eine zweijährige Hauswirtschaftsschule und eine dreijährige Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe zu gründen, ist sicherlich notwendig. Bereits seit Beginn dieses Schuljahres läuft eine Klasse der einjährigen Haushaltungsschule und eine Klasse der zweijährigen Hauswirtschaftsschule. Mit Schulbeginn 1971 soll auch die dreijährige Fachschule für wirtschaftliche und soziale Frauenberufe beginnen. Es stellt dieses Projekt einen völlig neuen Schultyp dar, speziell was den dritten Teil dieser Schule betrifft. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich glaube, daß man darauf aufmerksam machen muß, daß diese dreijährige Fachschule eine sehr wichtige Neueinrichtung ist, weil sie der Vorbereitung für verschiedenste Sozialberufe dient. Es handelt sich dabei um Diplomkrankenschwestern, Säuglingschwesterinnen, Hebammen, Fürsorgerinnen, Erzieherinnen, medizinische Fachdienste, Sanitätshilfsdienste usw. Es ist Ihnen bekannt, daß gerade in der Steiermark es sehr an diesen Berufen mangelt. Man würde damit dem Nachwuchs etwas unter die Arme greifen. Man würde vor allen Dingen auch eine große Bildungslücke schließen. Wenn ich darauf aufmerksam machen darf, daß die Pflichtschulkinder mit 15 Jahren die Pflichtschule verlassen, und wenn sie eine Sozialberufsausbildung eingehen wollen, so können sie diese erst mit 17 oder 18 Jahren aufgreifen. Mit dieser Fachschule ist es möglich, daß Mädchen die Möglichkeit haben, in diese dreijährige Schule sofort nach Beendigung der Pflichtschulzeit einzutreten, und dann wirklich vorzeitig und frühzeitig in diese Sozialberufsausbildung übergeleitet werden. Daß Bedarf und Interesse vorhanden sind, das beweisen die bereits begonnenen Klassen und

Vorerhebungen, die durch den Landesschulrat gepflogen wurden. Es ist sicherlich eine spezifizierte Schulausbildung, und ich kann mir vorstellen, daß man mit dieser Fachschule auch irgendwie gewissen neuen Schulreformbestrebungen begegnen kann. Jedenfalls wird mit diesem neuen Schultyp — ich komme schon zum Ende — wirklich der Jugend ein neues Tor der Berufsausbildungsmöglichkeit geöffnet. Man wird mit dieser Schulgründung nicht nur dem Grenzland einen großen Dienst erweisen, sondern ich glaube auch dem Land Steiermark. Ich darf deshalb bitten, daß man diesem Antrag zustimmt. (Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag der Frau Berichterstatterin gehört. Ich bitte um ein Händezucken, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

#### **19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 56, betreffend Grundstückskauf Hall bei Admont Nr. 37 von Frau Amalia Kirnbauer.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Harald Laurich.

**Abg. Laurich:** Hohes Haus! Die gegenständliche Vorlage befaßt sich mit einem Grundankauf in Hall bei Admont. Frau Amalia Kirnbauer aus Wien, Traungasse 7, hat dem Land Steiermark eine Liegenschaft mit 3342 m<sup>2</sup>, welche mit einem Wohnhaus und mit Nebenobjekten bebaut ist, zum Kauf angeboten. Als Kaufpreis wurden, obwohl der amtliche Schätzwert darüber liegt, 520.000 S einschließlich des Inventars vereinbart. Da die Steiermärkischen Landesforste in Admont dringend Wohnraum und Grund benötigen, stelle ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, den Ankauf zu tätigen und die Kosten mit den im Wirtschaftsplan 4 der Landesforste vorgesehenen Mitteln zu bedecken.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen liegen keine vor. Ich bitte, wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt: Wahlen in Landtags-Ausschüsse und in das Kuratorium des Vorsorgefonds für die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages, ausgelöst durch die Wahl des Landtagsabgeordneten Dr. Klauser zum Regierungsmitglied und das Ausscheiden von Abgeordnetem Scheer.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Landtag mit Stimmzetteln durchzuführen, sofern die Wahl nicht in anderer Form einstimmig beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, diese Wahl durch Erheben mit der Hand vorzunehmen.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Ich stelle fest, daß mein Vorschlag, die Wahlen ohne Stimmzettel durchzuführen, einstimmig angenommen wurde.

Vom Klub der sozialistischen Abgeordneten wurde folgender Wahlvorschlag erstellt:

Anstelle des Landesrates Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Klauser

Abg. Anton Prensberger  
als Mitglied in den Finanz-Ausschuß,

Abg. Georg Hammerl  
als Mitglied in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

Abg. Willibald Schön  
als Mitglied in den Wirtschafts- und Raumordnungsausschuß,

Abg. Dr. Dieter Strenitz  
als Mitglied in den Sozial-Ausschuß,

Abg. Karl Klančnik  
als Ersatzmann in den Landwirtschafts-Ausschuß,

Abg. Alois Reicht  
als Ersatzmann in den Volksbildungs-Ausschuß;

anstelle des Landtagsabgeordneten Anton Prensberger

Abg. Alfred Sponer  
als Ersatzmann in den Finanz-Ausschuß;

anstelle des Landtagsabgeordneten Dr. Dieter Strenitz

Abg. Georg Hammerl  
als Ersatzmann in den Sozial-Ausschuß.

Vom Klub der Freiheitlichen Partei schlage ich vor, anstelle des Abgeordneten Franz Scheer als Ersatzmann in den Kontrollausschuß Abgeordneten Karl Wimmeler zu wählen.

Ich bringe diese Wahlvorschläge zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dafür stimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind somit angenommen.

Für die Wahl in das Kuratorium des Vorsorgefonds für die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages wurde vom Klub der sozialistischen Abgeordneten vorgeschlagen:

Anstelle des Landesrates Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Klauser als Mitglied Abg. Hans Gross und anstelle des Landtagsabgeordneten Hans Gross als Ersatzmann Abg. Georg Hammerl.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich teile den Damen und Herren mit, daß der Kontroll-Ausschuß voraussichtlich am 17. November 1970 um 9 Uhr zusammentreten wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende: 17.30 Uhr.)